

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Gesine Schwan **3** Über die Universität der Zukunft
- Gerhard Kolb **6** Zur Relevanz der Geschichte der Volkswirtschaftslehre für die ökonomische Bildung
- Roland Geitmann **9** "Sozialgestaltung" als Bildungsauftrag
- Roland Wirth **16** Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht
- Barbara Roßmeißl **25** Tauschhandel in Argentinien – Effiziente Überlebensstrategie in Zeiten der Wirtschaftskrise ?
- 37** Bücher – Veranstaltungen
- 15** Herbsttagung in Hofgeismar

Liebe Leserin und lieber Leser,

aufgeschreckt durch die Resultate der Pisa-Studie ist eine Debatte über das Bildungswesen entbrannt. Für Politik und Wirtschaft geht es dabei allerdings in erster Linie um eine Beschleunigung des Marsches in eine "Wissengesellschaft". Sogenannte Eliteuniversitäten sollen 'unsere' Stellung auf den Weltmärkten verbessern. Außerdem soll in den Schulen fortan das Unterrichtsfach Wirtschaft verstärkt werden. Das ist an sich durchaus begrüßenswert. Doch mit welchem Ziel soll Wirtschaft gelehrt werden? Wird es um die Vermittlung von standardisiertem Wissen zur Steigerung von "operativem Gewinn" und "Cash flow" gehen oder um die Heranbildung von Menschen, die unser gesellschaftliches Zusammenleben verantwortlich mitgestalten? Wie passen die Förderung von Eliteuniversitäten und Kürzungen in anderen Bildungsbereichen zusammen? Wird in all diesen Debatten vielleicht Wissen mit Bildung verwechselt? Könnte es sein, dass der Gesellschaft mit den in zunehmend verschulden Studiengängen verabreichten Wissenskonserven gerade jene Bildung und politisch-soziale Gestaltungsfähigkeit abhanden kommt, die sie unbedingte bräuchte, um zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein? Dafür bedarf es nämlich nicht nur der vielbeschworenen technischen Innovationen, sondern auch des Verständnisses für die Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung und der Fähigkeit zu einer mitverantwortlichen "Sozialgestaltung" (Roland Geitmann).

Anders als die bloße Wissensvermittlung sollte Bildung von einem Bild des Menschen und der Gesellschaft ausgehen, nach dem die junge Generation ins Leben begleitet wird. Friedrich Schiller sprach von der "ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts" und Moses Mendelssohn erwähnte in seinem Beitrag zum Bildungsideal von Humanismus und Aufklärung ausdrücklich das "Bemühen der Menschen, ihr gesellschaftliches Leben zu verbessern". (Vgl. Michael Naumann: "Bildung – eine deutsche Utopie", in: Die Zeit Nr. 50/2003, S. 45)

Anders als zur Zeit der Entstehung des humanistischen Bildungsideals sollte heute na-

türlich nicht mehr das Bild einer deutschen Nation mit Weltgeltung das Leitbild der schulischen und universitären Bildung sein, sondern das Bild einer freiheitlich-gerechten Weltgesellschaft. Davon ist aber gerade die Ökonomie noch sehr weit entfernt. In ihren Anfängen der Klassik und Physiokratie gehörte die Ganzheit von Ökonomie, Politik und Ethik noch zu ihrem grundlegenden Selbstverständnis. Seit dem Aufstieg der Neoklassik durchlief die "Politische Ökonomie" jedoch einen Prozess ihrer fortschreitenden Entpolitisierung und des Verlustes ihrer Beziehung zu ihren eigenen historischen Wurzeln. In den letzten Jahrzehnten – etwa seit der Nobelpreisvergabe an Milton Friedman und Friedrich August von Hayek in den 1970er Jahren – gipfelt dieser Prozess in einer noch nie da gewesenen Verabsolutierung der 'ökonomischen Effizienz' durch den sog. 'Neoliberalismus'. Dieser hat trotz all seiner 'liberalen' Rhetorik das vom Ordoliberalismus entwickelte "Denken in Ordnungen" (Walter Eucken) weitgehend zugunsten von Machtinteressen verdrängt.

Eine Wiederbelebung des ordnungspolitischen Denkens in der Ökonomie und eine Erziehung der Menschen zu "Wirtschaftsbürger/innen" ist das Ziel der "Integrativen Wirtschaftsethik" des St. Galler Professors Peter Ulrich. Mit ihr verbindet Roland Wirth im vorliegenden Heft unser Anliegen einer Reform der Geld- und Bodenordnung. Da eine solche Gesellschaftsreform allgemeines Verständnis, Zustimmung und Mitwirkung voraussetzt, stellt sie eine Bildungsaufgabe für Fachleute und Laien dar. Das Lehrangebot an Universitäten und Fachhochschulen sollte deshalb um einen interdisziplinären Bereich "Sozialgestaltung" erweitert werden. Darin ließen sich u.a. Erfahrungen mit sozialen Neuerungen auswerten, zum Beispiel Erfahrungen der argentinischen Tauschringbewegung, über die Barbara Roßmeißl in diesem Heft berichtet. Ihre ausführlichere Diplomarbeit zu diesem Thema finden Sie auf unserer Website www.sozialoekonomie.info

Ihr Werner Onken

Für eine wirtschaftsbürgerliche Bildung

"Die heute gelehrten Wirtschaftswissenschaften haben sich von ihren lebenspraktischen Ausgangsfragen (un-)ziemlich weit entfernt. Sie thematisieren kaum mehr die 'dienende' Rolle wirtschaftlicher Prozesse im Hinblick auf übergeordnete 'vitale' Gesichtspunkte des guten Lebens und gerechten gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen. ...

Mit der alten aristotelischen Trias von Ethik, Politik und Ökonomik als drei untrennbaren Sphären, an der sich durchaus auch noch die klassische Politische Ökonomie eines Adam Smith orientierte, haben die Vertreter der neoklassisch geprägten *Mainstream Economics* nichts mehr am Hut. Die gegenüber ethischen und politischen Gesichtspunkten verselbständigte autonome Ökonomik versteht sich nur noch als 'reine' Systemökonomik. ... Es handelt sich dabei um eine akademische Spiegelung dessen, was seit gut 200 Jahren tatsächlich vor sich geht: jener fortschreitenden institutionellen 'Entfesselung' und normativen 'Enthemmung' des ökonomischen Rationalisierungsprozesses ... und der in jedem Sinne Grenzen sprengenden Kapitalverwertungslogik. ... Das Ideal des theoretisch und praktisch betriebenen 'ökonomischen Rationalismus' ist nicht mehr eine ethisch-politisch eingebettete Marktwirtschaft, sondern eine totale Marktgesellschaft.

Eine solche Systemökonomie blendet aus, dass Marktwirtschaft und Unternehmungen zugleich auch gesellschaftliche Institutionen sind. Den Sinn- und Legitimitätsfragen gegenüber bleibt eine rein funktionale Systemperspektive buchstäblich verständnis- und ratlos. ... Sie bedarf daher zunehmend der Ergänzung um eine Sozialökonomie, welche die Probleme des Wirtschaftens aus dem Blickwinkel der Lebenswelt erhellt. ... Worauf es ankommt, ist also – kurz gesagt – eine Perspektive der Wirtschaft in der Gesellschaft.

Folgt man der aufklärerischen Bildungsidee Kants, so besteht das grundsätzliche Ziel in der Fähigkeit, sich autonom im ethisch-politisch-ökonomischen Denken orientieren zu können, und zwar ohne Reflexionsabbruch vor irgendwelchen 'gegebenen' wirtschaftlichen Bedingungen, Sachzwangargumenten und Gemeinwohlbehauptungen. ... Es ist unter diesen Umständen die spezifische Aufgabe wirtschaftsbürgerlicher Bildung, die Schüler oder Studierenden zu befähigen, ihre staatsbürgerliche Mitverantwortung auch im Wirtschaftsleben und im Zusammenhang wirtschaftspolitischer Entscheidungen wahrzunehmen, oder kurz: zur Bildung mündiger Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürger beizutragen."

Prof. Dr. Peter Ulrich, Wirtschaftsbürgerkunde als Orientierung im politisch-ökonomischen Denken;
www.sowi-onlinejournal.de/2001-2
Zur Vertiefung: Peter Ulrich, *Integrative Wirtschaftsethik - Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, Bern/Stuttgart/Wien: Haupt Verlag, 3. Auflage 2001.

Gesine Schwan:

Über die Universität der Zukunft

Wahrheitssuche nicht dem Renditedruck unterwerfen*

Die deutschen Universitäten – und nicht nur sie – haben in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an Reputation und Autorität verloren. Die Ursache dieser Entwicklung liegt einerseits in der dramatischen Unterfinanzierung der Hochschulen. Diese Mittelknappheit hat vielfach zu einem inneruniversitären Klima geführt, in dem intensive geistige und persönliche Kommunikation als Grundlage wissenschaftlicher und kultureller Kreativität nur noch schwer gedeihen können.

Andererseits haben es die Hochschulen selbst weitgehend unterlassen, ihrerseits nicht nur über den Mangel an Geld zu klagen, sondern auch grundsätzlich über ihre Aufgabe und ihren Ort in der gegenwärtigen und künftigen Weltgesellschaft öffentlich nachzudenken und Rechenschaft zu geben. Stattdessen akzeptieren sie vielfach die Forderung, ihre Qualität vornehmlich an schnell und quantitativ ablesbaren finanziellen Erfolgen – von der Drittmittelerwerbung bis zur Notierung an der Börse – auszuweisen beziehungsweise sich vor allem im Blick auf den jeweils aktuellen Arbeitsmarkt und die Stellung Deutschlands oder Europas im weltweiten ökonomischen Wettbewerb zu bewähren.

Unter diesem kurzfristig wirtschaftlichen Aspekt wird in der Öffentlichkeit auch häufig die zukünftige Bedeutung und Funktion der Hochschule in der Forschung gemessen – schließlich wird inzwischen geradezu gebetsmühlenartig darauf hingewiesen, dass wir in einer Wissensgesellschaft angekommen seien. Wissen ist nach diesem Argument der Rohstoff gegenwärtigen wie künftigen Reichtums und ein Unterpfand des nationalen wie europäischen Erfolgs im globalen Konkurrenzkampf.

Die modernen Medien bieten dieser Sicht zufolge in den so genannten "virtuellen Universitäten" ungeahnte Chancen, studentische "Kunden" kommerziell, flächendeckend, effektiv und flexibel mit diesem Wissen zu versorgen.

Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, ob die herkömmliche, an einen Ort und an gemeinsame Zeiten gebundene Hochschule noch eine Zukunft hat. Welche Aufgabe hat die Universität angesichts der zum Teil unabsehbaren Herausforderungen der Zukunft, angesichts ökonomischer Zwänge und multimedialen Wettbewerbs?

Zentrale Funktion

Traditionsgemäß oblag der Hochschule in Forschung und Lehre die methodisch und methodologisch reflektierte Suche nach Wahrheit. Darauf bauten Bildung und Ausbildung der jeweils nachfolgenden Generation auf, oft de facto im Dienst des Staats und der bürgerlichen Professionen. Die Universität übte auf diese Weise – neben der Kirche, kulturellen Institutionen und öffentlichen Medien – immer eine zentrale kulturelle und politische Funktion aus, weil sie so spätestens seit der Neuzeit die Verständigungs- und Handlungsgrundlage der Bürger schuf.

Prinzipiell gilt dies auch heute: Allerdings tritt gegenwärtig in der öffentlichen Debatte die kulturelle Aufgabe der Hochschule deutlich hinter ökonomisch-instrumentellen Zwecken zurück – zum Schaden nicht nur der Universitäten, sondern zugleich der Zukunftsfähigkeit moderner freiheitlicher Gesellschaften. Denn diesen stehen zunehmend komplizierte Herausforderungen bevor, die sie nur dann freiheitlich, also orientiert an der Würde des Menschen, bestehen können, wenn auch die Hochschulen weltweit zur Verständigungsfähigkeit der Menschen beitragen. Die Figur des Zaublerlehrlings wird unsere Alltagsmetapher.

Wir wissen und können immer mehr und müssen uns über die Disziplinargrenzen hinweg mit Blick auf historische und weltweite Erfahrungen über kreative und bekömmliche Entscheidungen verständigen: Wie beeinflussen wir unsere na-

türliche Umwelt so, dass sie uns allen letztlich erhalten bleibt? Wie gehen wir mit dem kaum noch überschaubaren wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt um? Wie schaffen wir die Grundlage für ein friedliches Überleben? Wie bestimmen wir die Grenze zwischen Leben und Tod? Wie verhindern wir in der sozialen Welt ebenso wie in praktischen Folgerungen aus den Biowissenschaften die prinzipielle, allmähliche und alltägliche Instrumentalisierung des Menschen? Wo finden wir in einer pluralistischen Welt gemeinsame Grundlagen für unsere normativen Orientierungen?

Verständigungsfähigkeit über diese Fragen, die uns alle im Zentrum unserer materiellen und psychischen Existenz betreffen, meint sowohl das kognitive Verstehen der sachlichen Zusammenhänge wie auch den Willen, zu einem freiwilligen Einvernehmen zu gelangen. Zu den kognitiven Elementen gehören die Natur- wie die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, weil diese Zweige nur zusammen die Grundlage für die sachgemäße und normative Beurteilung unserer Probleme bieten.

Die Universitäten tragen dann zur dringend benötigten Verständigungsfähigkeit bei, wenn sie in Forschung und Lehre ihrer historischen Aufgabe der methodisch und methodologisch reflektierten Wahrheitssuche treu bleiben. Eine solche Reflexion verlangt Selbstdisziplin und Selbstrelativierung, die Einsicht in die Voraussetzungshaftigkeit und damit auch in die Begrenztheit allen Wissens.

Wir sind auf offene und neugierige Kommunikation untereinander angewiesen, wenn wir uns nicht in perspektivischer Borniertheit verlieren wollen. Wer keine andere als die soziologische, die physikalische die wirtschaftswissenschaftliche oder die biologische Sprache kennt, entwickelt keinen Sinn für die verschlungenen Zusammenhänge der Wirklichkeit und auch nicht für die Notwendigkeit, die anstehenden Probleme mit anderen gemeinsam anzugehen.

Aus dieser Erkenntnis folgt nicht nur für die Lehre, sondern auch für die Forschung die anhaltende Bedeutung von Bildung, wie sie in der Aufklärung entfaltet wurde: nicht als handliches, prestigesicherndes Gut des 'Bildungsphilisters',

sondern als andauernde Anstrengung, mit der die Person die Welt erkennt, sich um eine moralische Orientierung bemüht und demgemäß verantwortlich handelt. Auch die politische Komponente des aufklärerischen Bildungsverständnisses behält ihre Bedeutung, ja sie gewinnt an Gewicht. Denn freiheitliche Politik – also die argumentative Übereinkunft über Fragen, die umstritten sind, uns aber alle betreffen – wird unter der Bedingung vor allem der wirtschaftlichen Globalisierung immer schwieriger. Politik ist zu ihrer Legitimation an einen umgrenzten Raum gebunden, den die Globalisierung prinzipiell überschreitet.

Deshalb wird es erforderlich, dass erheblich mehr Bereiche von den Bürgern selbsttätig und einvernehmlich geregelt werden – so dass die genuin politischen Entscheidungsgremien auf regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene entlastet werden. Die Bürger für die Wahrnehmung dieser Aufgabe zu befähigen, ist eine erstrangige Aufgabe der Hochschulen, die deshalb auch nicht einer kleinen Elite vorbehalten bleiben dürfen. Die moderne freiheitliche Gesellschaft eignet sich nicht zur Hammelherde.

Diese Einsicht hat Folgen nicht nur für die Bildung, sondern auch für die universitäre Forschung. Wenn die Hochschule auf diese Weise wesentlich zur Überlebensfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft beitragen will, darf sie sich nicht einfach ökonomischen Renditezumutungen – nationalen wie internationalen – unterwerfen. Denn der Zeithorizont wirtschaftlicher Logik ist zu eng. Die Wissenschaftsgeschichte zeigt, dass 'zweckfreie' Grundlagenforschung die besten Chancen in sich birgt, Lösungen für unvorhersehbare Probleme anzubieten und insofern auch praktisch, ja ökonomisch fruchtbar zu werden.

Notwendige Konsequenzen

Der 'Zufall' der menschlichen Neugier hilft der Menschheit mehr als das notgedrungen kurz-sichtige Kalkül der Wirtschaftlichkeit. Deshalb bleiben Universität und Forschung eine öffentliche Aufgabe. Für die künftige Ausrichtung der Forschung ergeben sich mehrere Konsequenzen:

■ Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sind für unser Überleben, für die sinnvolle und 'verständige' Nutzung natur- und ingenieurwissenschaftlicher Forschungsergebnisse ebenso wichtig wie diese selbst. Unsere Informationen und unser Wissen werden sich weiter exponentiell steigern. Einen vernünftigen Umgang mit diesem enormen Wissenszuwachs zu finden, wird für die Individuen wie für die Gesellschaft immer wichtiger. Helfen können jene Wissenschaften, die den Menschen als Kulturwesen untersuchen und dessen Erfahrungen wie Möglichkeiten systematisch durchdringen.

■ Die Verständigung zwischen diesen beiden wissenschaftlichen Grundausrichtungen wird immer dringlicher, in der Forschung wie in der Lehre. Das braucht Zeit. Der unbedachte Ruf nach zusehends kürzeren Studienzeiten führt zu struktureller Borniertheit, geistiger Manipulierbarkeit und damit Verantwortungslosigkeit. Die Basis einer wissenschaftlich zweifelnden offenen Geisteshaltung muss sorgfältig gelegt werden, damit verantwortliche Berufstätigkeit und spätere Weiterbildung fruchtbar werden können.

■ Zudem geht es darum, die Grenzen zwischen Universität und Lebenswelt durchlässiger zu machen. Die Anforderungen an die Forschung sollten nicht nur aus dem wissenschaftlichen

Diskurs oder aus der wirtschaftlichen Verwertbarkeit heraus formuliert werden, sondern auch mit Hilfe der Erfahrungen der Zivilgesellschaft und unabhängiger Nichtregierungsorganisationen.

■ Forschung gehört wieder mehr an die Hochschule und dort in einen engeren wechselseitigen Zusammenhang mit der Lehre.

Die klassische Aufgabe einer Universität, von der Innovationen ausgehen, liegt in der Problematisierung des Gängigen, des scheinbar Selbstverständlichen. Am günstigsten ist dafür nach wie vor das Humboldtsche Modell. Dieses Konzept gründet auf Personen, die gemeinsam der Wissenschaft verpflichtet und an Wahrheit – nicht nur an Nützlichkeit ! – interessiert sind. Sie gehen aus von dem jeweiligen Universum, das sich in ihren Köpfen (häufig unreflektiert) gebildet hat, knüpfen daran gegenseitig an, nehmen sich dazu aufmerksam wahr und bilden so eine Gemeinschaft von eigenständig Forschenden – deren Zusammenspiel erst den Reichtum erschließt, der sich in ihren Köpfen findet. Universitäten müssen, wenn auch unter ganz anderen Bedingungen als im 19. Jahrhundert, erneut zu Orten solcher Wahrheitssuche und kultureller Verständigung werden.

*) Nachdruck aus der Wochenzeitung "Das Parlament" Nr. 1-2/2004 mit freundlicher Genehmigung der Autorin und des Verlags.

Wissenschaften und Interessen

"Das herrschende ökonomische Dogma erlaubt keinen Widerspruch, das tragende theoretische Paradigma steht nicht zur Debatte. Die Hauptaufgabe der Universitäten ist es, loyale und verlässliche Ökonomen auszubilden, die unfähig sind, die sozialen Fundamente der globalen Marktökonomie aufzudecken. In ähnlicher Weise werden auch zunehmend die Intellektuellen der Dritten Welt für das neoliberale Paradigma gewonnen. (...) Dieses offizielle neoliberale Dogma schafft auch sein eigenes 'Gegenparadigma', eine moralische Kritik, die 'nachhaltige Entwicklung' und 'Bekämpfung der Armut' einfordert. Diese Kritik entwickelt sich eher neben und in Harmonie mit dem offiziellen neoliberalen Dogma als in Opposition zu ihm. Ihre Rolle ist es, den Anschein einer kritischen Debatte zu erwecken, ohne die sozialen Grundlagen des globalen Marktsystems aufzudecken."

aus: Prof. Dr. Michel Chossudovsky, Universität Ottawa/Kanada
Global brutal – Der entfesselte Welthandel, die Armut und der Krieg.
Frankfurt 3. Auflage 2002, S. 51-52.

Gerhard Kolb:

Zur Relevanz der Geschichte der Volkswirtschaftslehre für die ökonomische Bildung *

1 Die Geschichtsvergessenheit der Wirtschaftslehre

Die Hinführung zur Wirtschafts- und Arbeitswelt ist an Grund-, Haupt- und Realschulen beinahe ausschließlich gebrauchswissenorientiert. Aber auch an den allgemeinbildenden Gymnasien stößt man in der Oberstufe – sofern ein auf die ökonomische Bildung ausgerichtetes Fach vorhanden ist (vgl. dazu Schlösser/Weber 1999) – eher auf die Grundzüge des Rechnungswesens und auf Bilanzanalyse, jedoch kaum auf das "Allgemeine" des Ökonomischen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da enthielten sogar die an berufsbildenden Schulen verwendeten Standardlehrbücher der Volkswirtschaftslehre (z.B. der Autoren Frisch, Surkau, Schmieder/Ramseger und Siekaup) ein eigenes Kapitel bzw. einen Anhang "Geschichte der Volkswirtschaftslehre" oder "Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen". Diesbezügliche Inhalte sind aus den Lehrplänen sowohl der allgemeinbildenden als auch der berufsbildenden Schulen inzwischen weitgehend verschwunden. Seit etwa einem Vierteljahrhundert ist eine Geschichtsblindheit der Wirtschaftslehre zu beobachten. Die Kategorie "Geschichtlichkeit" im Sinne ideengeschichtlicher Bezüge ging verloren. Seit den 1970er Jahren zeichnet sich eine Spezialisierung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften ab, welche mit einer gewissen Fokussierung auf vermeintliches "Gebrauchswissen" einhergeht. So entstand sowohl im Schul- als auch im Hochschulcurriculum eine Art "Kaspar-Hauser-Ökonomie".

2 Die Bedeutung der Geschichte der Volkswirtschaftslehre für die ökonomische Bildung

2.1 Ökonomisch-ideengeschichtliche Bildung zu Unrecht vernachlässigt

Klafki wies einmal darauf hin, dass universitär betriebene Wissenschaften "im Verständnis des Neuhumanismus und des deutschen Idealismus – insbesondere, soweit sie von zukünftigen Lehrern studiert wurden – keine Spezial- und Forschungsdisziplinen im modernen Verständnis, sondern Erkenntnis und Reflexionsbereiche (waren), deren Studium vor allem 'Bildung', Erweiterung und Vertiefung des Selbst- und Weltverständnisses vermittelte" (1976, S. 269). Zweifelsohne besteht ein Zusammenhang zwischen der weitgehenden Eliminierung von Lehrveranstaltungen zur Geschichte des ökonomischen Denkens in den Studiengängen der Wirtschaftswissenschaften und dem Schwinden des neuhumanistischen Bildungsverständnisses, eben zugunsten einer Gebrauchswissenorientierung. Man muss allerdings auch hinzufügen, dass die verbreitete Denomination "Volkswirtschaftliche Dogmengeschichte" wegen der Verwechslung mit der in theologischen Fakultäten angesiedelten "Dogmatik und Dogmengeschichte" gelegentlich zu Irritationen führte.

Zwar ist seit einigen Jahren bei maßgeblichen Fachvertretern der Volkswirtschaftslehre ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit ideengeschichtlicher Reflexion – auch vor dem Hintergrund von Bildungserwägungen – erkennbar; einen Niederschlag in revidierten Studienordnungen hat dies bisher allerdings kaum gefunden. Im Gegensatz zu Sozialkunde- bzw. Gemeinschaftskundelehrern, die sowohl im Studium als auch im Unterricht mit der politischen Ideengeschichte befasst sind, und zu Deutschlehrern,

*) Eine erweiterte Fassung dieses Beitrags ist unter dem Titel "Zur Relevanz der volkswirtschaftlichen Ideengeschichte für die ökonomische Bildung" im Band 25 der Wirtschafts- und Berufspädagogischen Schriften erschienen.

die ohne Kenntnisse der Literaturgeschichte gar nicht vorstellbar sind, wird die historische Dimension der Wirtschaftslehre sehr zu Unrecht vernachlässigt.

Wir wollen hier nicht auf die im vergangenen Jahrzehnt teilweise sehr kontrovers geführte (Allgemein-)Bildungsdiskussion eingehen. Wenn aber weitgehend Konsens darüber festgestellt werden kann, dass Bildung als Ausstattung mit Kenntnissen, Fähigkeiten, Einsichten und Werthaltungen zur Bewältigung von Lebenssituationen definiert wird, und als gebildet derjenige gilt, "der angesichts der Flut von Einzelinformationen die verbindenden Bezüge und strukturellen Zusammenhänge zu erkennen vermag und diese zur Grundlage seines Handelns macht" (Kaminski 1999, S. 15), dann steht dafür mit den vorzugsweise orientierenden, Zusammenhänge herstellenden, auch Werthaltungen fördernden Lehrinhalten der ökonomischen Ideengeschichte ein genuin bildungsrelevanter, aber unverständlicherweise kaum mehr beachteter Sektor der Wirtschaftslehre zu Verfügung.

2.2 Volkswirtschaftliche Ideengeschichte verschafft Orientierung

In Anbetracht der Tatsache, dass für die Bewältigung der gegenwärtigen regionalen, nationalen und globalen ökonomischen Probleme von der praktischen Politik, aber eben auch vonseiten der volkswirtschaftlichen Disziplin die unterschiedlichsten Lösungsvorschläge kommen, erscheint eine Orientierung über die verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Positionen nicht nur hilfreich, sondern geradezu unverzichtbar.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der Volkswirtschaftslehre eröffnet – im Spannungsfeld von Gestern und Heute, von Alt und Neu, von Tradition und Fortschritt – einen didaktisch viel zu wenig genutzten Zugang zur Volkswirtschaftslehre. Sie vermag Interesse an ökonomischen Zusammenhängen zu wecken, verstärkt das Bewusstsein für Entwicklungen, schafft Transparenz im Wirrwarr sich bekämpfender Meinungen und wissenschaftlicher Positionen, gewährt eben Orientierung.

Der amerikanische Nationalökonom John Kenneth Galbraith brachte es auf den Punkt: "Wirtschaftswissenschaft lässt sich nicht verstehen, wenn das Bewusstsein ihrer Geschichte fehlt" (1988, S. 11). Da die Vergangenheit die Gegenwart mitbestimmt, ist es eben falsch, in der Geschichte nur die Asche zu erkennen und die glimmende Glut zu übersehen. Das heißt mit anderen Worten: Wer das Heute der Volkswirtschaftslehre verstehen will, darf das Gestern nicht ignorieren.

Wie oben schon angedeutet, ist der volkswirtschaftlichen Ideengeschichte ein unmittelbares Nützlichkeitsdenken fremd. Ein Überblick über die dogmenhistorischen Positionen des ökonomischen Denkens hat vorzugsweise einen bildenden, einen orientierenden Charakter. Kenntnisse in volkswirtschaftlicher Theoriegeschichte produzieren eher die Fähigkeit zum Relativieren, auch zur Skepsis. Man erkennt leichter, dass das, was manchmal als "neuer Ansatz" daherkommt, in Wirklichkeit gar nicht neu ist; man entgeht sozusagen der Gefahr, das Rad immer wieder neu zu erfinden. Die Beschäftigung mit der ökonomischen Ideengeschichte macht hellhörig, bescheiden und tolerant zugleich, auch sensibel gegenüber Ideologien mit ihren absoluten Geltungsansprüchen.

2.3 Förderung von Werthaltungen oder die Frage nach dem Sinn

Wenn in jüngster Zeit der Ruf nach ganzheitlicher Bildung lauter erschallt, vernetztes Denken beschworen wird, Schlüsselqualifikationen angemahnt werden und – immer vernehmlicher – eine wertbezogene Haltung reklamiert wird, dann ist unter den Teildisziplinen der Volkswirtschaftslehre die Theoriegeschichte am ehesten in der Lage, diesen Erwartungen zu entsprechen. Dabei steht die Frage der Wertorientierung in der Bildung im direkten Zusammenhang mit der Frage nach dem Sinn, wobei wir gleich hinzufügen müssen, dass sich im "Mainstream" der modernen Volkswirtschaftslehre mit der Geschichtsvergessenheit auch die Sinnfrage weitgehend verabschiedet hat.

Sinn in philosophischer Hinsicht hat bekanntlich zu tun mit der Zweckgerichtetheit, der Zweckdienlichkeit, der Zweckorientierung von geschichtlichen Prozessen, wobei es aber weniger um das teleologische Prinzip der Sachrichtigkeit in Bezug auf Aussagen über die Eignetheit bestimmter Mittel zur Realisierung eines vorgegebenen Ziels geht, sondern letztlich um das ontologische Urteil über Seinsrichtigkeit. Es handelt sich also um Aussagen zu den Zielen selbst, insbesondere zum sogenannten Endzweck der Wirtschaft. Ausgangspunkt diesbezüglicher Bemühungen ist die Überzeugung, dass sich – angewiesen auf die äußere Erfahrung – die Frage nach dem Sinn zwar in den Naturwissenschaften verbietet, dagegen könne bei der vom Menschen geschaffenen Wirtschaft – mit Hilfe einer letztlich für allen Menschen gleichen inneren Erfahrung – auf einen allgemein verbindlichen Sinn der Wirtschaft geschlossen werden. Im Anschluss an Gottl-Ottlilienfeld hat man den Sinn aller Wirtschaft in der "Gestaltung menschlichen Zusammenlebens im Geiste dauernden Einklangs von Bedarf und Deckung" gesehen; moderner ausgedrückt, geht es um soziale Integration im Zuge der Bedarfsdeckung.

Kenner der ökonomischen Ideengeschichte werden sich an dieser Stelle unschwer daran erinnern, dass es im Kontext der aristotelischen Philosophie und im Vorfeld der Volkswirtschaftslehre einmal eine Oikonomia gab, die sich besonders der Frage der Gerechtigkeit widmete. Angemahnt wurden dabei "natürliche" Grenzen des Besitzstrebens, die Einengung auf das zum "guten Leben" Notwendige. "Das Umgrenzte gehört zur Natur des Guten", heißt es in der Nikomachischen Ethik (vgl. dazu sowie zum ökonomischen Aspekt im frühchristlichen Denken und in der Scholastik: Kolb 1997, S. 3ff). Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die sozial-ethische Orientierung der Historischen Schule der Nationalökonomie und an die in der Historismus-Nachfolge stehende und bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts reichende on-

tologische Bemühung um eine Theorie der zeitlosen Wirtschaft (vgl. ebd., S. 106ff). Gerade auch der für die Vermittlung von ökonomischer Bildung Verantwortliche sollte sich Gedanken machen "über die Sinnerfüllung der Volkswirtschaft insgesamt, über den Dienstcharakter seiner Spezialdisziplin innerhalb des umfassenden Wirtschaftsverständnisses, über verantwortliche Wirtschaftsgestaltung" (Nawroth 1965, S. 17).

Im November 2000 wurden auf einem gemeinsamen Bildungskongress von Deutscher Bischofskonferenz und Evangelischer Kirche in Deutschland zehn Thesen zur Bildung formuliert. Dazu heißt es in These 10: "In Zeiten der Beschleunigung werden stabilisierende, allgemein geltende Orientierungen und Maßstäbe zum knappen Gut und daher wertvoll. So müssen Bildungsinstitutionen 'übernützliche' Inhalte im Blick haben, die der kollektiven Erinnerung und dem kulturellen Zusammenhalt dienen" (zitiert nach Forschung & Lehre 1/2001, S. 24). Für die ökonomische Bildung bietet sich dazu – mit der Empfehlung des Blickes in den Rückspiegel – die volkswirtschaftliche Ideengeschichte an.

Literatur

- Derbolav, J.: Wesen und Formen der Gymnasialbildung – Ein Beitrag zur Theorie der Wirtschaftsoberschule. Bonn 1957.
- Deutsche Bischofskonferenz / EKD (Hg.): "Tempi – Bildung im Zeitalter der Beschleunigung", in: Forschung und Lehre Nr. 1 / 2001, S. 22-24.
- Galbraith, J.K.: Die Entmythologisierung der Wirtschaft – Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens. Wien/Darmstadt 1988.
- Kaminski, H.: Lehrplan-Analysen – ein Beitrag zur Situations-Analyse des Status der ökonomischen Bildung; in: Schlösser, H.J. / Weber, B.: Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien. Gütersloh 1999, S. 11-30.
- Klafki, W.: Artikel "Lehrerausbildung – Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik, Fachwissenschaft", in: Roth, L. (Hg.): Handlexikon zur Erziehungswissenschaft. München 1976, S. 267-276.
- Kolb, G.: Geschichte der Volkswirtschaftslehre – Dogmengeschichtliche Positionen des ökonomischen Denkens. München 1997.
- Nawroth, E.: Zur Sinnerfüllung der Marktwirtschaft. Köln 1965.
- Schlösser, H.J. / Weber, B.: Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien. Gütersloh 1999.

Roland Geitmann:

"Sozialgestaltung" als Bildungsauftrag

"Entwicklung, der neue Name für Friede", formulierte Papst Paul VI. in seiner Sozialenzyklika "Populorum progressio" im Jahre 1966 programmatisch. Dieser Zusammenhang gilt auf allen Ebenen: Entwicklungshemmungen erzeugen Gewalt, Entwicklungsarbeit hilft Gewalt vermeiden. Die großen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme der Menschheit sind Zeichen für mangelnde oder fehlerhafte Entwicklung, aber auch große Herausforderungen, das Notwendige nachzuholen.

In den folgenden erläuterten Thesen sollen Bedarf und Konturen eines Bildungsangebotes skizziert werden, das bei den notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft hilfreiche Dienste leisten könnte. Für die bislang unzureichend wahrgenommene Aufgabe, das gesellschaftliche Zusammenleben zeitgemäß zu gestalten, gibt es bezeichnenderweise keinen gängigen Begriff. "Sozialgestaltung" ist denen, die sich damit befassen, jedoch seit längerem geläufig und meint gerade nicht sozialstaatliche Reparaturdienste, sondern die Schaffung von Bedingungen, damit sich das Soziale in den Menschen entwickeln kann. Das erfordert vielfältige Verständigungsprozesse sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen und im kulturellen Bereich. Lebendige Demokratie braucht Moderator/innen, die das in den Menschen Veranlagte erkennen und zur Entfaltung bringen, Ziele formulieren helfen und zu Veränderungsschritten ermutigen. Solche "soziale Hebammenkunst" gilt es zu erlernen.

1. Bedarf

1.1 Problemlage

These 1: Die sich verschärfenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme sind nur lösbar im breiten Verständigungsprozess über notwendige Veränderungen des westlichen Lebensstils und zukunftsweisende soziale Innovationen.

Die sozialen und ökologischen Ungleichgewichte auf dieser Erde sind hinlänglich bekannt. Elend und Unterdrückung in den Ländern des Südens und Ostens sind historisch und z.T. noch immer mitbedingt durch eigensüchtige Eingriffe der westlichen Industrienationen (Zinslasten, Kapitalabflüsse, unfaire Preise u.a.). Die Armen zerstören die Umwelt aus Not und Unwissenheit; wir Reichen durch Verschwendung und tragen deshalb doppelte Verantwortung dafür, dass die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen schwinden durch Gifte und Atommüll, CO₂ und Ozonloch, Verwüstung des Bodens, Verseuchung der Gewässer, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten.

Diese Zusammenhänge zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen sind spätestens seit der UNO-Weltkonferenz von Rio 1992 Allgemeingut. Nachhaltige Entwicklung ist nicht durch technischen Umweltschutz allein, sondern nur durch Einbeziehung der sozialen und wirtschaftlichen Dimension möglich, so die zutreffende Erkenntnis dieser Konferenz. Die Auswirkungen unserer Lebensweise auf künftige Generationen und andere Regionen dieser Erde machen es notwendig, unsere Konsumgewohnheiten grundlegend zu verändern. Folgerichtig sah die Konferenz für nachhaltige Entwicklung nur dann Chancen, wenn diese Veränderungen von unten und auf breiter Front in Gang gebracht werden. Deswegen wurde u.a. den nichtstaatlichen Organisationen und den Kommunen eine entscheidende Verantwortung für die Umsetzung dieser Maßnahmen zugesprochen.

Die Gefährdung der Erde und weitere Probleme, die wir der nächsten Generation z.B. durch Schulden und Rentenansprüche aufladen, erfordern breite und intensive Verständigungsprozesse, für die die vorhandenen Strukturen nicht ausreichen. Die Institutionen repräsentativer Demokratie fördern mehr das Abschieben von Verantwortung statt einen ständigen Lernprozess durch Auseinandersetzung mit Sachfragen. Die

Parteien vermögen nur einen Bruchteil der Bevölkerung zu aktivieren und sind vornehmlich an Machtgewinn und -erhalt orientiert. Die herkömmlichen Verbände beschränken sich in der Regel auf Gruppeninteressen und vernachlässigen das Allgemeinwohl.

Weiterführend ist dagegen das immer breiter werdende Netz nichtstaatlicher, gemeinnütziger Organisationen für Gerechtigkeit, Demokratie, Umweltschutz und Frieden. Damit ihre hilfreiche Bildungsarbeit in politische Entscheidungen einmünden kann, brauchen wir neben den vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligung als letzten Trumpf auf allen politischen Ebenen direktdemokratische Entscheidungsinstrumente. Auf diese Weise würde sich quer zu den organisierten Interessen und den Parteien eine Ebene sachbezogener Willensbildung legen, die viele Menschen motiviert und aktiviert und breite politische Lernprozesse initiiert.

1.2 Mitwirkungsbereitschaft

These 2: *Der technische Fortschritt entlastet Menschen von existenzsichernder Arbeit und eröffnet Freiräume für kulturelle Entfaltung und politische Selbstbestimmung.*

Die Rationalisierungserfolge in der Wirtschaft erzeugen Probleme, bieten aber auch Chancen. Zwar werden sie angetrieben durch Gewinnstreben, erkaufte durch unverantwortlichen Energie- und Ressourcenverbrauch, begünstigt durch ein verfehltes Steuersystem und sie verursachen bedrohliche Massenarbeitslosigkeit. Aber sie befreien uns auch von oft allzu eintöniger Arbeit und geben uns Gelegenheit, uns als kulturelle, soziale und politische Menschen zu entfalten.

Dieses Angebot nehmen wir bei weitem nicht wahr. Statt wie gewohnt auf Dauer- und Vollarbeitsplätzen zu beharren und teilnahmslos zuzusehen, wie Millionen Menschen aus diesem Arbeitsprozess ausgesondert werden, wäre die verbliebene Arbeit neu und flexibel zu verteilen, so dass möglichst alle eine ihnen bekömmliche Mischung aus Erwerbsarbeit, Bürger- und Eigenarbeit, Muße und Fortbildung finden.

Auch durch höhere Lebenserwartung und Bildung ist das Mitwirkungsangebot gestiegen. Die

zahllosen Initiativen und nichtstaatlichen Organisationen signalisieren ein wachsendes Bedürfnis nach politischer Selbstbestimmung. Im großen Zeitrahmen gesehen kann man für Europa feststellen, dass die Menschen aus politischer Unmündigkeit heraustreten, erwachsen werden wollen und danach verlangen, an Entscheidungen beteiligt zu werden. Dies erfordert ein bislang noch ungeahntes Maß an öffentlicher Kommunikation.

1.3 Geschulte Moderator/innen

These 3: *Eine mündig werdende Gesellschaft braucht Moderator/innen für die Prozesse der Verständigung über sich wandelnde Formen des Zusammenlebens.*

Was manche als Atomisierung der Gesellschaft beklagen, ist, positiv betrachtet, unausweichlich uns aufgegebenen Individualisierung. Unsere gesellschaftliche Situation ist die des Erwachsenwerdens. Die bisherigen Regeln, Konsumgewohnheiten, Kenntnisse, Arbeitsplätze und sozialen Sicherungssysteme sind fragwürdig geworden. Strukturen sind überholt; das Neue ist noch nicht in Sicht und wird voraussichtlich weder von Experten noch von Politikern gefunden, sondern muss von den betroffenen Menschen selbst entwickelt werden.

Für diese Klärungsprozesse brauchen wir geschulte Moderator/innen, die ohne inhaltliche Vorgaben Kommunikation organisieren und doch ein Erkenntnisorgan für das haben, was sich in der Gesellschaft entwickeln will, was in den Menschen veranlagt ist, ansteht und in die Zukunft weist. Soweit die Ausbildung solcher Moderator/innen anhand der aktuellen gesellschaftlichen Fragen geschieht, kann bereits hierin ein Beitrag zur Lösung liegen und wird dringend notwendige Innovation gefördert.

1.4 Einsatzfelder

These 4: *Sozialgestalter/innen finden vielfältige Einsatzfelder auf allen politischen Ebenen wie auch im Wirtschafts- und Kulturleben.*

Zahlreiche schon bisher ausgeübte Tätigkeiten im öffentlichen Sektor, die Phantasie, konzept-

tionelles Denken und kommunikative Fähigkeiten verlangen, fänden in einer Zusatzausbildung "Sozialgestaltung" eine qualifizierte Grundlage, z.B.

- Bürgermeister/innen und Referent/innen für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung,
- Abgeordnete und ihre Assistent/innen,
- Mitarbeiter/innen für Grundsatz- und Zukunftsfragen in Ministerien und internationalen Organisationen,
- Gleichstellungsbeauftragte,
- Stellen für Kommunal-, Regional- und Landesentwicklungsplanung,
- Bürgerbeteiligung in Bauleitplan- und Planfeststellungsverfahren sowie in der Stadterneuerung und bei der Aufstellung von Haushaltsplänen,
- Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung,
- Gremien der internationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit,
- Entwicklungsdienst und internationale Demokratisierungshilfe.

Entsprechendes gilt für gemeinnützige Organisationen, Parteien, Verbände, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmensberatungen, aber auch Kirchen, Medien und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die alle an Fragen der Sozialgestaltung mitwirken, ohne dafür besonders geschult zu sein.

Andere Aufgaben und Formen der Verständigung werden erst allmählich aufgegriffen und benötigten externe Moderatoren, insbesondere wenn eine so umfassende Fragestellung wie die "Lokale Agenda 21" ansteht:

- Bürgerforen und Runde Tische,
- Arbeitskreise und Projektgruppen,
- nach Zufallsprinzip ausgewählte Planungszellen, die Bürgergutachten erstellen,
- Bürgerbüros und andere Formen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements,
- Mediation,
- Anwaltsplanung,
- Ziviler Friedensdienst.

Ein erheblicher Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit und Moderation ist im Entstehen durch direkt-demokratische Entscheidungsverfahren, wie sie für die kommunale Ebene inzwischen in allen Bundesländern und in den meisten auch für die Landesebene, wenn auch noch sehr restriktiv,

ermöglicht werden. Wie groß das Bedürfnis der Menschen ist, sich in Sachfragen zu engagieren und mitzuentcheiden, zeigt sich in den Ländern, die relativ anwenderfreundliche Verfahrensregelungen haben, insbesondere in Bayern und abgeschwächt auch in Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

In mehreren Bundesländern gibt es Initiativen zur Verbesserung der Verfahrensvorschriften. Für die Bundesebene wird die Einführung direkt-demokratischer Entscheidungsverfahren seit langem von der großen Mehrheit der Bevölkerung gefordert. Der Entwurf der rot-grünen Regierungskoalition zur entsprechenden Ergänzung des Grundgesetzes scheiterte im Jahr 2002 an der Ablehnung durch die CDU/CSU.

Offen ist für entsprechende Initiativen die Frage der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit und externer Moderator/innen. Während sich Parteien, orientiert an ihrem Wahlerfolg, aus öffentlichen Mitteln bedienen, ist dies für Volksentscheidensinitiativen bislang noch nicht oder unzureichend gewährleistet. Zumindest für die Landes- und Bundesebene ist eine solche Kosten-erstattung erforderlich, weil andernfalls nur bereits organisierte Interessenverbände sich dieses Instruments bedienen können. Gerade die Keime des Neuen brauchen Förderung, wenn wir nicht erstarren wollen. Diese Mittel werden künftigen Sozialgestalter/innen zugute kommen.

Um bedürfnisgerechter, ressourcenschonender und innovativer zu sein, braucht auch das Wirtschaftsleben neuartige Verständigungsformen, in denen Produzenten, Händler und Konsument/innen sich branchen- und regionalbezogen abstimmen. Statt Objekt aggressiver Werbung zu bleiben, sollten sich Konsument/innen als Mit-subjekt der Willensbildung organisieren. Weit über das hinaus, was Verbraucherberatung heute schon tut, wird hier ein Bedarf an Vermittlung entstehen, die aufwändige Werbung weitgehend ersetzen kann.

Für alle drei Bereiche, Politik, Wirtschaft und Kultur, wird es Sozialgestalter/innen sowohl im Angestelltenverhältnis als auch zunehmend als freiberuflich tätige Berater und Moderatorinnen geben können, die projektbezogen hinzugezogen werden.

1.5 Lücken anderer Studiengänge

These 5: *Bisherige Studiengänge bereiten auf soziale Gestaltung nur unzureichend vor.*

Zu einem erheblichen Anteil wird die Aufgabe sozialer Zukunftsgestaltung noch gar nicht wahrgenommen, zu einem weiteren Teil nur unzureichend. Entsprechend groß sind Reformstau und Probleme.

Wesentlichen Anteil an der Verholzung unserer gesellschaftlichen Strukturen haben Juristen. So hilfreich ihre Fähigkeiten in der Problemanalyse, der Verfahrensleitung und im Formulieren und Anwenden von Regeln sind, so unkreativ und wenig geeignet sind sie oft für die Suchbewegungen und fließenden Vorgänge bei der Schaffung von Neuem.

Die rechtlichen und ökonomischen Kenntnisse der Verwaltungswissenschaftler und Diplomverwaltungswirte fänden in einem Zusatzstudium "Sozialgestaltung" eine gute Ergänzung.

In der Fragestellung kommen Politologen und Soziologen nahe an das, was mit "Sozialgestaltung" gemeint ist. Doch Ergebnis dieser sehr theoriegeprägten Studiengänge sind Stärken eher im Beschreiben und Analysieren einzelner Segmente des Ist-Zustandes und weniger darin, aus der Erkenntnis langfristiger Grundströmungen Neues zur Entfaltung zu bringen. Erst recht zu kurz kommt das Einüben der Kommunikations- und Moderationstechniken.

Wirtschaftswissenschaftliche Grundkenntnisse wird man sich für "Sozialgestalter/innen" zweifellos wünschen. Doch lässt sich mit diesem Instrumentarium nicht die gesamte soziale Wirklichkeit erfassen und gestalten. Das ökonomische Menschenbild des kühl rechnenden Egoisten ist ein Homunkulus der Theorie, der das Denken beherrscht und den Blick dafür verstellt, dass arbeitsteiliges Wirtschaften auf Verständigung und Solidarität angelegt ist, wie es Tauschringe neu buchstabieren.

Ethik liefert ein reiches Ensemble von Fragestellungen, Argumenten und möglichen Antworten für die Suche nach Formen des guten und gelingenden Lebens. Philosophen und Theologen würden durch eine Zusatzausbildung als Sozialgestalter/innen breitere Betätigungsfelder finden.

Die Psychologie liefert wichtige Verständnisgrundlagen für Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten menschlicher Kommunikation, aber keine (gesamt-)gesellschaftlichen Konzepte. Ähnliches gilt für den Studiengang "Erwachsenenbildung".

Mancherlei Gemeinsamkeiten gibt es mit der Sozialpädagogik und -arbeit; dies gilt insbesondere für den gemeinwesenorientierten Ansatz (GWA). Doch ist deren Arbeitsfeld mehr die Mikroebene und geht es weniger um Gestaltungsvorschläge für die Politik.

Verwandt sind den Sozialgestalter/innen politische Journalist/innen. Die wünschenswerten Grundlagenkenntnisse sind ähnlich; doch in der praktischen Ausbildung stellen Berichterstattung und Mitgestaltung verschiedene Anforderungen.

Berührungspunkte gibt es auch mit dem Ausbildungsgang "Kommunikationswirt/in", der jedoch recht eingeeengt ist auf Öffentlichkeitsarbeit, also das Vermitteln von Vorgegebenem, und die moderierende Funktion sowie die inhaltlich-politische Seite vernachlässigt.

Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren wird auch von Stadt- und Landschaftsplaner/innen sowie von Geograph/innen moderiert, obwohl dies in ihrer Ausbildung allenfalls am Rande berührt wird.

2. Konturen

2.1 Ziel

These 6: *"Sozialgestaltung" ist eine soziale Hebammenkunst auf der Meso- und Makroebene.*

Sozialgestaltung zielt nicht auf die Mikroebene der Familie, der Nachbarschaft oder des einzelnen Betriebes, sondern auf die Mesoebene der Bürgerinitiativen, nichtstaatlichen Organisationen, Verbände, Kammern, Gewerkschaften und Parteien und vor allem die politischen Ebenen der Gemeinden, Landkreise, Regionen und Bundesländer sowie mit gewissen Einschränkungen auch Bund, Europäische Union und internationale Politik.

Großorganisationen und Politik werden von den meisten Menschen nicht als etwas wahrgenommen, was sie mitgestalten können. Mit der Beschränkung auf Wahlen und gelegentliche

Meinungsäußerungen stehen wir noch am Anfang der Demokratie. Diesen Zustand politischer Unmündigkeit gilt es zu überwinden. Weil politisches Erwachsenwerden etwas Neues hervorbringt und wie eine zweite Geburt ist, kann man die begleitende, vorantreibende und unterstützende Moderatorenfunktion der Sozialgestaltung als "soziale Hebammenkunst" bezeichnen.

Wie Hebammen können Sozialgestalter/innen das Neue nicht selbst produzieren, aber seine Hervorbringung entscheidend unterstützen, weil sie Entwicklungsgesetze kennen und wissen, wann etwas "an der Zeit" ist. Ohne das Ergebnis genau vorausszusehen, können sie die Richtung der Anstrengungen präzise angeben. Sie werden Verkrampfungen lösen, ängstliches Zurückhalten, etwa den Rückfall in vordemokratische Zustände, vermeiden, alle Kräfte nach vorne richten und ermutigen, sich für das Neue zu öffnen.

Unsere im Reformstau verharrende Gesellschaft ist im Zustand einer Gebärenden, die sich verkrampft und angstvoll verweigert. Deshalb bedarf es der Sozialgestalter/innen, welche die hervorzubringende Gesellschaft schon vor Augen haben, Mut machen und es fertig bringen, alle Kräfte der Gesellschaft auf den anstehenden Geburtsvorgang zu lenken. Erkenntnis und kommunikative Fähigkeiten, Wahrnehmung und Zuspruch sind jetzt vonnöten und alles getragen von liebevoller Zuwendung. Diese Fähigkeiten gilt es zu entwickeln.

2.2 Inhalt

These 7: *Grundlagenwissen über gesellschaftliche Entwicklungen sowie Projektstudien und Übungen können die Studierenden befähigen, sowohl mit allen Schichten der Bevölkerung als auch mit Wissenschaftlern und Fachexperten zu kommunizieren, deren Beiträge einzuschätzen und Bedingungen zu schaffen, die im Zusammenwirken der Menschen Neues entstehen lassen.*

Sozialgestaltung ist in einer demokratischen Gesellschaft kein Formen nach willkürlich vorgefasster Vorstellung, sondern ein Hervorbringen dessen, was sich verwirklichen will. Das erfordert solide Kenntnisse über tiefere Zusammenhänge

der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung sowie sorgfältige Wahrnehmung des gegenwärtigen Zustands, der zukunftsweisenden Ideen und vorhandenen Kräfte. Wer die Grundrichtung der langfristigen Entwicklung erkennt und damit das Künftige erahnt, kann klarer unterscheiden, was nach vorne weist und was ein Rückfall wäre, auch wenn es ohne solche Entwicklungsschlaufen manchmal nicht abgeht.

Sozialgestalter/innen können Wissenschaftler und Fachexperten nicht ersetzen, müssen aber als Moderatoren mit allen kommunizieren können. Deswegen wird die Ausbildung einen breiten Kranz von Gesellschaftswissenschaften berühren: Sozialethik, Anthropologie und Erwachsenenpädagogik, Geschichte, Kultur- und Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und Recht, Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre, Ökologie, Stadt- und Raumplanung. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Vorbildung werden sich die Studierenden vorwiegend den Disziplinen zuwenden, die sie bis dahin noch nicht kennen gelernt haben. Dabei kann es lediglich darum gehen, deren Denkweise, Sprache und Methodik zu erfassen. Statt die Studierenden mit allzu vielen scheinobjektiven Fakten voll zu stopfen, sollten sie eher die Relativität aller wissenschaftlichen Aussagen erkennen, Wissenschaftsgläubigkeit überwinden und ihren Blick schulen für "Außensteiter" und den in ihnen sich möglicherweise ankündigenden Paradigmenwechsel.

Das notwendige Grundlagenwissen wird sich durchweg auf Entwicklungen beziehen, also auf sich Verwandelndes, damit sich daran die Fähigkeit entfaltet, in die Zukunft zu denken und diese schöpferisch mitzugestalten. Beispiele sozialer Metamorphosen sollten Gegenstand vertiefender Projektstudien werden, z.B. Aussöhnungsprozesse, Entwicklung des Umweltbewusstseins, neue soziale Bewegungen, Entstehen einer weltweiten Zivilgesellschaft, Chancen des Internet usw.

Ein wesentlicher Teil des Zusatzstudiums wird das Üben von Kreativitäts-, Kommunikations- und Moderationstechniken sowie von Organisationsaufbau und -abläufen sein. Sozialgestaltung fußt zwar auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, ist selbst jedoch nicht Wissenschaft, sondern

eine Kunst, die man letztlich nur durch praktisches Vormachen, Erproben und Üben lernen kann.

2.3 Umsetzung

These 8: Im Sinne eines Studium Generale sollten vorhandene Ausbildungs- und Studiengänge verstärkt sozialgestalterische Fähigkeiten entwickeln. Neben Weiterbildungsmaßnahmen wäre das Angebot eines Zusatzstudiums "Sozialgestaltung" anzustreben.

Sozialgestaltung als eigenständigen Studiengang einzurichten wird (zumindest vorerst) kaum gelingen. Widerstände hiergegen sind sowohl aus benachbarten Studiengängen wie Politikwissenschaft und Sozialpädagogik zu erwarten als auch von Bildungspolitikern. Denn so lauthals Politiker Umdenken und Wandel in der Gesellschaft fordern, so kritisch werden sie, wenn bei solchem Wandel bestehende Machtstrukturen ins Schwanken kommen. Schon die Einführung und Verbesserung direktdemokratischer Verfahrensregeln stoßen bei etablierten Parteien auf Abwehr, erst recht das Ansinnen, die Rahmenordnung unserer Wirtschaft durch ein ökologisches Steuersystem zu verändern, das allen Menschen gleiche Zugangschancen zu Gemeinschaftsgütern wie Boden, Energie und auch Geld gewährt.

Ein staatlich dirigiertes und von wirtschaftlichen Interessen geprägtes Bildungssystem ist schwerlich imstande, einen Systemwandel zu befördern, sondern dient der Reproduktion bestehender Strukturen wohl bis zum bitteren Zusammenbruch. Nichts wäre deshalb dringlicher als die Forderung des früheren Bundespräsidenten Herzog beim Bildungsforum 1997 umzusetzen: "Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit."

Gegen einen eigenständigen und damit auch sich von anderen abgrenzenden Studiengang "Sozialgestaltung" ist auch ein sachliches Argument zu berücksichtigen: Gerade weil gesellschaftlicher Wandel Angelegenheit eines jeden mündigen Menschen ist und das Bildungswesen wie auch die Wirtschaft sich selbst verwalten sollte, müssten sozialgestalterische Fähigkeiten

in jedem Menschen gefördert werden, statt sie Spezialisten vorzubehalten. Deshalb wird für die Umsetzung ein anderer Weg vorgeschlagen:

- Wenn sich die Erkenntnis verbreitet, dass die zeitgemäße Gestaltung des Zusammenlebens sich als unabdingbare Aufgabe einer erwachsen werdenden Gesellschaft stellt, wird die Schulung entsprechender Fähigkeiten in immer mehr Lehr- und Studienpläne als Schlüsselqualifikation einsickern.

- Dieser Vorgang wäre sowohl durch punktuelle Weiterbildungsmaßnahmen als auch durch das Angebot eines Zusatzstudiums zu fördern. Da wir lebenslang lernen müssen, ist es kein Widerspruch, etwas, was man sich für jeden als Basis- und Schlüsselqualifikation wünscht, aber noch nicht vorhanden ist, zunächst als Zusatzqualifikation anzubieten.

Eine Zusatzausbildung würde zum einen die Aufgabe "Sozialgestaltung" deutlich ins Bewusstsein heben, andererseits die isolierende Wirkung eines eigenen Studienganges vermeiden und realisieren, dass sich Sozialgestaltung mit unterschiedlichen Vorausbildungen sinnvoll verknüpfen lässt und den Absolventen derselben zusätzliche Chancen eröffnet. Im Hinblick auf den großen Anteil der Projekte und praktischen Übungen bieten sich als Ausbildungsstätten für ein Zusatzstudium "Sozialgestaltung" neben Universitäten auch und gerade Fachhochschulen an, insbesondere die Fachbereiche Sozialwesen, aber auch die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung, sofern sie – zumindest insoweit – externalisiert werden. Schon bisher sind ihr Gegenstand die öffentlichen Angelegenheiten und sie verfügen über Juristen, Ökonomen (Volkswirte und Betriebswirte), Soziologen, Politologen, Psychologen und Informatiker.

Mit der Angliederung eines Zusatzstudiengangs "Sozialgestaltung" trügen diese Fachhochschulen der Entwicklung Rechnung, dass sich das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgern verschiebt: Die dienstleistenden und erledigenden Funktionen werden schon aus finanziellen Gründen schrumpfen, während die moderierende Funktion zunehmen wird. In einer mündigen Gesellschaft, die ihre Rahmenbedingungen sachgemäßer und gerechter als heute gestaltet, wer-

den soziale Reparaturdienste schrittweise durch günstige Voraussetzungen für Selbsthilfe ersetzt. Nach der polizeilich-militärisch geprägten Verwaltung des 19. Jahrhunderts und der sozialstaatlichen Erledigungsverwaltung im 20. Jahrhundert entsteht eine demokratische "Ermöglichungsverwaltung", die sich wieder zurücknimmt und die Bürgerinnen und Bürger nicht länger als Objekt, sondern als Partner und darüber hinaus als eigentliches Subjekt einbezieht.

Der Zusatzstudiengang "Sozialgestaltung" hätte deswegen befruchtende Rückwirkungen auf die bisherige Verwaltungsbildung, die für Ordnungsverwaltung, Finanzen und Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung zwar auch künftig gebraucht wird und doch den Übergang ins dritte Jahrtausend einer freiheitlichen, reiferen, selbstbewussten und innovativen Gesellschaft schafft.

Selbstverständnis der Ökonomie

"Seit rund einem Jahrhundert hat die Nationalökonomie den Charakter einer gesellschaftlichen Rechtfertigungslehre angenommen. Die klassische Lehre von der wertbildenden Kraft der menschlichen Arbeit war alsbald zur Grundlage einer lebhaften Sozialkritik geworden. Den sichtbaren Bruch bezeichnet die Heraufkunft der Grenznutzenlehre. Seitdem beherrscht die einzelwirtschaftliche Analogie das ökonomische Bewusstsein. Gegenüber der gesellschaftlichen Natur des Wirtschaftslebens zeigt die neuere Ökonomie wenig Verständnis. ... Die Welt des Gegebenen hat sich zur Welt des immer Seienden und einzig Möglichen, des einzig Vernünftigen ausgedehnt. ... Indem sie die Möglichkeit des Anderen ausschließt, hat sie eine totalitäre Tendenz erhalten. ... Dieser Tendenz, die Dinge nicht mehr in Frage zu stellen, entspricht genau der ökonomische Funktionalismus. Nicht das gesellschaftliche Warum, sondern das technische Wie ihres Funktionierens wird zum Gegenstand der Ökonomie."

Prof. Dr. Werner Hofmann: Universität – Ideologie – Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt. 4. Auflage 1969, S. 93, 118, 121, 125, 128, 130-133.

TAGUNG der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 12.–14. November 2004

In Zusammenarbeit mit:
Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. (CGW)
und Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e.V. (SG)

Gerechtigkeit in der Wirtschaft – Quadratur des Kreises?

FREITAG, 12. NOVEMBER 2004

19.15 Uhr **Gerechtigkeit als Kriterium in der
Wirtschaftswissenschaft**
Prof. Dr. St. Panther, Ökon., Uni Flensburg

SAMSTAG, 13. NOVEMBER 2004

9.15 Uhr **Gerechtigkeit im Alten und Neuen Testa-
ment und sozioethische Konsequenzen
für die Gegenwart**
Dr. Jochen Gerlach, Theologe, Wabern

11.00 Uhr **Gerechtigkeit und Natürliche
Wirtschaftsordnung**
Prof. Dr. G. Senft, Ökon., Wirtschaftsuniv. Wien

14.30 Uhr **Das System der Einkommensbesteuerung
im Spannungsfeld zwischen Gerechtig-
keit und Effizienz**
Prof. Dr. D. Löhrl, 1. Vors. der SG, Ökon., FH Trier

15.00 Uhr **Nachhaltigkeit als intergenerationale
Gerechtigkeit aus philosophischer und
juristischer Sicht**
Prof. Dr. F. Ekardt, Jurist/Philosoph, Uni Bremen

16.00 Uhr **Arbeitsgruppen** AG 1 - Steuern: Prof. Löhrl;
AG 2 - Umwelt: Prof. Ekardt

17.30 Uhr **Auswertung der AGs im Plenum**

SONNTAG, 14. NOVEMBER 2004

9.30 Uhr **Die Austreibung des Dämonischen aus
der Wirtschaft – Mit Tora und Talmud
gegen autonomisierte Funktionssysteme**
Prof. Dr. Th. Ruster, Theologe, Uni Dortmund

11.00 -
12.30 Uhr **Gerechtigkeit zwischen allgemeiner
Leitidee und konkreter Handlungs-
anweisung**
*Schlussausprache und Moderation:
Prof. Dr. Hans G. Nutzinger*

Ausführl. Programm u. Anmeldekarte anfordern:

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Postfach 1550,
D-37145 Northeim | Fon 05503-805 389 | Fax: 805 394
eMail: SG.Lindner@t-online.de
Internet: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Roland Wirth:

Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht

In diesem Aufsatz wird die These erörtert, dass der Freiwirtschaftslehre bislang ein gesellschaftlich-politisches Konzept gefehlt hat, das die geforderten wirtschaftlichen Reformen vernunftethisch haltbar begründet. Der Freiwirtschaftslehre mangelt es an einem wohlbegründeten philosophischen Fundament. Entweder wird das gesellschaftlich anzustrebende "Gute" gar nicht erst thematisiert und somit implizit angenommen, dieses "Gute" wohne den freiwirtschaftlichen Reformen bereits inne. Oder es wird explizit Gesells Naturalismus übernommen, ein (sozial)darwinistisches Weltbild, welches einer kritischen Überprüfung nicht standzuhalten vermag.

Hier wird gezeigt, dass die freiwirtschaftlichen Reformen auch und vor allem in einem kulturalistischen Gesellschaftskonzept sinnvoll sind, wie es die unten vorgestellte Bürgergesellschaft ist. Im ersten Abschnitt wird dargelegt, was eine moderne, integrative wirtschaftsethische Sicht überhaupt ausmacht. Im zweiten Abschnitt wird als normativer Rahmen die liberale Bürgergesellschaft vorgestellt, als Ausfluss einer vernünftigen und kulturoptimistischen Geschichts- und Fortschrittsauffassung. Im dritten Abschnitt werden schliesslich die freiwirtschaftlichen Reformen unter den vorgängig entwickelten Gesichtspunkten beurteilt.

1. Integrative Wirtschaftsethik

Die Freiwirtschaftslehre wird in diesem Aufsatz aus der Sicht der integrativen Wirtschaftsethik bewertet. Nun soll dieser Begriff mit Inhalt gefüllt werden. Ethik bedeutet nichts anderes als diszipliniertes Nachdenken über Moral. Lässt sich die Moral, die einem bestimmten Handeln oder einer Weltanschauung zu Grunde liegt, mit guten Gründen anderen Menschen gegenüber rechtfertigen? So lautet die ethische Grundfrage. Es geht folglich um die

argumentative Klärung verschiedener Geltungsansprüche und nicht etwa um ein begründungsloses Setzen moralischer Verbote, wie immer noch häufig der Ethik vorgeworfen wird. Kein moralischer Zeigefinger also, sondern Diskurs zwischen vernünftigen und konsensorientierten Individuen. Alle Menschen gelten dabei als moralisch gleichwertig, d.h. alle verdienen es in gleichem Maße, angehört und in ihren legitimen Ansprüchen respektiert zu werden. Welche Ansprüche in einer konkreten Situation als legitim gelten können und welche nicht, muss jedes Mal in einem (fiktiven) Dialog mit allen Betroffenen ermittelt werden.¹

Auf der einen Ebene ethischer Fragen geht es um das individuelle *Gute Leben*, also um das Thema, wie ich als Mensch mein Leben "gut" gestalten soll. Die andere Ebene bezieht sich auf das gesellschaftliche "Gute", das *gerechte Zusammenleben der Menschen*. Die erste Ebene ist eine individuelle Angelegenheit, in die sich ein liberaler Staat möglichst nicht einmischen soll, die zweite hingegen ist die Ebene der Politik, respektive der gesellschaftlichen Willensbildung. Das konsequente Auseinanderhalten dieser zwei Ebenen ist eine große Chance einer wirklich liberalen Politik. Denn nur eine Gesellschaft, welche die Freiheit des Individuums in der Weise maximiert, dass es seinen Lebensentwurf so frei wie möglich wählen kann, ist umfassend liberal. Wo der Staat (oder die demokratische Mehrheit) für den Einzelnen zu wissen vorgibt, welche Lebensform für ihn *gut* zu sein hat, ist die Freiheit empfindlich eingeschränkt. Insbesondere neoliberaler, aber auch freiwirtschaftliche "Wettbewerbsverherrlicher" übersehen regelmäßig, dass die von ihnen bevorzugte "wettbewerbsorientierte Lebensform" vernünftigerweise nicht für alle gut sein muss. Zumindest gehören solche Postulate in diesem Sinn in Frage gestellt und diskutiert.

Die Wirtschaftsethik fragt nach dem Sinn des Wirtschaftens, danach, was das Wirtschaftssystem für das gute Leben der Menschen und für ihr gerechtes Zusammenleben leisten kann. Die Wirtschaft wird als Mittel (Bereitstellung der materiellen Grundlagen des Lebens) zum Zweck (Ermöglichung eines guten Lebens und eines gerechten Zusammenlebens der Bürger) verstanden. Kennzeichnend für die integrative Wirtschaftsethik ist die Vermeidung der Auffassung, dass es sich bei Ethik und Ökonomie um zwei getrennte Welten handle, die nichts miteinander zu tun hätten. Alles Ökonomische birgt in seinem Kern immer schon moralische Wertung und politische Weltanschauung, ob man sich dessen bewusst ist oder nicht. Die Ethik ist immer ins Ökonomische integriert, handle es sich dabei um theoretisches Modellieren oder um Agieren "am Markt". Das Akzeptieren der herrschenden Zustände bei der Modellbildung oder die Auswirkungen auf einen weiten Kreis von Betroffenen bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen zeigen die politische und moralische Dimension des Ökonomischen. Die integrative Wirtschaftsethik ist ein vernunftbasierter Ansatz, in dem der "eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Argumentes" (Habermas) über (moralische) Konflikte entscheidet. Wer gute Gründe für seine Ansprüche anführen kann und diese im Diskurs allen potentiell Betroffenen in Konsensorientierung darlegt, handelt ethisch korrekt. Er respektiert sein Gegenüber als prinzipiell moralisch gleichwertig.

Kommen wir nun zum Verhältnis zwischen Ethik und Wirtschaft. Diesbezüglich können in der Praxis drei verständnismäßige Grundmuster unterschieden werden, die sich teilweise überlagern und die zumeist als implizite Annahmen auftauchen.

- Das erste Grundmuster ist die *funktionalistische Wirtschaftsethik*.² Dafür ist die Ansicht charakteristisch, die moralischen (oft auch göttlich oder natürlich genannten) Wertentscheidungen seien im Marktmechanismus selbst bereits zum Ausdruck gebracht worden. Das Individuum müsse also, um moralisch korrekt zu handeln, bloss den Marktgesetzen folgen (also den Effizienzgrundsatz hochhalten und die Ge-

winne maximieren) und sich weiter keine Gedanken machen. Zusätzliche Ethik wird für unmöglich oder zumindest unnötig gehalten, die Wirtschaft demzufolge zum "ethikfreien Raum" erklärt.

Diese Haltung ist absurd, denn jeder menschlichen Handlung liegt ein Motiv zu Grunde, das prinzipiell einer vernünftigen Begründung zugänglich ist (d.h. über jedes Motiv lässt sich diskutieren). Gewinnmaximierung ist ein Motiv, das normalerweise gut begründbar ist und gewöhnlich auch von allen Beteiligten als legitim wahrgenommen wird. Aber eben nicht immer: Wenn aber eine Unternehmung "über Leichen gehen" muss, um ihrem Motiv Gewinnmaximierung nachzuleben, stellen sich Fragen, die dem Individuum von keinem scheinbar noch so "natürlichen" Marktsystem abgenommen werden. Jedes Individuum bleibt verantwortlich für seine Handlungen, auch in einer freiwirtschaftlich reformierten Wirtschaft. In dieser Denkschule kommt der Ethik allenfalls die Aufgabe zu, den Unternehmen als Marketinginstrument und Verkaufsargument zur Verfügung zu stehen. Situationen, in denen sich Ethik und Gewinnstreben entgegenstehen, werden nicht thematisiert. Das Wirtschaftliche ist dem Ethischen eindeutig übergeordnet, weil zuerst die Wirtschaft funktionieren müsse (sonst verarme und verhungere das Land), bevor Politik und Gesellschaftsgestaltung überhaupt möglich seien. Offensichtlich unterliegt diese Schule einer Mittel-Zweck-Umkehrung, die rational nicht begründbar ist. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt; vernünftigerweise ist das Wirtschaften das Mittel zum Zweck des Lebens. Es gab und gibt zweifellos Situationen, in denen die Produktion von Lebensmitteln die vordringlichste Aufgabe des Einzelnen und der Gesellschaft ist; die heutige Produktivität in den Industrieländern erlaubt jedoch eine Emanzipation von diesem Armutsparadigma. Wir stellen fest, dass der Einsatz der Ethik in den Unternehmen, nur um damit Geld zu verdienen, kaum ein wohlreflektierter Ansatz ist – was nicht bedeutet, dass man mit Ethik kein Geld verdienen soll und kann!

- Die zweite Denkart nennt sich *situative Wirtschaftsethik*. In ihr bekommt die Ethik den Rang

eines Arguments *neben* anderen. Dies bedeutet, dass in einem konkreten Fall jedes Mal neu beurteilt wird, ob nun ethische Gesichtspunkte oder die Gewinnmaximierung den Vorzug erhalten sollen. Diese Ansicht ist auch nicht haltbar, läuft sie doch darauf hinaus, dass für eine genügend hohe Gewinnchance die Ethik über Bord geworfen wird, was einer Missachtung der Integrität von anderen Menschen gleichkommt. Eine Unternehmung wird sich quasi überlegen müssen, wie viel Geld es ihr wert ist, über eine "Leiche" zu gehen – ein absurder Gedanke, der mit wohlverstandener Wirtschaftsethik nichts zu tun hat.

▪ Die dritte Denkschule nun, welche die oben beschriebenen Unzulänglichkeiten nicht aufweist, ist die *integrative Wirtschaftsethik*. Sie wurde im Wesentlichen von Peter Ulrich am Institut für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen entwickelt und fußt auf den vernunftethischen Fundamenten von Immanuel Kant und Jürgen Habermas.³ Der Grundgedanke ist, dass jedes Wirtschaften wohl begründet (legitim) sein soll. Die Ethik wird als unverzichtbares Fundament jeder wirtschaftlichen Tätigkeit angesehen. Die Wirtschaft wird als in die Gesellschaft integriertes System aufgefasst, daher der Zusatz "integrativ". Die Gestaltung der Gesellschaft und somit auch des Wirtschaftssystems ist eine politische Aufgabe, die im demokratischen Prozess vollzogen wird. Es handelt sich um einen unzulässigen Reflexionsabbruch, wenn das Subsystem Wirtschaft unter Berufung auf angebliche "Natürlichkeiten" der vernünftigen demokratischen Gestaltung entzogen wird. In der integrativen Wirtschaftsethik gilt der Primat der Lebensdienlichkeit vor der ökonomischen Systemlogik. Die Wirtschaft ist bloß in einer den Menschen dienenden Stellung denkbar, als Subsystem in die Gesellschaft integriert. Ein Eigenzweck kann ihr vernünftigerweise nicht zugesprochen werden. Es ist bei der Wertschöpfung immer zu fragen, *welche Werte* (Dimension des guten Lebens) *für wen* (Dimension des gerechten Zusammenlebens) zu schaffen sind. Diese Frage ist immer wieder von Neuem im politischen Diskurs zu beantworten.⁴

Die freiwirtschaftliche Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem findet auf zwei Ebenen statt, die hier sauber auseinan-

der gehalten werden. Mit ihrer gerechtigkeits-theoretisch begründeten Kritik der zinsbedingten Umverteilung bewegt sich die Freiwirtschaftslehre auf *gesellschaftspolitischer Ebene*, währenddem sich die Analyse der kapitalistischen Krisenanfälligkeit und die Reformvorschläge auf der *Ebene des ökonomischen Systems* befinden. In der freiwirtschaftlichen Literatur werden diese beiden Ebenen kaum getrennt und in der Argumentation laufend vermischt. Dies ist aus wirtschaftsethischer Sicht zu korrigieren, da der gesellschaftspolitischen Ebene der unbedingte Vorrang gebührt vor der funktionalen ökonomischen Systemebene. Die Unterscheidung dieser zwei Ebenen führt zu mehr politisch-philosophischer Transparenz.

▪ Die integrative Wirtschaftsethik setzt konkret auf drei Ebenen, drei "Orten der Moral" an. Erstens bei jedem einzelnen *Wirtschaftsbürger*: Jeder Mensch ist in verschiedenen Rollen in den Wirtschaftsprozess integriert, sei es als Konsument, Arbeitnehmer, Unternehmer, Investor oder im politischen Entscheidungsprozess. Der Mensch wird in der integrativen Wirtschaftsethik prinzipiell als fähig und willens gesehen, sich im politischen Prozess einzubringen. Als ethisch interessiert wird er sich in den oben skizzierten Bereichen des Wirtschaftslebens die richtigen Fragen stellen. Hier wird die emanzipatorische Komponente der Ethik sichtbar: Weg von einer dumpfen Mentalität des Ich-kann-sowieso-nichts-ändern – hin zu intelligentem Fragen und dem Suchen begründeter Antworten. Natürlich läuft Ethik unter Umständen auf Selbstbeschränkung hinaus, beispielsweise wenn man beschließt, seinen Fleischkonsum ausschließlich mit biologisch produziertem Fleisch zu decken, dafür natürlich mehr bezahlt und so auf anderen Konsum verzichtet. Oder wenn man sich als Investor mit tieferen Renditen zufrieden gibt, dafür aber weiß, dass mit dem angelegten Vermögen "Gutes" (oder zumindest nichts Schlechtes) getan wird.

▪ Der zweite "Ort der Moral" sind die *Unternehmen*. Der Grundsatz einer integrativen Unternehmensethik wurde oben bereits angedeutet: Der Wille, das Geld ausschließlich auf moralisch legitime Weise zu verdienen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine unternehmerische Selbstver-

leugnung, sondern um die einzige Grundlage, auf der Wirtschaften und Gewinnstreben vernünftig begründbar sind. Erzielt ein Unternehmen mit illegitimen Machenschaften Profit, werden wohlbegründete Ansprüche anderer Menschen übergangen und die moralische Gleichheit aller Menschen verletzt. Eine aufgeklärte Unternehmung verwechselt nicht die Akzeptanz, die ihr wichtige Anspruchsgruppen entgegenbringen mit gesellschaftlicher Legitimität schlechthin, sondern steht in permanentem und institutionalisiertem (fiktivem) Dialog mit allen von seinen Aktivitäten betroffenen Menschen. Dies umfasst eben nicht bloß die "mächtigen" Anspruchsgruppen wie Kunden, Aktionäre oder Mitarbeiter, die mit ihrem Verhalten den finanziellen Erfolg des Unternehmens direkt beeinflussen, sondern auch Gruppen ohne direkten Einfluss wie Anwohner oder Umweltverbände. Der Dialog mit diesen Anspruchsgruppen muss ebenso reale Konsequenzen haben können wie jener mit den mächtigen, ansonsten wird die Sache zur Farce. Nach innen bedarf es zu einer vernünftigen Umsetzung integrativer Unternehmensethik Weiterbildungsveranstaltungen, Kommunikationsrechte für die Mitarbeiter, eine gelebte Verantwortungskultur und ethisch konsistente Führungsgrundsätze. Unternehmensethik beinhaltet auch ordnungspolitische Mitverantwortung. Damit die ethisch korrekt handelnden Akteure im Wettbewerb nicht die Dummen sind, muss darauf hingewirkt werden, dass die Rahmenbedingungen korrektes Verhalten belohnen oder zumindest nicht bestrafen. Es geht darum, ethisch korrektes Wirtschaften zumutbar zu machen. Denn Unternehmensethik ist im Wettbewerb nie unmöglich, sondern allenfalls unzumutbar, weil die Spielregeln falsch gesetzt sind.

- Damit leiten wir zum dritten "Ort der Moral" über, zur *Wirtschaftspolitik* respektive zur Ordnungsethik. Hier geht es um die Frage der Rahmenordnung der Wirtschaft, die insbesondere zu drei Themenkomplexen Stellung beziehen muss. Erstens geht es um die Definition subjektiver Rechte der Wirtschaftsbürger, also der Ausgestaltung von Eigentums-, Unternehmer-, Arbeitnehmer-, Konsumenten-, oder Mieterrechten. Der legale Schutz soll zu einem Machtausgleich führen. Zweitens geht es um die Ausgestaltung der

Rechnungslegungsnormen, auf welchen die privaten Kosten-Nutzenrechnungen beruhen. Dabei ist in erster Linie auf die Internalisierung von externen Effekten zu achten, die bekanntlich die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus erst gewährleisten. Drittens geht es um sogenannte Randnormen. Damit sind einerseits Grenzwerte gemeint (etwa für gefährliche Stoffe aus ökologischen oder von Höchstgeschwindigkeiten auf den Straßen aus Sicherheitsgründen), andererseits aber auch räumliche oder zeitliche Marktbegrenzungen, wie sie heute beispielsweise in der Raumplanung oder in beschränkten Ladenöffnungszeiten zum Ausdruck kommen.

Eine vernünftige Wirtschaftspolitik braucht eine "vitalpolitische" Orientierung an legitimen gesellschaftlichen Grundsätzen. Damit ist der Primat der Politik vor der ökonomischen Systemlogik ausgedrückt: Die Wirtschaft macht nur Sinn in einer dienenden, in die Gesellschaft integrierten Rolle. Dass dabei die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems selber aufrecht erhalten werden muss (nicht wie in der sozialistischen Planwirtschaft), versteht sich von selbst.

2. Die Bürgergesellschaft als kulturalistischer Rahmen der freiwirtschaftlichen Reformen

Falls in der Geschichte von Fortschritt gesprochen werden kann, so wird er sich in zunehmender Freiheit des Individuums von Zwängen und Ängsten aller Art manifestieren. Der Mensch soll sein kreatives Potenzial im Einklang mit seinen Mitmenschen und der Natur zunehmend entfalten können. Zudem wird sich Fortschritt in einer gerechteren Gesellschaft ausdrücken, in der unbegründete Vorrechte für bestimmte Gruppen keine Rolle mehr spielen. Nach Amartya Sen, Nobelpreisträger in Ökonomie, lässt sich eine sinnvolle gesellschaftliche Entwicklung als Prozess der Erweiterung realer Freiheit verstehen.⁵

Die freiwirtschaftlichen Reformvorschläge werden demnach bewertet, inwieweit sie zu einer Entwicklung in diese Richtung beitragen können. Es wird sich erweisen, dass die Freiwirtschafts-

lehre eine solche liberale Fortschrittskonzeption, auf welche nun genauer eingegangen wird, in ihrem Kern schon in sich trägt.

Ralf Dahrendorf vermutet, dass ein gewisser Fortschritt in der Geschichte "wenigstens zuweilen" stattfindet.⁶ Ein solcher Fortschritt könne nur in der durchschnittlichen Erweiterung der Lebenschancen des Individuums bestehen. "Lebenschancen sind die Backformen menschlichen Lebens in der Gesellschaft; sie bestimmen, wie weit Menschen sich entfalten können."⁷ Es geht darum, dass möglichst viele Backformen gesellschaftlich zulässig sind, dass also die individuelle Freiheit, sich eine Backform für sein Leben zu wählen, so groß wie möglich wird. Fortschritt zeigt sich darin, dass eine Gesellschaft in dieser Weise liberaler wird. Auch eine Gesellschaft, welche sich bereits für liberal hält wie die unsrige, kann selbstverständlich noch liberaler werden. Die Geschichte des menschlichen Fortschritts wird kaum ausgerechnet jetzt ihren Zenit erreicht haben, eine immer wieder vorzufindende implizite Annahme. Die Utopie einer solchen urliberalen Gesellschaft wollen wir nun *Bürgergesellschaft* nennen, als eine dem Menschen als Kulturwesen angemessene Form des Zusammenlebens. Sie kann als ein vernünftigerweise wünschbares Ziel der geschichtlichen Entwicklung gelten.

Eine Bürgergesellschaft konstituiert sich in erster Linie durch einen umfassenden Bürgerstatus. Der Bürger wird als geistig und moralisch voll entwickelter Mensch gesehen, der nicht nur zur selbstbestimmten Lebensführung fähig ist, sondern der sich auch aktiv am gesellschaftlichen politischen Prozess beteiligt. Er ist in einem republikanischen Sinn an der Sache der Gemeinschaft interessiert und grundsätzlich fähig und willens, im politischen Diskurs seine Eigeninteressen dem Gemeinwohl unterzuordnen. Zum Bürgerstatus gehören einerseits voll entfaltete allgemeine Bürgerrechte, andererseits wird aber vom Einzelnen erwartet, dass er sich aus freien Stücken um die Belange der Allgemeinheit kümmert.

Das Konzept der Lebenschancen ist eng verwandt mit der Diskussion um positive oder reale Freiheit, der wir uns nun zuwenden. Wir werden

sehen, dass Lebenschancen sich nur dann erweitern, wenn das zu Grunde liegende Freiheitsverständnis die negative und die positive Freiheit umfasst. Die negative Freiheit ist durch Abwesenheit von äußerem Zwang charakterisiert. Normalerweise werden darunter sogenannte Abwehrrechte des Individuums gegenüber dem Staat verstanden (Freiheit von etwas), die in der Aufklärung als Reaktion auf die absolutistischen Verhältnisse entwickelt wurden. Die negativen Freiheitsrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staat sind heute (zumindest in den Industriestaaten) politisch unbestritten.

Die gerade unter Ökonomen verbreitete neoliberalen Geisteshaltung verkürzt individuelle Freiheit weitgehend auf Wirtschafts- oder Vertragsfreiheit. Der große Verfechter dieser Art von Wirtschaftsliberalismus, Friedrich August von Hayek, definiert Freiheit als Abwesenheit von Zwang, den andere Menschen auf das Individuum ausüben.⁸ So weit ist ihm zuzustimmen. Wenn der Mensch sich aufgrund eines freiwilligen Vertragsabschlusses in eine Position begibt, in der er eigentlich als unfrei gelten müsste (etwa ein Fremdenlegionär oder ein "freiwilliger" Sklave), so bedeutet dies nach Hayek wegen der Freiwilligkeit des Vertragsabschlusses keine prinzipielle Verminderung von individueller Freiheit. Das erste Problem dieser Auffassung ist die Definition von Freiwilligkeit. Die Existenz struktureller (ökonomischer) Zwänge für das Individuum negiert Hayek in eher weltfremder Weise. Wenn jemand vom Hungertod bedroht ist, so wird er sich vermutlich freiwillig in die Sklaverei verkaufen, wenn ihm dafür die Versorgung mit Lebensmitteln in Aussicht gestellt wird. Dies hat mit wohlverstandener Freiheit offensichtlich nicht viel zu tun. Die Lebenschancen eines solchen Individuums sind viel kleiner als sie es in Anbetracht der wirtschaftlichen Produktivität und der weltweiten Güterfülle sein könnten. Ein weiteres Problem ist insbesondere bei wirtschaftlichen Verträgen die asymmetrisch verteilte Verhandlungsmacht, die oft zu Ergebnissen führt, welche die Freiheit der schwächeren Partei beschneidet. Die Hayeksche Überstrapazierung der Freiwilligkeit beim Vertragsabschluss als Kriterium für Freiheit des Individuums greift zu

kurz. Seine Wirtschaftsfreiheit wird sehr schnell zur Freiheit der Starken, den Schwächeren ihr Gesetz zu diktieren.⁹ Hayek ist sich durchaus bewusst, dass er die Freiheit bloß negativ versteht. Anonyme Zwänge, welche den Einzelnen zu Vertragsabschlüssen verleiten, die ihn unfrei machen, lässt er nicht als Einschränkung der Freiheit gelten. Ein solches Freiheitsverständnis entbehrt nicht eines gewissen Zynismus, wird doch die Unfreiheit derer, die sich im "natürlichen Wettstreit um vorteilhafte Verträge" nur schlecht behaupten können (oder wollen), als nicht relevant belächelt.

Die Abwesenheit von staatlichem Zwang ist folglich nicht genug. Es braucht neben der negativen auch die positive Freiheit. Der positiven Freiheit liegt die Idee der freien Selbstverwirklichung zu Grunde. Sie beinhaltet auch die Abwesenheit von privatem oder anonym-strukturellem Zwang, der die Lebenschancen des Individuums einschränkt. Positive Freiheit (Freiheit zu etwas) liegt dann vor, wenn ein Individuum über *reale Handlungsoptionen* verfügt. Das heisst, jemand hat nicht nur das Recht, so zu leben wie er will, sondern er hat auch die (materiellen) Möglichkeiten dazu. Es geht darum, lebbare Chancengleichheit für alle zu schaffen.¹⁰ Die moralische Gleichheit aller Menschen, von der wir hier selbstverständlich ausgehen, impliziert, dass Freiheit nur als allgemeine Freiheit begründbar ist. Dies bedeutet nicht nur, dass alle Menschen in den Genuss derselben Freiheit kommen sollen, sondern auch, dass die Schaffung von größtmöglicher Freiheit für alle anzustreben ist. Wer dem liberalen Primat der Freiheit als Ausfluss der *Conditio humana*, des Menschseins, prinzipiell zustimmt, kann eigentlich nicht gegen Reformen der Wirtschaftsordnung sein, die Freiheit in einem umfassenden Sinn erst ermöglichen. Das wirtschaftssystemisch bipolare Denken hat ausgedient, haben sich doch die beiden Extrempole eines ungehemmten Kapitalismus einerseits und eines Sozialetatismus andererseits einer wirklich liberalen Gesellschaft als unwürdig erwiesen. "Freiheit ist nicht ein Zustand der Dinge, sondern eine Maxime des Handelns."¹¹ Diese Feststellung Dahrendorfs deckt sich mit der Ansicht Silvio Gesells, der den

Menschen die Möglichkeiten schaffen wollte, sich zu entfalten, der aber immer betont hat, dass es die Sache jedes Einzelnen sei, die Freiheit auch zu gebrauchen. Beide brauchen einen *aktiven* Begriff von Freiheit, welcher keine Ruhe erlaubt, bevor nicht alle Wege zur Erweiterung der Lebenschancen erkundet sind.¹² Ein so verstandener Liberalismus umfasst den Menschen in all seinen Aspekten und reduziert ihn nicht auf seine Rolle als Staatsbürger oder gar nur auf jene als Wirtschaftssubjekt. Er will Heterogenität der Lebensentwürfe der Bürger ermöglichen und erscheint so als Anti-Ideologie, da keine Konzeption des Guten bevorzugt werden soll.

Soziale Gerechtigkeit ist eine weitere zentrale Anforderung an ein Wirtschaftssystem, das als Subsystem in die vernünftig gestaltete Gesellschaft eingebettet ist. Jedes Amt und jede Funktion in der Gesellschaft soll jedem ihrer Mitglieder offen stehen. Dies bedingt natürlich zuerst einmal rigorose, von der Rechtsordnung erzwungene Abwesenheit von Korruption und anderer mafioser Praktiken. Auch das bestehende Erbrecht als Ausfluss unbegrenzten Privateigentums muss sich von der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in Frage stellen lassen. Daneben müssen gute Ausbildungen allen offen stehen, unabhängig von ihrer materiellen Situation. Auf der Ebene der Wirtschaftsordnung ist ein strenges Wettbewerbs- und Kartellrecht unabdingbar für soziale Gerechtigkeit, um die Entstehung von Marktmacht zu verhindern. In einer Bürgergesellschaft ist der Markt als Institution in die Gesellschaft integriert. Er kann durch politische Maßnahmen jederzeit eingeschränkt werden, damit die von ihm verursachten Ungleichheiten begrenzt werden können. Es muss auch sicher gestellt werden, dass mit dem durch die Geldreform angeregten Wirtschaftswachstum vernünftig umgegangen wird. Es darf dabei aus ökologischen Gründen zu keiner weiteren Übernutzung der Umwelt kommen, die Politik muss mit Lenkungsmaßnahmen dafür schauen, dass das Wachstum qualitativ erfolgt. Dafür garantiert die Geldreform alleine nicht.¹³

Eine liberale Gesellschaftsordnung, die verschiedenen Weltanschauungen und Lebensformen neutral gegenübersteht, ja eine möglichst große

Vielfalt verschiedener Lebensentwürfe ermöglichen will, bedarf eines Geldes, welches "sozial neutral" ist. Eine Hauptthese der Freiwirtschaftslehre ist, dass die herrschende Geldordnung soziale Gerechtigkeit verhindere. So lange Kapital-eigentümer eine leistungslose, von den anderen Menschen zu erarbeitende "A-priori-Entschädigung" erhalten würden, sei die soziale Gerechtigkeit nicht verwirklicht. Das herrschende Zins-system verhindere in neofeudalistischer Weise den sozial gerechten vollen Arbeitsertrag für alle. Dabei wird ein laboristisches Gerechtigkeitskonzept vertreten, dem aus vernunftethischer Sicht zuzustimmen ist. Es sprechen gute Gründe dafür, das Konzept der sozialen Gerechtigkeit in der Bürgergesellschaft um das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu erweitern und also eine freiwirtschaftliche Geldreform zu fordern.

3. Gesellschaftliche Bedeutung der freiwirtschaftlichen Reformen

Ein kulturalistisches Bewusstsein, d.h. die Überzeugung, dass der Mensch kraft seiner Vernunft die Gesellschaft nach frei gewählten und im politischen Prozess bestimmten Prinzipien einrichten kann, fehlte bei Gesell. Bei ihm ging es für den Menschen darum, die "natürlichen" Gesetze zu erkennen und ihnen auch in der Sozialordnung Ausdruck zu verleihen. Damit bleibt Gesell auf einer metaphysischen Ebene stecken. Ebenso wie sich religiöse Ethiker auf angeblich "göttliche" Gesetze stützen, beruft sich Gesell auf die "Natur". Dass allein schon die Interpretation der angeblich so eindeutigen natürlichen Gesetze ein kultureller Akt und damit diskutierbar ist, blendet er aus. Die Natur steht bei ihm gleichbedeutend für das gesellschaftliche und individuelle "Gute". Hinzu kommen noch einige (sozial)darwinistische Elemente, die in der heutigen Zeit grotesk anmuten.¹⁴ Gesell hebt die Vorzüge der von Charles Darwin beschriebenen natürlichen Selektionsmechanismen, des "survival of the fittest", immer wieder hervor und überträgt sie unbesehen auf die Sozialordnung – eine Denkhaltung, die vor hundert Jahren in Mode war.¹⁵ Gesell entwickelt so eine gewisse naturalistische Wettbewerbsverherrlichung, die wie

oben dargelegt vernünftig nicht begründet werden kann. Denn es ist fraglich, ob mehr Wettbewerb, der von Gesell in fast allen Lebensbereichen gewünscht wurde, tatsächlich einen Zuwachs an realer Freiheit bringt. Es ist ja auch möglich, dass jemand lieber nicht wettbewerbsorientiert leben möchte. Für solche Leute birgt das Freigeld allenfalls gar eine Einschränkung der realen Freiheit, die aber mit einer entsprechenden Gestaltung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft gemildert oder geheilt werden kann. Es kann nicht genug betont werden, dass die freiwirtschaftlichen Reformen wohl eine gute Sache sind, jedoch die politische Gestaltung der Rahmenbedingungen in keiner Weise überflüssig machen. Wenn sich mit den freiwirtschaftlichen Reformen das Wirtschaftssystem in Richtung mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit und allenfalls auch in Richtung einer ökologischeren Produktionsweise entwickelt, so ist das zu begrüßen. Jedoch wohnt der freiwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung kein Automatismus inne, der sicher stellt, dass die Marktergebnisse in jedem Fall dem gesellschaftlich-politisch Gewünschten entsprechen. Die freiwirtschaftlichen Reformen sind als Schritt in die richtige Richtung zu befürworten, sind aber nicht das omnipotente Heilmittel, das Gesell darin zu erblicken glaubte. Mit dem bloßen Übernehmen von Gesells philosophischem Hintergrund bleibt die Freiwirtschaftslehre im luftleeren Raum. Um begründungsstärker zu werden, braucht es die Bürgergesellschaft als kulturalistisches Fundament. Auf ihm erst machen die freiwirtschaftlichen Reformvorschläge gesellschaftlich-politisch Sinn.

Die Freiwirtschaftslehre ist in Bezug auf die Betonung der umfassenden Freiheit des Einzelnen eine urliberale Theorie. Der volle Arbeitsertrag führt zu mehr Kaufkraft pro geleisteter Arbeitsstunde und erweitert damit die Möglichkeit einer Emanzipation aus ökonomischen Zwängen. Auf diese Weise kann das reformierte Wirtschaftssystem jedem Menschen seine reale Freiheit erhöhen, da er bei der Wahl seines Lebensentwurfs freier von ökonomischen Zwängen wird.

Der volle Arbeitsertrag für alle stellt eine sinnvolle Erweiterung des Konzepts der sozialen

Gerechtigkeit dar. Die heutige Situation ist aufgrund des unsichtbaren, in allen Produkten steckenden Zinsanteils, den alle bezahlen, der aber bloss einer Minderheit zu Gute kommt, als verteilungsmässig ungerecht zu bezeichnen. Es gibt weder moralische noch ökonomische Gründe für die zinsbedingte Umverteilung von unten nach oben. Nach Schätzungen von Helmut Creutz sind über 80% der Bevölkerung Nettozahler zu Gunsten einer kleinen Minderheit, die mit der Arbeit von anderen leistungsloses Einkommen erzielt.¹⁶ Hier wird das Konzept der sozialen Gerechtigkeit in Übereinstimmung mit der freiwirtschaftlichen Argumentation als Schutz vor dieser Ausbeutung verstanden. In einer Bürgergesellschaft ist das produktive Sachkapital nur in einer den Menschen dienenden Funktion denkbar. Eine dienende Funktion nimmt das Kapital dann ein, wenn ihm keine A-priori-Entscheidung bezahlt werden muss, welche die Eigentümer leistungslos einkassieren. In einer Bürgergesellschaft ist das Kapital institutionell neutralisiert. Mit dem Freigeld gelingt die Neutralisierung des Kapitals auf elegante Weise, denn sie bedarf keines bürokratischen Apparates. Im Unterschied zu anderen Reformvorschlägen zeitigt die Geldreform keine ökonomischen Nachteile bezüglich der effizienten Allokation des Kapitals, denn die Anreizstrukturen für die Anleger bleiben genau dieselben wie heute. Es geht für sie noch immer darum, einen möglichst großen finanziellen Erfolg mit ihrem Ersparnis zu erzielen. Der Erfolg kann auch in einem minimierten Verlust bestehen, indem der Kreditnehmer einen möglichst großen Teil der Liquiditätskosten übernimmt. Auch mit der Liquiditätsgebühr besteht für die Anleger der Anreiz, eine möglichst rentable Investition auszuwählen. Sie können zwar absolut weniger Einkommen mit ihrem Vermögen erzielen, aber sie werden es noch immer so einträglich wie möglich anlegen wollen. Will ein Unternehmen Kapital aufnehmen, so muss es dem Anleger wie heute bessere Konditionen bieten als die Konkurrenz. Die Dynamik des Wettbewerbs bleibt auf diese Weise gewährleistet.¹⁷ Die historischen Erfahrungen mit Freigeld haben zudem gezeigt, dass in einem solchen System praktisch niemand verarmt und

dass Einkommen und Vermögen gleichmässiger verteilt sind als heute.

Auf der Ebene des ökonomischen Systems führt das Freigeld mutmaßlich zu einer Abschwächung der immanenten Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems, also zu einer dauerhaften Glättung der Konjunktur. Wohl werden keine angebotsseitigen Krisenursachen eliminiert, aber zu nachfrageseitigen Krisen wird es mit Freigeld vermutlich kaum mehr kommen. Die zinsbedingten sozialen und ökologischen Krisentendenzen können mit dem Freigeld gemildert werden.¹⁸ Mit der Einführung eines internationalen Freigeldes (kombiniert mit einem weitgehenden Schuldenerlass) würde die Grundlage geschaffen, den Entwicklungsländern aus eigener Kraft ein wirtschaftliches Fortkommen zu ermöglichen. Lokale Freigeld-Projekte würden dabei zu einer verstetigten Binnennachfrage führen und könnten diesen Ländern helfen, die Abhängigkeit vom Ausland verringern, da durch verbesserte Absatzmöglichkeiten im Inland Anreize entstehen, für den Binnen- anstatt für den Weltmarkt zu produzieren. Nachfrageorientierte Konjunkturpolitik ist wirksamer als angebotsorientierte, da die Verstetigung der Gesamtnachfrage den Unternehmen die Bildung stabiler Zukunftserwartungen ermöglicht. Wirtschaftswachstum entsteht durch Investitionen und die Ausdehnung von Unternehmensaktivitäten. Unternehmen und Investoren finden tiefe Steuern und weitere angebotsseitige staatliche Maßnahmen natürlich nett, aber Investitionen werden in erster Linie aufgrund einer positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft getätigt, also einer relativ gesicherten Nachfrage. Eine gesicherte Nachfrage bedeutet für die meisten Unternehmen (vor allem für die KMU's) gewährleisteteste Massenkaufkraft. Aufgrund der bekannten Mängel des Keynesianismus (prozyklisch wirkende zeitliche Verzögerungen, Staatsverschuldung, Inflation, Investitionen in Rüstung, etc.) gehen viele Ökonomen implizit von der prinzipiellen Unmöglichkeit nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik aus. Diese These könnte mit Freigeld widerlegt und die Geldreform als neue Möglichkeit einer nachfrageorientierten Konjunktur Stabilisierung vorgestellt werden.

Auch die Bodenreform trägt zu sozialer Gerechtigkeit bei, indem aus Bodeneigentum keine leistungslos-feudalistischen Erträge mehr erzielt werden können, die von anderen zu erarbeiten sind. Zudem wird nicht verallgemeinerbarer privater Großgrundbesitz verhindert. Das Freigeld führt jedoch nicht automatisch zu einer ökologisch nachhaltigen Produktionsweise. Dies müsste im Rahmen der Bodenreform mit zusätzlichen Instrumenten und Auflagen angestrebt werden. Eine ökologische Steuerreform wäre eine sinnvolle Ergänzung der freiwirtschaftlichen Reformen. In der aktuellen Diskussion steht der Boden zunehmend stellvertretend für alle weiteren (übernutzten) Naturgüter und Ressourcen der Erde.

Aus den dargelegten Gründen sind die freiwirtschaftlichen Reformen Schritte in die (richtige) Richtung einer Bürgergesellschaft. Die Reform der Geld- und Bodenordnung ist notwendig, aber nicht hinreichend, um den Traum einer wirklich liberalen Gesellschaft zu verwirklichen.

Literatur

- Dahrendorf, Ralf: Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Frankfurt: Suhrkamp Verlag, 1979.
- Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Gesammelte Werke, Band 11. Lütjenburg: Gauke Verlag, 1991 (Originalausgabe 1916).
- von Hayek, Friedrich August: Die Verfassung der Freiheit. Tübingen: 2. Auflage, J. C. B. Mohr, 1983.
- Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft (Originaltitel: Development as Freedom). München: Carl Hanser Verlag, 2000.
- Ulrich, Peter: Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung. Freiburg/Br.: Herder Verlag, 2002.
- Ulrich, Peter: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. Bern: Paul Haupt Verlag, 1997.
- Wirth, Roland: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht. Bern: Paul Haupt Verlag, 2003.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich hierbei um die Postulate der Diskursethik, wie sie von Karl-Otto Apel und Jürgen Habermas entwickelt wurde. Vgl. Ulrich: Integrative Wirtschaftsethik, S. 78 ff.
- 2 Vgl. Ulrich: Integrative Wirtschaftsethik, S. 418 ff.
- 3 Vgl. Ulrich: Integrative Wirtschaftsethik.
- 4 Vgl. Ulrich: Der entzauberte Markt, S. 19 ff.
- 5 Vgl. Sen: Ökonomie für den Menschen, S. 13.
- 6 Vgl. Dahrendorf: Lebenschancen, S. 35.
- 7 Dahrendorf: Lebenschancen, S. 24.
- 8 Vgl. Hayek: Die Verfassung der Freiheit, S. 15 f. und S. 161 f.
- 9 Vgl. Dahrendorf: Lebenschancen, S. 138.
- 10 Vgl. Ulrich: Integrative Wirtschaftsethik, S. 248.
- 11 Dahrendorf: Lebenschancen, S. 60.
- 12 Vgl. Dahrendorf: Lebenschancen, S. 61.
- 13 Vgl. Wirth: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, S. 127.
- 14 Vgl. Wirth: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, S. 158 ff.
- 15 Vgl. beispielsweise Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, S. XX.
- 16 Vgl. Wirth: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, S. 63 ff.
- 17 Vgl. Wirth: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, S. 82 f.
- 18 Vgl. Wirth: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, S. 83 ff.

Parallelgesellschaft in Argentinien

"Argentinien durchlebt seit drei Jahren die schwerste politische, wirtschaftliche und soziale Krise seiner Geschichte. Das Währungssystem kollabierte, Milliarden Dollar wurden ins Ausland überwiesen, Konten gesperrt, die Wirtschaft versank in der bislang tiefsten Rezession. Mehr als die Hälfte der 37 Millionen Argentinier lebt in Armut. Und das in einem Land, das lange Zeit das wohlhabendste in Lateinamerika war und eine breite Mittelschicht hatte.

In ganz Argentinien hat sich eine Parallelgesellschaft verfestigt. Es ist das Reich derer, die im normalen Wirtschaftsleben keinen Platz mehr hatten. Nach Fabrikbesetzungen sind mittlerweile 150 genossenschaftliche Kooperativen mit insgesamt 12.000 Genossen entstanden. ... Und was niemand erwartet hätte: die Arbeiter einer Papierfabrik in San Jorge sind heute erfolgreicher als der Pleite gegangene private Betrieb. ... Alle Mitglieder der Kooperative sind sozialversichert. Strom, Wasser und Steuern werden pünktlich bezahlt. ... Unter den Genossen wird nach Abzug der Kosten der Überschuss verteilt. Jeder bekommt gleich viel. ...

Die Arbeitslosen verfolgen keine alternativen Gesellschaftsentwürfe, sondern wollen zurück in eine imaginäre 'gute, alte Zeit', zum Wohlfahrtsstaat, der zugunsten der Arbeitnehmer in den Wirtschaftsprozess eingreift und Einkommen umverteilt."

Anne Grüttner, Aufbruch der Armen. In: Die Zeit Nr. 17/2004, S. 30.

Barbara Roßmeißl:

Tauschhandel in Argentinien – effiziente Überlebensstrategie in Zeiten der Wirtschaftskrise?

Während der verheerenden Wirtschaftskrise in Argentinien suchten Millionen von Menschen ihre Versorgung in einem Tauschringssystem mit eigener Währung sicherzustellen. Trotz beachtlicher Erfolge hatte das Experiment aber auch einige Probleme, die hier behandelt werden sollen.

Das Treiben im Gebäude der Gewerkschaft CTA in Belgrano, einem Stadtteil von Buenos Aires, gleicht dem eines normalen Flohmarktes. Auf kleinen Tischen werden Bücher und Lebensmittel angeboten, auf anderen Kosmetik und selbstgemachte Sandalen. Doch statt mit argentinischen Peso werden die Güter und Dienste mit Tauschtickets bezahlt, den "Créditos". Das Funktionsprinzip dieses Tauschhandels (im Spanischen: "Trueque") ist einfach: Die Mitglieder produzieren und konsumieren zugleich und werden daher in einem neuerfundenen Wort als "Prosumenten" bezeichnet. Jeder muss im Tauschclub, der in Argentinien auch als "Nodo" bezeichnet wird, Produkte oder Dienstleistungen anbieten, um Créditos zu erhalten, mit denen er selbst wiederum die Leistungen anderer Prosumenten erwerben kann. Den neuen Mitgliedern wird eine bestimmte Summe an Créditos als Startkapital zugeteilt. Die Bezeichnung Trueque bzw. Tauschhandel trifft daher genau genommen nicht zu, da das System über eine eigene Währung verfügt, wodurch es über die einfache Form des Direkttausches hinausgeht und gewissermaßen zu einer hochentwickelten Form des Tauschhandels wird. Bis zum Zusammenbruch des Systems Ende 2002 war in den Tauschmärkten fast alles zu haben, und so wurde dieses System zu einer realen und lebensnotwendigen Alternative für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, die etwas sehr wichtiges gerade nicht hat: nämlich Geld.

Das Modell des argentinischen Trueque steht in der Tradition zahlreicher Tausch- und Parallelwährungssysteme weltweit, die vor allem in

Zeiten wirtschaftlicher Krisen Aufschwung nahmen und große Erfolge erzielten. Bereits während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren sorgte unter anderem die österreichische Gemeinde Wörgl mit einem eigenen lokalen Notgeld für Schlagzeilen, mit dessen Hilfe die hohe Arbeitslosenquote der Gemeinde binnen eines Jahres um ganze 25% reduziert werden konnte. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurden vor allem im Südwesten Deutschlands zahlreiche Tauschringe gegründet, die entweder in Form des Direkttausches oder über Tauschbons funktionierten und zur Verbesserung der Versorgungslage eines großen Teils der Bevölkerung beitrugen. Der argentinische Trueque aber ist in seinem Umfang bislang das weltweit größte Projekt.

Die positive Resonanz, welche die Erfolge dieses Systems in den argentinischen und internationalen Medien hervorriefen, gab den Anstoß für meinen dreimonatigen Forschungsaufenthalt in Argentinien. Ziel war es, in meiner Diplomarbeit vor allem zwei Fragen zu beantworten: Inwieweit konnte der Trueque den Teilnehmern in einer Zeit, in der sie vermehrt gezwungen waren, nach neuen Wegen zu suchen, um sich auch außerhalb der normalen Marktwirtschaft ihren Lebensunterhalt zu verschaffen, Möglichkeiten bieten, die sie im herkömmlichen Wirtschaftssystem nicht mehr hatten? Worin liegen auf der anderen Seite die Grenzen und Probleme dieser Parallelökonomie, die gerade in der extremen Krisensituation des Jahres 2002 zum Einbruch des Systems führten und verhinderten, dass es zu einer stabilen Überlebensstrategie werden konnte?

Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut

Die meisten der Prosumenten gingen zum Trueque über, als sie ihre Arbeit verloren. Ar-

beitslosigkeit und Geldsorgen sind für Millionen Argentinier seit einigen Jahren alltäglich. Bereits seit 1998 befindet sich Argentinien in einer wirtschaftlichen Krise, die 2002 extreme Ausmaße annahm und mehr als die Hälfte der Argentinier zu einem Leben in Armut verbannt hat.¹ Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, d.h. unfähig, die Grundbedürfnisse an Nahrungsmitteln zu decken. Die Ursachen dieser Krise liegen in der Kombination verschiedener Faktoren. Die Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre stand im Zeichen einer radikalen Öffnung nach außen, verbunden mit einer großen Privatisierungswelle und der Einführung eines Currency-Boards 1991, das den Peso (\$) im Verhältnis 1:1 an den Dollar (US\$) band. Trotz kurzfristiger Erfolge traten bald die verheerenden Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik zu Tage, die 1998 die Rezession einläuteten: Das Currency-Board bewirkte eine zunehmende Überbewertung des Peso. Dadurch verteuerten sich zum einen die Exportwaren, während sich die Importwaren im Vergleich dazu enorm verbilligten.² In Verbindung mit dem abrupten Abbau protektionistischer Schutzmechanismen im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung sowie der Privatisierung sämtlicher Staatsunternehmen kam es zu einem zunehmenden Deindustrialisierungsprozess. Die argentinische Industrie verlor durch die billige ausländische Konkurrenz große Binnenmarktanteile; gleichzeitig sank ihre Wettbewerbsfähigkeit im Exportbereich durch die hohen Preise. Viele kleine und mittlere Unternehmen wurden zur Aufgabe gezwungen, auch bedingt durch die Ansiedlung großer multinationaler Konzerne. Das Ergebnis dieser Prozesse war ein rascher Anstieg der Arbeitslosigkeit von 6,5 % im Jahr 1991 auf 12,9 % im Jahr 1998.

Parallel zur Arbeitslosigkeit verschlechterte sich eine ganze Reihe sozialer Indikatoren. Der Abbau der Industrie ging vor allem nach 1995 einher mit einer zunehmenden Unterbeschäftigung und Informalität der Arbeitsverhältnisse. Viele suchten mit der Selbständigkeit im informellen Sektor einen Ausweg aus der angespannten Arbeitsmarktsituation, gründeten kleine Läden, Kioske oder stellten als Kleinstunternehmen Kleidung, Nahrungsmittel oder Kunst-

handwerk her bzw. boten Dienstleistungen wie Autoreparaturen oder Malerarbeiten an. Hinzu kam ein Lohnverfall auf dem Arbeitsmarkt, der sich mit der Krise ab 1998 weiter zuspitzte. Die großen Einkommenseinbußen breiter Bevölkerungsschichten führten zu einer verstärkten Einkommens- und Vermögenspolarisierung und einem rapiden Verarmungsprozess. Vor allem die Mittelklasse, die, anders als in den meisten lateinamerikanischen Ländern, vormals den Großteil der argentinischen Bevölkerung ausgemacht hatte, glitt zunehmend in Armut ab. Während im Oktober 1993 17,8 % der Argentinier unterhalb der Armutsgrenze lebten, war es im Oktober 2001 mit 35,4 % bereits ein Drittel der Bevölkerung. Die Betroffenen dieser sogenannten "neuen Armut"³ hatten zwar in der Regel noch die Möglichkeit, ihren Grundbedarf an Lebensmitteln und (eingeschränkt) Kleidung zu decken, doch hatten sie bereits größere Probleme, mit den verbleibenden Einkünften die Rechnungen für Wasser, Strom, etc. zu zahlen. Viele mussten ihre Häuser und Autos verkaufen und hatten nur mehr eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten.⁴

Die prekäre Lage der Staatsfinanzen kulminierte Ende 2001 in der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit über die enorme Auslandsverschuldung von 144.000 Millionen Dollar.⁵ Die Antizipation dieses Konkurses führte im November zu einem Run auf die Banken⁶, worauf die Regierung mit einer Einschränkung der Bargeldauszahlungen auf 250\$ pro Woche und Konto sowie dem Einfrieren der Sparguthaben (sog. "Corralito") reagierte. Daraufhin kam es landesweit zu heftigen sozialen Unruhen, die am 20. Dezember 2001 zum Rücktritt von Präsident De la Rúa und seines gesamten Ministeriums führten.

Der Corralito sowie der Ausstieg aus dem Currency-Board Anfang 2002 markierten das wirtschaftliche und soziale Geschehen des Jahres. Der Corralito beeinflusste sowohl die formelle als auch die informelle Wirtschaft. Während erstere unter der Unterbrechung der Zahlungsketten litt, was Handel und Produktion schädigte, konnten im informellen Bereich viele Arbeiter, die ihr Leben mit den spärlichen Einkünften ohnehin kaum bewältigen konnten, plötzlich

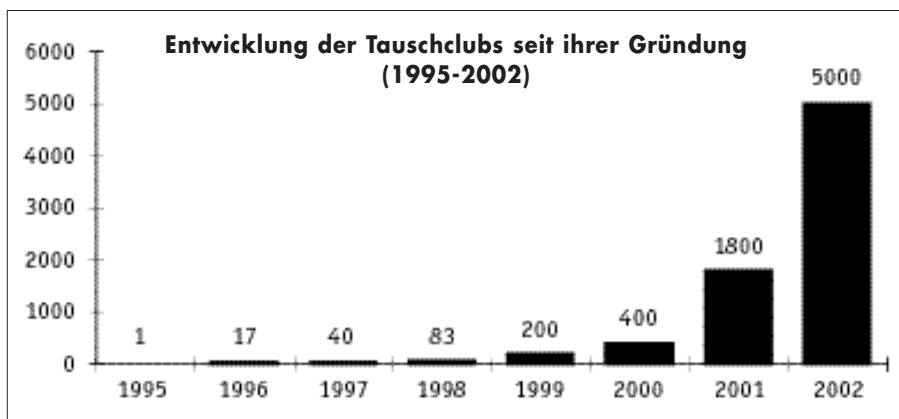
nicht mehr bezahlt werden, da in diesem Sektor sämtliche Transaktionen mit Bargeld getätigt werden.⁷ Durch die Reprogrammierung der Sparguthaben verlor vor allem die ohnehin gebeutelte Mittelklasse zusätzlich an Finanzkraft.

Das abrupte Ende der Konvertibilität hatte dramatische Folgen für die Wirtschaft. Die Inflationsrate schnellte nach oben und summierte sich über das Jahr auf 41 %, wobei jedoch die Preise des Basis-Warenkorbs an Nahrungsmitteln um 73,8 % stiegen.⁸ Gleichzeitig verringerten sich aber in der Privatwirtschaft weiterhin die Löhne und die Arbeitslosigkeit erreichte im Mai mit 21,5 % einen historischen Rekord. Im schlecht bezahlten informellen Sektor war mittlerweile knapp die Hälfte aller Beschäftigten tätig.⁹ Die Folge dieser Entwicklungen war ein drastischer Einbruch des Privatkonsums. Man begann, nur noch das Allernotwendigste zu kaufen, und selbst Produkte wie Bier, Joghurt oder Kekse, die zuvor

noch zum täglichen Leben gehört hatten, wurden deutlich weniger konsumiert.¹⁰ Durch den Kaufkraftverlust stieg die Zahl der in Armut lebenden Personen auf 57,5 %, wobei die Situation in den nördlichen Provinzen bis heute mit rund 70 % deutlich kritischer ist als im Süden des Landes. Die Zahl derer, die in extremer Armut leben, erreichte mit 24,7 % ungekannte Ausmaße.¹¹ Der Mittelstand verschwand nun fast völlig von der Bildfläche.

Tauschhandel – den Markt neu erfinden

Vor dem Hintergrund dieser verheerenden Situation gewann der Tauschhandel eine immer größere Bedeutung. Die Tauschclubs verzeichneten ein kontinuierliches Wachstum, das durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation im Jahr 2001 und 2002 explosionsartig stieg.



Schätzungen zufolge funktionierten Mitte 2002 landesweit etwa 5000 Clubs, deren Mitgliederzahl vor allem in Buenos Aires teilweise bei über 4000 Prosumenten lag. Insgesamt beteiligten sich mehr als 2,5 Millionen Personen, doch war die Reichweite des Tauschhandels deutlich größer, denn er kam nicht nur den Prosumenten selbst, sondern auch deren Familien zugute. Bei einer durchschnittlichen Anzahl von 3,5 Personen pro Haushalt¹² erhält man über acht Millionen Personen – mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung –, die einen

Teil ihrer Versorgung über den Tauschhandel abdecken konnten.

Der Trueque ist eine zivilgesellschaftliche Organisation mit Selbsthilfcharakter, die dem informellen Sektor angehört und somit neben dem offiziellen kapitalistischen Markt und der staatlichen Sozialpolitik steht. Die eigene Währung, der Crédito, ermöglicht einen nicht simulanten und vor allem geldfreien Tausch zwischen den Beteiligten. Getauscht werden können Güter und Dienstleistungen jeder Art. Jedes Mitglied ist verpflichtet, etwas auf dem Tauschmarkt

anzubieten. Von etwa 1999 bis Mitte 2002 war das Angebot auch tatsächlich überwältigend. Zu finden war fast alles, von Lebensmitteln über gebrauchte oder selbstgefertigte Gegenstände hin zu Dienstleistungen wie Handwerk oder Medizin. Vom Land brachten Bauern Obst und Gemüse in die städtischen Clubs. Neue Waren wurden vor allem von Geschäftsinhabern beige-steuert, die ihre Läden schließen mussten und Lagerbestände im Trueque absetzten. Auch entlassene Arbeiter, die ihre Abfindungen in Form von Produkten ihres Unternehmens (z.B. Kleidung) erhielten, boten Überschüsse an. Die Transaktionen erfolgen bis heute fast ausschließlich in Créditos, nur bei Dienstleistungen werden Materialkosten in Peso abgerechnet. Die Clubs haben feste Markttage, an denen jeder Teilnehmer seine Ware wie auf einem normalen Markt an einem eigenen Stand anbietet. Die Koordinatoren der Clubs sorgen dabei für einen reibungslosen und geregelten Ablauf.

Die Philosophie des Trueque basiert auf einer "Neuerfindung des Marktes"¹³, der parallel zur herkömmlichen Wirtschaft funktioniert, aber nicht dieselben Werte verfolgt wie dieser. Er orientiert sich nicht an Gewinnmaximierung und Spekulation, sondern will durch die Prinzipien der Solidarität und Reziprozität gewissermaßen ein humanisiertes Wirtschaftsmodell etablieren. Ziel ist es, die Lebensqualität durch den gegenseitigen Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Know-How zu verbessern und so die oftmals ungenutzten Fähigkeiten und Kenntnisse der Teilnehmer einer nutzbringenden Verwendung zuzuführen.

Der Crédito (¢)¹⁴ ist das Herz des Trueque und wird auch als Sozialwährung bzw. Privatwährung bezeichnet. Sie gilt als "sozial", da sie als zinslose Währung im Gegensatz zur offiziellen Währung nicht der Gefahr großer Akkumulation und Konzentration in wenigen Händen bzw. Regionen unterliegt. Dadurch ist der Crédito ein bloßes Tauschmittel, wodurch sich wiederum die Bezeichnung Trueque herleitet. Daneben handelt es sich um eine Privatwährung, da die Emission unabhängig von Staat oder Kommunen in der Verantwortung von Privatpersonen liegt.

Die Emission der Scheine erfolgt parallel zur Mitgliederzahl. Jeder neue Teilnehmer erhält bei seiner Registrierung 50 ¢ in Form einer Leihgabe, die er bei seinem Ausscheiden aus dem System wieder an die Organisation zurückzugeben hat und dadurch dem Geldkreislauf entzieht. Mit steigender Zahl der Prosumenten vergrößert sich die Geldmenge, während sie sich bei sinkender Zahl theoretisch automatisch wieder verkleinert. Der Crédito steht in einem Verhältnis von 1:1 zum Peso, kann aber nicht umgetauscht werden. Die Währung ist juristisch nicht als solche anerkannt und genießt daher keinen staatlichen Schutz.



Crédito der RTS, Zona Capital

Bis 1998 emittierte jeder Club seine eigene Währung, danach begann eine zunehmende Organisation in regionale bzw. landesweite Tauschnetzwerke, was zur Aufgabe der individuellen Geldsouveränität der Nodos führte. Die meisten Clubs schlossen sich einem der beiden Netzwerke mit landesweitem Aktionsrahmen an. Die Red Global de Trueque (RGT) und Red de Trueque Solidario (RTS) waren daher die bei weitem größten Tauschexperimente des Landes. Während die RTS die einzelnen Nodos landesweit in geografischen Zonen aufteilte, die jeweils ihren eigenen Crédito emittierten, verfolgte die RGT die Verbreitung einer einzigen Sozialwährung in ganz Argentinien. Die Emission des Crédito, der wegen des abgebildeten Baumes auch Arbolito (Bäumchen) genannt wurde, wurde vom Zentralbüro in Buenos Aires durchgeführt, das damit in seiner Funktion einer Zentralbank vergleichbar war.



Crédito der RGT, Arbolito

Ein bis heute erfolgreiches unabhängiges Experiment sind die Puntos (Punkte) in den Clubs der Stadt Venado Tuerto (Provinz Santa Fe). Ganz in der Tradition des "rostenden" Geldes von Silvio Gesell¹⁵ verlieren auch sie über die Zeit an Wert und besitzen zudem ein Verfallsdatum. Alle vier Monate werden die Scheine unter Abzug von 5% ausgetauscht. Die Betreiber wollen so unnötige Akkumulation von Scheinen vermeiden und den Geldumlauf beschleunigen.

Der Trueque bringt Arbeit und Konsum wieder zusammen

Was war nun das Geheimnis, das dem Tauschhandel seinen Erfolg brachte? Tatsache ist, dass breite Bevölkerungsteile durch ihre Arbeits- und Einkommenslosigkeit aus dem offiziellen Geld- und Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen sind und nur sehr eingeschränkter Zugang zum herkömmlichen Tauschmittel Geld haben, das als allgemeingültiger Wertmaßstab aller Güter marktliche Tauschbeziehungen ja in der Regel erst ermöglicht. Als Ergebnis gibt es auf der einen Seite unbefriedigte Bedürfnisse und auf der anderen Seite das Brachliegen menschlicher Arbeitskraft. Es fehlt das Geldmedium als Verknüpfungsmechanismus zwischen diesen beiden Elementen. Der Trueque stellt nun mit seiner Crédito-Währung den Marktteilnehmern ein neues Tauschmittel zur Verfügung und trägt so zu einer erneuten Zusammenführung von Arbeit und Konsum bei. Durch die leichte Zugänglichkeit steht der Crédito seinen Nutzern in ausreichender Menge zur Verfügung und verleiht

den Prosumenten neue Kaufkraft in einem eigenen Geldkreislauf, der parallel zum herkömmlichen funktioniert. Innerhalb dieser Parallelökonomie können so erstens Bedürfnisse befriedigt werden, die im regulären Wirtschaftssystem aufgrund der mangelnden Kaufkraft unbefriedigt bleiben, und zweitens werden die brachliegenden Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten der Prosumenten zu einem für die Gemeinschaft nutzbringenden Einsatz gebracht. Letztendlich werden alle Beteiligten sowohl materiell als auch immateriell besser gestellt.

Vom Tauschclub leben

Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des alltäglichen Lebens war in der Regel das Hauptmotiv für die Teilnahme am Trueque. Die Prosumenten erwarben Lebensmittel, Kleidung und Dienstleistungen (Haarschnitt, ärztliche Beratung, etc.), wodurch die Haushalte ihre Ausgaben in Peso deutlich senken konnten. Mercedes Gomez, Koordinatorin des Clubs Chacarita berichtet: "Hier in Chacarita gab es alles: Lebensmittel, Obst und Gemüse, Fleisch. Ferner gab es Friseure, Handwerker, Ärzte, [...]. Ich habe hier auch immer alles für meine Familie gekauft. Viel musste ich daher nicht mehr außerhalb des Clubs kaufen. Pro Woche, würde ich sagen, konnte ich meine Ausgaben um fast 50% senken."

Die zusätzliche Versorgungsmöglichkeit neben dem herkömmlichen Markt hatte für die einzelnen Teilnehmerschichten unterschiedliche Bedeutung. Den Prosumenten der verarmten Mittelklasse, die sich in der Regel nicht in einem Zustand extremer Bedürftigkeit befanden und noch Peso-Einkünfte erhielten, bot sich durch die parallele Nutzung des Trueque die Möglichkeit, ihren Lebensstandard einigermaßen aufrechtzuerhalten und nicht vollständig in die Armut abzugleiten. Sie lebten vom Trueque und konnten das durch die Ausgabenreduzierung im formellen Wirtschaftskreislauf gesparte Geld für die Güter und Dienstleistungen verwenden, die sich über den Tauschhandel nicht erwerben ließen, z.B. für die Bezahlung der monatlichen Rechnungen. Für die Teilnehmer der ärmeren

Schichten wurde der Trueque dagegen zu einer wahren Überlebensstrategie. Sie verfügten nur mehr über äußerst geringe und unregelmäßige Einkünfte und hatten daher bereits große Mühe, die notwendigsten Grundbedürfnisse ihrer Familien zu befriedigen. Diese Notlage bezüglich ihrer Nahrungsmittelversorgung ließ sie die Tauschmärkte aufsuchen, die sie im Gegensatz zu den Mittelschichten nicht parallel zum formellen Markt nutzten, sondern als einzige Möglichkeit, an eine Art Einkommen zu gelangen, das ihnen der Trueque in Form von Gütern und seltenen Dienstleistungen zur Verfügung stellte.¹⁶

Neben der Abdeckung des lebenswichtigen Grundbedarfs und der damit verbundenen Ausgabenreduzierung in Peso boten die Tauschmärkte ein breites Angebot an Gütern und Dienstleistungen, die nicht mehr zum unmittelbaren Überleben notwendig waren. Mitglieder konnten sich über den Tauschhandel auch Güter leisten, die sie regulär nicht mehr kaufen konnten und die für sie somit eine Art "Luxus" darstellten. Hier ist vor allem auch der emotionale Zusatznutzen zu erwähnen, schließlich öffnete sich mit der Vielfalt der Möglichkeiten eine neue 'Shopping-Welt'. Gerne nutzte man auch die Möglichkeit, Urlaubsreisen zu unternehmen, bei denen bis zu 50 % der Kosten entweder in Créditos oder in Form von Direkttausch (Arbeitsleistung vor Ort oder mitgebrachte Produkte) entrichtet werden konnten. Hotels aus begehrten Urlaubsregionen Argentiniens wie Mendoza, Salta und Mar del Plata hatten sich dem Tauschhandel angeschlossen. Mit den Créditos der RGT konnten außerdem auch Fernziele in Brasilien und Uruguay angesteuert werden.

Eine wichtige Rolle spielte der Trueque im Bereich der medizinischen Betreuung und Behandlung. Bereits seit etwa fünf Jahren leben mehr als 50 % der argentinischen Bevölkerung ohne Krankenversicherung¹⁷ und müssen für Arztbesuche und Medikamente selbst aufkommen, was bei den derzeitigen Einkommensverhältnissen für die meisten Bürger unerschwinglich ist. Bis Mitte 2002 dagegen hatten die Prosumenten in den Tauschclubs raschen und kostengünstigen Zugang zu medizinischer Hilfe in vielen Bereichen: Neben Allgemeinmedizinern

gab es auch Fachärzte sowie zahnmedizinische und psychologische Betreuung. Auch medizinische Laboratorien, Therapeuten und Krankenpfleger waren zu finden. Die Arbeitszeit der Anbieter wurde in Créditos bezahlt, anfallende Materialkosten dagegen mussten natürlich weiterhin in Peso berechnet werden, da die Materialien ausschließlich auf dem regulären Markt zu beziehen waren. Die RGT kooperierte sowohl in der Hauptstadt als auch im Landesinneren mit medizinischen Unternehmen, die neben eigenen medizinischen Einrichtungen auch über Rettungszentralen und Ambulanzen verfügten. Der einmalige Mitgliedschaftsbeitrag war anteilig in Créditos zu entrichten, wodurch sich die ursprüngliche Aufwendung in Peso deutlich verringerte. Jeder Arztbesuch wurde anschließend in Créditos bezahlt. Dabei konnte die ärztliche Betreuung sicherlich keine langwierigen Behandlungen oder Operationen mit hohem Material- und Medikamentenaufwand umfassen. Hier wären die Zusatzkosten für den Patienten weiterhin zu hoch gewesen. Gerade aber im Bereich der grundlegenden medizinischen Versorgung und Beratung bei alltäglichen medizinischen Problemen bot die Parallelökonomie durchaus eine deutliche Verbesserung der Versorgung der Teilnehmer. Auch im weniger materialintensiven therapeutischen Bereich wurden den Prosumenten erneut wichtige Behandlungsmöglichkeiten zugänglich, die ihrem körperlichen und seelischen Wohlbefinden dienten, was gerade auch in Zeiten von Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen psychischen und psychosomatischen Beschwerden wichtig ist.

Arbeiten im Trueque – Vom Einzelnen bis hin zum Unternehmen

Um die Versorgungsmöglichkeiten des Tauschhandels nutzen zu können, muss der Einzelne über seine eigene Arbeitsleistung an die notwendigen Créditos kommen. Durch die Parallelwirtschaft können die sonst brachliegenden Fähigkeiten, Arbeitskraft und Produktionsmittel zur Erbringung von Leistungen eingesetzt werden, die im offiziellen Wirtschaftskreislauf aufgrund krisenbedingter mangelnder Nachfrage,

aber auch fehlender Wettbewerbsfähigkeit (geringere Qualität, niedrige Produktivität, etc.) unterbleiben würden. Für Anbieter teurer professioneller Dienstleistungen im handwerklichen oder medizinischen Bereich, deren Inanspruchnahme in Krisenzeiten auf ein Minimum reduziert wird, ermöglicht der Trueque den Zugang zu neuen bzw. verlorenen Kunden und somit die Weiterführung ihrer bisherigen Beschäftigung. Die geringeren Anforderungen an Qualität und Produktivität im Tauschsystem ermöglichen vor allem aber die Integration von häuslicher Produktion in Form von zubereiteten Speisen, Brot oder Konserven. Dies bietet vor allem den Frauen – gerade auch Hausfrauen – die Möglichkeit, die geringen Produktionskapazitäten ihres Haushaltes zur Einkommensmehrung zu nutzen. Auch informelle Kleinstproduzenten von Produkten wie Kleidung oder Schuhen, die ihre Ware nicht an Händler des regulären Marktes verkaufen können, weil diese Quantität und Qualität fordern und zudem nur von offiziell registrierten Produzenten kaufen dürfen, finden im Trueque einen passenden Markt, um an zahlungskräftige (in Créditos!) Privatkunden zu kommen.

Nicht zuletzt stellt der Tauschhandel durch seine geringen 'sunk costs' eine ideale Plattform geringen Risikos für die Etablierung neuer Geschäftsideen in Form von informellen Kleinstunternehmen dar. Ziel solcher neuen, meist Familienunternehmen ist nach dem Lernprozess innerhalb des Schutzbereichs der Parallelökonomie oftmals die Eingliederung in den offiziellen Markt. Das größte Hindernis ist hierbei ihre unzureichende Ausstattung mit Kapital und Produktionsmitteln, die ein geringes Produktionsvolumen und damit mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bedingt. Der Trueque wiederum kann dabei durchaus hilfreich sein. So kann das Tauschnetzwerk gezielt Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen in die Ausstattung von Kleinstproduzenten mit Maschinen und Produktionsmaterial einsetzen. Dadurch entstanden z.B. in der relativ armen Westzone von Buenos Aires zwei verhältnismäßig große Unternehmungen, in denen 11 Beschäftigte unter anderem mit einer täglichen Produktion von 1.200 Pizzaböden den Prosumenten eine warme Mahlzeit ermöglichenen,

was für viele keine Selbstverständlichkeit war.¹⁸ Die Mehlversorgung für die Pizzaherstellung wurde in einem eigenen Zulieferbetrieb garantiert, wodurch sich die Produktionskosten weiter reduzierten. Ein Teil der Produktion wurde stets auch auf dem regulären Markt gegen Geld verkauft, um weitere Investitionen tätigen zu können. Durch solche Maßnahmen können Kleinstunternehmen in der Startphase Kapital für Erweiterungsinvestitionen ansparen und sich ferner durch niedrige Verkaufspreise auf dem herkömmlichen Markt besser behaupten.

Darüber hinaus spielt der Nodo als Netzwerk und Informationspool eine große Rolle. Die Mitglieder informieren und beraten sich gegenseitig. Die Erweiterung des Bekanntenkreises trägt automatisch zur Gewinnung neuer in Peso zahlender Kunden bei und damit auch zum stärkeren Absatz der Produkte im informellen Peso-Markt, was die schlechten Kommerzialisierungsmöglichkeiten der Kleinstunternehmen etwas ausgleicht. Diese Leistungen unterstreichen die Bedeutung des Trueque bei der Neuorientierung der Teilnehmer auf dem Arbeitsmarkt und der Gründung von Kleinstunternehmen, die selbst, je nach Entwicklung, wiederum über arbeits-schaffendes Potential verfügen.

Geschäfte und Unternehmen im Tauschsystem – Erhalt von Arbeitsplätzen

Aus der regulären Wirtschaft integrierten sich mit zunehmender Ausbreitung und Vergrößerung des Parallelmarktes Geschäfte und Unternehmen aller Sektoren in das Tauschsystem. Dies brachte für beide Seiten Vorteile. Für das Parallelsystem bedeutete dies eine größere Diversifikation des Produktangebots sowie die Lieferung größerer Mengen, wodurch die Versorgung der Prosumenten verbessert und ihr Vertrauen in das Parallelsystem gefördert wurde. Auf Unternehmenseite verhinderte der Eintritt in den parallelen Währungskreislauf ein Stillstehen ihrer Kapazitäten und ermöglichte die Aufrechterhaltung der Produktion bzw. des Verkaufs und somit die Erhaltung der Arbeitsplätze. Der Trueque brachte ihnen neue zahlungskräftige (in Créditos!) Kunden und

band auch durch die Krise verlorengegangene Kundschaft wieder an sie, was gerade in kleineren Gemeinden wichtig war. Neben den absatzpolitischen Gesichtspunkten galt auch für die Unternehmen der Kostensenkungsvorteil, da ein Teil ihrer Versorgung über die Tauschmärkte abgedeckt wurde. Medienbekannt wurde die Rettung eines Industriebetriebes durch das Parallelsystem. Der Familienbetrieb Lourdes S.A. mit Sitz in San Rafael, Provinz Mendoza (ca. 150.000 Einwohner; 40 Nodos) hatte 40 Jahre lang Konserven, Marmeladen und Gelees hergestellt. 100 Arbeitsplätze waren an die Firma gebunden. Durch die Krise brach der Verkauf ein, die Firma stand vor dem Konkurs. Um das Unternehmen wiederzubeleben, musste in einem ersten Schritt reguläres Geld zur Abdeckung von Fixkosten erworben werden. Ein Zulieferer, der die Firma stets mit Pflaumen beliefert hatte und nun die Erntearbeiten nicht mehr bezahlen konnte, akzeptierte den Zahlungsmodus in *Créditos*, mit denen er seine Arbeiter entlohnte und die Ernte durchführen konnte. Die Pflaumen wurden einem Kleinunternehmen zum Trocknen übergeben, das ebenfalls mit *Créditos* bezahlt wurde. Die getrockneten Pflaumen wurden anschließend in Buenos Aires gegen *Peso* verkauft. Mit diesem Geld wurde die Produktion wieder möglich. In einem zweiten Schritt wurde dem Inhaber ein zinsloser Kredit in *Créditos* angeboten. Damit konnten zunächst mit Handwerkern aus den Clubs Reparaturarbeiten im Betrieb durchgeführt werden. Mit den Arbeitern der Fabrik kam man überein, sie solange ausschließlich in *Créditos* zu bezahlen, bis sich die Firma auf dem formalen Markt wieder refinanzieren könnte. Die Sozialbeiträge wurden bereits mit den ersten Gewinnen des Unternehmens wieder geleistet. Die Produktion wurde zunächst mit 30 Arbeitern wieder aufgenommen, die je etwa 500 ¢ verdienten. Nach und nach erhielten sie einen Teil ihres Lohns in *Peso*. Ein Teil der Produkte wurde landesweit in verschiedenen Nodos gegen *Créditos* verkauft. Der Rest wurde gegen *Peso* abgesetzt. Victor Solmí, der Leiter dieses Experiments bestätigt: "Nach vier Monaten gaben wir die Fabrik dem Eigentümer zurück. Wir hatten es geschafft, eine Fabrik fast ausschließlich mit *Créditos* wieder in Gang zu bringen."¹⁹

An diesem Beispiel ist deutlich zu sehen, dass die komplementäre Nutzung der Parallelökonomie mit ihrer eigenen Währung und ihrem Versorgungssystem ein Sicherheitsmechanismus für Geschäfte und Unternehmen sein kann, deren Bestehen im offiziellen System unsicher ist. Sie können sich in den Schutzbereich der Parallelwirtschaft zurückziehen, dadurch Kunden gewinnen und Kostensenkungsvorteile ausnutzen.

Der Tauschhandel ist von der regulären Wirtschaft abhängig

Trotz des beachtlichen Beitrags, den der *Trueque* zur Erleichterung der wirtschaftlichen Krise in den einzelnen Haushalten leisten kann, stößt er dabei dennoch an seine Grenzen. So bleiben die Produktionsmöglichkeiten innerhalb des Tauschsystems begrenzt. Alle Güter und Dienstleistungen setzen die Verwendung von Produktionsmaterial und -mitteln der herkömmlichen Wirtschaft voraus. So werden zur Produktion der Prosumenten z.B. Maschinen, Werkzeug und Energie oder auch Grundnahrungsmittel wie Mehl, Zucker oder Speiseöl benötigt, die nur über den herkömmlichen Markt gegen Geld erhältlich sind. Dasselbe gilt für die Dienstleistungen, deren Hilfsmittel, z.B. die Schere als Werkzeug des Friseurs, aus der regulären Wirtschaft stammen. Dies macht deutlich, dass der *Trueque* ausschließlich komplementär zur normalen Ökonomie funktionieren kann, keineswegs aber ein autonomes Alternativmodell darstellt.

Weiterhin zeigt sich, dass für das Angebot von Leistungen innerhalb des Systems ein Mindestkapital in der offiziellen Währung notwendig ist, dass gleichzeitig aber die Investitionsmöglichkeiten der Mitglieder sehr gering sind. Das spärliche Investitionsniveau der Prosumenten begrenzt aber vor allem den Rahmen möglicher Aktivitäten, die sich realisieren lassen und damit natürlich auch die Bedürfnisbefriedigung über die Nodos. Viele Produkte und Dienstleistungen sind daher hier nicht erhältlich, "wegen ihrer Komplexität, Spezifität und Produktions- bzw. Distributionsanforderungen. Dies ist z.B. der Fall bei Medikamenten oder Brennstoffen."²⁰ Auch Grundnahrungsmittel, die erst gegen *Pesos*

erworben werden müssen, um sie dann gegen Créditos einzutauschen, sind daher nicht ausreichend vorhanden. Was die Produktion im Parallelsystem betrifft, bietet der Trueque in der Regel nur Raum für die Herstellung einfacher Produkte, welche mit der aus Berufstätigkeit bzw. Haushalt bereits vorhandenen Technologie bewältigt werden kann. Und auch hier ist die Produktionsausweitung begrenzt durch den nötigen Zukauf des Produktionsmaterials (z.B. Zutaten für Brot) und die geringen vorhandenen Produktionskapazitäten (z.B. ein einfacher Haushaltsbackofen), was zu "einer spärlichen, artifizialen Produktion geringer Produktivität"²¹ führt. Gerade im begehrten Lebensmittelbereich liegt daher das Angebot im Regelfall unterhalb der Nachfrage. Oftmals bildeten sich bereits einige Stunden vor Beginn des Tauschmarktes lange Schlangen, um die begehrten Produkte zu erwerben.

Die Notwendigkeit eines Mindestkapitals für Investitionen bewirkt, dass die Aktionsmöglichkeiten innerhalb des Trueque letztendlich von den individuellen Einkommensverhältnissen der Prosumenten abhängen. Zusätzlich bewirkt eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung, wie wir sie durch den Corralito und den Preisanstieg der Lebensmittel auf dem offiziellen Markt zu Beginn des Jahres 2002 beobachten, auch eine Verarmung der Produktlandschaft der Nodos. Gerade der Anteil der ohnehin unzureichend vorhandenen Lebensmittel sank daher deutlich im Verhältnis zu den Gebrauchsgütern, während ihre Preise (in Créditos) knappheitsbedingt stark stiegen. Gleichzeitig aber setzte sich in diesem Zeitraum der massive Eintritt von Teilnehmern ärmerer Schichten auch in die Nodos der Mittelklasse fort. Da die Ärmern von der Inflation, welche die Wirtschaftskrise mit sich brachte, besonders betroffen waren, konnten sie nur das anbieten, was sie noch hatten: gebrauchte Kleidung und andere Produkte von oft mangelhafter Qualität. Selbst fragten sie jedoch in erster Linie die ohnehin schon spärlich gewordenen Lebensmittel nach. Das ursprünglich überwiegend von der Mittelklasse getragene Versorgungssystem begann, durch die drastische Abnahme an Lebensmitteln und die sinkende

Qualität des Angebots Interessenten zu verlieren. Es zeigt sich also, dass die Teilnehmer gerade in Zeiten ihrer zunehmenden Verarmung, in denen sie auf die Versorgungsmöglichkeiten des Trueque verstärkt angewiesen wären, nur noch einen geringeren Teil ihrer Bedürfnisse über den Parallelmarkt abdecken können. Dieser tendiert dazu, immer mehr zu einem Gebrauchsgütermarkt zu werden, in dem Besitz veräußert wird, der in besseren Zeiten erworben wurde. Die Produktion der Prosumenten nimmt ab, gleichzeitig aber kann der Tausch sekundärer Güter nur solange fort dauern, wie die Teilnehmer darüber verfügen. Durch die Abnahme der Versorgungsmöglichkeiten verliert das System an Stabilität, da Teilnehmer, die ihre Créditos aufgrund des für sie uninteressanten Angebots nicht mehr ausgeben können, aus dem System austreten. Viele Koordinatoren betonen daher, der Trueque sei "nicht an die allzu bedürftigen Sektoren gerichtet, sondern nur geeignet für die Mittelklasse, da man ein Minimalkapital benötigt, um zu investieren".²² Hat der Trueque also durch seine Abhängigkeit von Produkten, Technologien und Kapital der regulären Wirtschaft ohnehin nur begrenzte Produktionsmöglichkeiten, kann er einem rapiden und weit greifenden Verarmungsprozess nicht über einen längeren Zeitraum entgegenwirken.

Der Crédito birgt ein höheres Risiko

Betrachten wir den Aspekt des limitierten Sortiments etwas genauer. Er hängt unmittelbar zusammen mit der begrenzten Akzeptanz des Crédito, die sich ja auf das Parallelsystem beschränkt. Dadurch ist die Parallelwährung im Vergleich zur offiziellen Währung mit einem höheren Risiko verbunden. Während beim herkömmlichen Geld jeder als potenzieller Empfänger in Frage kommt, beschränkt sich der Crédito auf die Akteure des Tauschhandels und auf deren Angebot. Verkauft jemand eine Ware und erhält Créditos, muss er erstens darauf vertrauen, dass die Währung im Teilnehmerkreis weiterhin akzeptiert wird, was nicht verpflichtend ist, und zweitens, dass er innerhalb des Angebots auch für ihn interessante Leistungen

finden wird, um die empfangenen Zahlungen selbst wieder für Käufe verwenden zu können. Angesichts des qualitäts- und mengenmäßig begrenzten und schwankenden Angebots ist das Risiko deutlich größer, mit unzulänglichen Leistungen bedient zu werden bzw. nichts Adäquates zu finden und dadurch die verdienten Créditos nur langsam oder schlimmstenfalls gar nicht mehr tauschen zu können. Der Vertrauensfaktor muss bei einem Parallelsystem dieser Art daher ungleich größer sein als in der herkömmlichen Wirtschaft, und die Teilnehmer werden stets eine gewisse Präferenz der "harten" Währung an den Tag legen.²³ Bestätigt wird dies durch den Anfang 2002 eingeführten staatlichen Sozialplan für arbeitslose Haushaltsvorstände, der ihnen eine monatliche Unterstützungszahlung von 150 \$ gewährt: Dieses monetäre Einkommen veranlasste viele, dem Tauschsystem fernzubleiben. Ein wirtschaftlicher Aufschwung mit sinkender Arbeitslosenzahl und höheren Einkommen in der begehrten Landeswährung würde somit unweigerlich zu einem reduzierten Zulauf und mit großer Wahrscheinlichkeit zum Zusammenbruch der meisten Nodos führen.

Das Vertrauen in die Parallelwährung ist ferner abhängig von ihrer korrekten und transparenten Emission. Hierbei traten vor allem bei dem landesweit gültigen Crédito der RGT einige Probleme auf, die in Verbindung mit massiver Fälschung der Créditos zu einer horrenden Überemission führten, so dass der Trueque im Laufe des Jahres 2002 unter einer Hyperinflation von über 500 % litt, die als Hauptursache des Systemeinbruchs gilt. Unterliegt die emittierende Zentrale keinerlei Kontrolle bei Emissionsfragen, kann sie die Geldsouveränität zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen und damit das Vertrauen der Prosumenten missbrauchen. Erstens bietet diese Macht Anreiz, Créditos für den eigenen Gebrauch zu emittieren. Zweitens ist die Versuchung groß, die Menge der registrierten Mitglieder und damit über die Mitgliedsbeiträge den eigenen Profit in Peso zu maximieren, ohne dabei die Angaben der Koordinatoren zu den angeblichen Neumitgliedern kontrollieren oder eine Mehrfachregistrierung von Prosumenten überprüfen zu können. Dadurch konnten sich viele Koordinatoren und

Teilnehmer mehrfach das Startkapital von 50 ¢ ohne eigene Arbeitsleistung erschleichen.

Das Vertrauen ist abhängig von der Größe des Tauschsystems

Kann man das Vertrauen in die korrekte Emission der Währung und Führung des Systems durch geeignete Strukturen und Kontrollorgane eventuell noch sicherstellen, wie sieht es mit dem Vertrauen in die Produktionsfähigkeit der Prosumenten und ihren Willen, einen sinnvollen Beitrag zu leisten, aus? Die Ausweitung des Vertrauens auf eine Vielzahl unbekannter Prosumenten ist ein wesentlicher Faktor, der das Funktionieren eines einzelnen Nodo und damit des gesamten Netzwerks beeinflusst. Aus Platzgründen sei hier nur der einzelne Club fokussiert. Die Notwendigkeit gegenseitigen Vertrauens innerhalb eines Clubs ist eine Kraft, welche eine Begrenzung der Teilnehmerzahl notwendig macht. Damit steht sie aber einer zweiten Kraft antagonistisch entgegen: Um den Teilnehmern eine interessante Produktvielfalt bieten zu können, ist das System auf eine relativ hohe Mitgliederzahl angewiesen. Das Zusammenspiel dieser beiden Kräfte ist für die Stabilität eines Tauschclubs entscheidend. Ist ein Club zu klein, tritt er schnell in eine Abwärtsspirale im Sinne einer klassischen Dilemmasituation ein, in der niemand mehr bereit ist, einen sinnvollen Beitrag zu leisten, wenn er sieht, dass es die anderen ebenfalls nicht tun und auch nicht tun werden, und das Angebot des Clubs für ihn somit uninteressant wird. Durch den Rückzug der eigenen Leistung aber trägt er selbst wiederum zur Verringerung der Angebotsvielfalt bei.

Auf der anderen Seite werden große Clubs immer wieder als chaotisch und spekulativ geschildert. Schnell stößt man daher auf die Wichtigkeit des sozialen Kapitals, d.h. Interaktionsmuster und Zusammenhalt einer Tauschgruppe, auf das sich die Größenvorteile des Tauschclubs aber gerade negativ auswirken. Nur durch Solidarität und Verantwortungsbewusstsein der Teilnehmer ergeben sich Produktionsbereitschaft, Qualität und Preisstabilität der

Produkte. Der Einzelne ist letztendlich daran interessiert, dass alle Akteure die Spielregeln des Trueque befolgen. Diese Spielregeln werden aber nur in kleinen Gruppen eingehalten, da bei der wachsenden Anonymität einer großen Gruppe der innere Zusammenhalt, das Gruppenbewusstsein und vor allem die gegenseitige Kontrolle der Mitglieder verloren gehen. Die Folge eines zu starken Größenwachstums ist eine zunehmende Ausbeutung des Systems durch seine Akteure, wie sie beim Massenphänomen Trueque der letzten zwei Jahre beobachtet wurde. Mitgliederzahlen von über 4.000 Personen führten zwangsläufig zu Preisspekulation, Inflation sowie geringerer Investitions- und Produktionsbereitschaft. Der Anreiz ist groß, selbst minderwertige Gebrauchsgüter anzubieten, um die erworbenen Créditos gegen die begehrten Lebensmittel und Dienstleistungen zu tauschen. Der daraus resultierende Qualitätsrückgang der Produkte führt letztendlich zum Vertrauensverlust, zum massiven Austritt von Teilnehmern und zum Zusammenbruch des Systems.

Ein dichtes Kommunikationsnetz innerhalb einer kleineren Tauschgemeinschaft aber hat noch weitere Vorteile. Es bewirkt beispielsweise eine deutlich sensiblere Preisbildung. Preise, die als zu hoch empfunden werden, werden in gemeinsamem Beschluss nach unten korrigiert. Interessant ist, dass die Gruppen gerne ein bestimmtes Produkt als Vergleichsmaßstab für die Festlegung der Preise anderer Leistungen heranziehen, um die Schwierigkeit der Preisrelationen in den Griff zu bekommen. In einem der beobachteten Nodos bot z.B. ein Mitglied Spülmittel zu einem vernünftigen Preis an. Daraufhin wurde vorgeschlagen, dass sich alle anderen Produkte an dieser Ankerwährung Spülmittel orientieren sollten. Wie viele Flaschen Spülmittel ist also eine selbstgestrickte Jacke wert? Sicherlich immer noch eine schwierige Frage, doch die Orientierung an einem festen Gut macht sie für die Teilnehmer eher greifbar.

Bei sehr knappen Gütern wie den Grundnahrungsmitteln (Mehl, Zucker, etc.) kann die Gruppe sogar die Ausschaltung des Preismechanismus beschließen, um horrenden Preise zu vermeiden. Dabei kann entweder die Verteilung

nach der Dringlichkeit des Bedarfs erfolgen oder durch Verlosungen vorgenommen werden.

Betrachtet man die Möglichkeiten und Grenzen des Trueque in der Gesamtschau, wird schnell klar, dass das Tauschsystem in Zeiten wirtschaftlicher Krisen unter Problemen leidet, die sich kaum lösen lassen und die verhindern, dass die Parallelwirtschaft die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bevölkerung dauerhaft und vollständig kompensieren kann. Rein mengenmäßig ist er einem massiven Ansturm von Personen nicht gewachsen, ohne dass es dabei zu destabilisierendem, ausbeuterischem Verhalten käme. Ferner kann er der zunehmenden Verarmung der Teilnehmer nur bedingt Einhalt gebieten, er leidet vielmehr selbst unter einer Qualitätsminderung seiner Produkte. Die Abhängigkeit vom monetären Kapital der regulären Wirtschaft in Verbindung mit der begrenzten Akzeptanz des Crédito lässt Investition und Produktion nur in sehr kleinem Rahmen zu, so dass der Trueque auf dem Niveau einer Subsistenzwirtschaft bleibt und keinesfalls eine Alternative zu einer Beteiligung am herkömmlichen Wirtschaftssystem darstellen kann.

Doch ist dies auch nicht sein Ziel. Der Trueque will vielmehr den von der Krise betroffenen Bürgern eine Plattform zur Verfügung zu stellen, mit der sie sich durch den gegenseitigen Tausch besser stellen und so durch eigene Initiative ihre Notlage lindern können. Auch wenn das System Ende 2002 mit seinem Zusammenbruch einen herben Rückschlag erhielt, so dürfen doch seine erstaunlichen Leistungen nicht übersehen werden. Immerhin konnte gerade die verarmte Mittelklasse von den Arbeits- und Versorgungsmöglichkeiten des Trueque (über)leben und das dadurch gesparte Geld weiterhin für notwendige Ausgaben in der regulären Wirtschaft verwenden. Die Parallelökonomie allein kann zwar aufgrund der bekannten Probleme nicht die notwendigen Bedingungen schaffen, um ihren Nutzern einen Ausweg aus der Armut zu ermöglichen; sie kann jedoch ein wichtiges Element der vielfältigen Strategien sein, welche die Menschen im informellen Sektor zu ihrer Subsistenzsicherung suchen. Die Erfahrung des Trueque zeigt somit, dass die Errichtung von Märkten und Währungen

die brachliegenden Fähigkeiten und Kapazitäten erneut zur Befriedigung von Bedürfnissen einsetzen können und neue soziale Bindungen schaffen, eine sinnvolle Ergänzung der herkömmlichen Wirtschaft ist.

Bibliographie zum Thema Tauschhandel (Auswahl)

- Hintze, Susana (Hg.), Trueque y Economía Solidaria, Universidad Nacional de General Sarmiento, San Miguel, Buenos Aires 2003
 - Leoni, Fabiana, Ilusión para muchos, alternativa para pocos – la práctica del trueque en los sectores populares, Diplomarbeit im Fach Sozialpolitik an der Universidad Nacional General Sarmiento, San Miguel, Buenos Aires 2002 (unveröffentlichtes Dokument)
 - Lescaro, Patricia / Altschuler, Bárbara, Políticas sociales y desarrollo local. Dos experiencias diversas: Club del Trueque y Unión de Trabajadores Desocupados (UTD) de Mosconi, Centro de Investigación de la Universidad Nacional de Cuyo, Buenos Aires 2002
 - Marchini, Jorge, "Economía de trueque" in: Clarín, Suplemento Económico, 05.05.2002, S. 3
 - Offe, Claus / Heinze, Rolf G., Organisierte Eigenarbeit, Frankfurt 1990
 - Ovalles, Eduardo, Argentina es el país del mundo en el cual el fenómeno del trueque tiene mayor dimensión social, Centro de Estudios Nueva Mayoría, Buenos Aires 2002
 - Primavera, Heloisa, u.a., Reinventando el Mercado, Buenos Aires, 1998, unter: <http://www.trueque-marysierras.org.ar/BLHP10.zip>, 13.04.2002
- 1 Vgl. Instituto Nacional de Estadística y Censo (INDEC), Evolución de la pobreza y la desocupación en el GBA desde 1988 en adelante, unter: www.indec.mecon.gov.ar/nuevaweb/cuadros/74/grafpobreza2.xls, 15.06.2003; Die Ermittlung der extremen Armut (indigencia) erfolgt anhand der Überprüfung, ob ein Haushalt mit seinen Einkünften den Grundbedarf an Nahrungsmitteln des Nahrungsmittelwarenkorb decken kann. Zur Feststellung der Armut wird ein erweiterter Warenkorb zum Vergleich herangezogen, der neben Nahrungsmitteln auch andere Güter und Dienstleistungen umfasst, wie Kleidung, Transport, Bildung, Gesundheit, etc. Die Erhebung der Daten erfolgt in Form der Encuesta Permanente de Hogares (permanente Haushaltsumfrage) des INDEC.
 - 2 Von 1991 bis 1999 verfünffachten sich die Importe, während sich die Exporte lediglich verdoppelten; vgl. Marcelo R. Lascano, "La década de los noventa: presupuestos intelectuales dominantes y resultados", in: Lascano, Marcelo R. (Hg.), La Economía Argentina hoy, El Ateneo, Buenos Aires 2001, S. 24
 - 3 Inés González Bombal, "Sociabilidad en clases medias en des censo: experiencias en el trueque" in: Hintze, Susana (Hg.), Trueque y Economía Solidaria, Universidad Nacional de General Sarmiento, San Miguel, Buenos Aires 2003 (in Druck), S. 280
 - 4 Vgl. INDEC, Evolución de la pobreza y la desocupación en el GBA desde 1988 en adelante
 - 5 Vgl. Ministerio de Economía, Informe Económico Año 2002, año 11, Nr.44, Buenos Aires 2003, S. 17
 - 6 Allein am 30. November wurden rund 1,3 Milliarden Peso abgehoben, 30% der Abhebungen des Monats; vgl. Banco Central de la República Argentina: Boletín monetario y financiero – cuarto trimestre de 2001, Buenos Aires, 2002, S. 18
 - 7 Vgl. Federico Sturzenegger, La economía de los argentinos, Planeta, Buenos Aires 2003, S. 42
 - 8 Vgl. INDEC, Índice de precios al consumidor: noviembre 2002, Información de Prensa 04.12.2002 unter: www.indec.mecon.gov.ar/nuevaweb/cuadros/10/ipc_12_02.pdf, 15.06.2003, S. 6
 - 9 Vgl. Ministerio de Trabajo, El Trabajo decente en la Argentina, Buenos Aires 2002, S. 7
 - 10 Vgl. Alfredo Sainz, "El aumento de los precios, la caída del empleo y los ingresos llevaron al 80% de las familias a comprar sólo lo indispensable", in: La Nación, 01.12.2002, Sección Economía, S. 1
 - 11 Vgl. INDEC, Evolución de la pobreza y la desocupación en el GBA desde 1988 en adelante
 - 12 Vgl. INDEC, Encuesta permanente de hogares mayo 2002, Buenos Aires 2002, S. 3
 - 13 Heloisa Primavera, u.a., Reinventando el Mercado, Buenos Aires 1998, unter: <http://www.trueque-arysierras.org.ar/BLHP10.zip>, 13.04.2002
 - 14 Crédito ist die am meisten verbreitete Bezeichnung, daneben gibt es Ecovale, Punto, Talento, etc., die in kleinen und unabhängigen Tauschinitiativen verwendet werden.
 - 15 Silvio Gesell (1862–1930) wendete sich gegen die "Unverwüstlichkeit" des Geldes, das dadurch einen natürlichen Vorsprung gegenüber den verderbenden Gütern erhält und hortbar wird. In der Geldhortung sah er wesentliche Gründe für Preisschwankungen, wirtschaftliche Krisen und Arbeitslosigkeit. Gesell wollte das sog. Freigeld einführen, das wöchentlich an Wert verliert und so als Wertaufbewahrungsmittel unattraktiv sein sollte.
 - 16 Vgl. Fabiana Leoni, Ilusión para muchos, alternativa para pocos – la práctica del trueque en los sectores populares, Diplomarbeit im Fach Sozialpolitik an der Universidad Nacional General Sarmiento, San Miguel, Buenos Aires 2002 (unveröffentlichtes Dokument) S. 28
 - 17 Zahl erhoben von Superintendencia de Servicios de Salud, veröffentlicht in: Candelaria de la Sota, "Un negocio que crece: salud para los que no tienen obra social", in: Clarín, 23.06.2003, S. 8
 - 18 Vgl. Interview vom 07.07.2003 mit Fernando Sampayo, Geschäftsführer des Trueque Zona Oeste.
 - 19 Interview vom 16.06.2003 mit Victor Solmi, ehemaliger Leiter von Trueque-Pymes der RGT. Trueque-Pymes kümmerte sich gezielt um die Integration von Unternehmen in das Tauschnetzwerk. Solmi ist selbst Geschäftsführer eines Unternehmens.
 - 20 Jorge Marchini, "Economía de trueque" in: Clarín, Suplemento Económico, 05.05.2002, S. 3
 - 21 Patricia Lescaro / Bárbara Altschuler, Políticas sociales y desarrollo local. Dos experiencias diversas: Club del Trueque y Unión de Trabajadores Desocupados (UTD) de Mosconi, Centro de Investigación de la Universidad Nacional de Cuyo, Buenos Aires 2002, S. 17
 - 22 Interview vom 02.07.2003 mit Estela Maris, Koordinatorin eines Clubs in Merlo Norte, Großraum Buenos Aires.
 - 23 Vgl. Claus Offe / Rolf G. Heinze, Organisierte Eigenarbeit, Frankfurt 1990, S. 271ff.

B Ü C H E R

■ Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?

München: Econ Verlag (in der Ullstein Buchverlage GmbH),
5., korrigierte Auflage, 2004. 499 Seiten.

Ist Deutschland noch zu retten? Wer weiß. Wer aber wissen will, wo es demnächst langgeht, der kann sich bei Sinn schon mal vorab informieren: Für ihn ist der Arbeitsmarkt "im Würgegriff der ... hemmungslosen Kartellpolitik der Gewerkschaften, die ... herausgeholt haben, was nur eben ging. ... Es geht auch nicht an, dass sich der Staat noch länger zum Komplizen der Gewerkschaften macht und ihre Hochlohnpolitik durch den Kündigungsschutz ermöglicht. ... Das kann so nicht bleiben, das stehen wir nicht durch."

Für völlig unzureichend hält Sinn die läppischen "... Vorschläge der Hartz-Kommission, die wenig bewirken und niemandem wehtun." Nein, wir brauchen viel stärkeren Tobak: "Weniger Staat und weniger Steuern. ... Eine wirklich radikale Steuerreform". Steuern auf Kapitalerträge (z.B. Zinsen) verletzen für ihn das Postulat der Gerechtigkeit, weil sie diejenigen, die ihr Vermögen sparen, statt es sofort zu konsumieren, bestrafen und sind deshalb allenfalls mit 20% anzusetzen. Und weiter: "Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit müssen die Stundenlöhne fallen." Damit das besser durchgesetzt werden kann: "Der gesetzliche Kündigungsschutz muss fallen ... und sollte nicht nur für Kleinbetriebe, sondern für alle Betriebe abgeschafft werden, denn ... auf einem sich selbst überlassenen Arbeitsmarkt, der unter Konkurrenzbedingungen arbeitet, bedarf es keines besonderen Kündigungsschutzes, um Arbeitsplatzsicherheit herzustellen, denn auf einem solchen Markt herrscht Vollbeschäftigung."

Unterstützt werden soll die Absenkung der "... künstlich hoch gehaltenen Löhne" außerdem durch die Reduzierung der staatlichen Lohnersatzleistungen. Die für 2005 vorgesehene "Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ... reicht aber bei weitem nicht, denn die Sozialhilfe ist viel zu

hoch." Also runter damit um 33%! Allerdings darf man sich jetzt – so möglich – etwas dazu verdienen, was ja nicht so schwer sein kann, weil ja jetzt wieder alles boomt. Jedenfalls kommt es auf die Nachfrage ausdrücklich nicht an. Dies festzustellen, ist Sinn besonders wichtig und er widmet deshalb der Frage der Nachfrage ein extra Unterkapitel, in dem u.a. steht: "Nein, mehr gesamtwirtschaftliche Nachfrage und mehr Kaufkraft ist es wirklich nicht, was Deutschland braucht." Alle, die das anders sehen, sind ökonomische Laien und heißen "Dr. Fritzchen Müller".

Sinn bezeichnet sich selbst als "Arzt der ökonomischen Schulmedizin", der in Abgrenzung zu "Homöopathen und Heilpraktikern ... das Skalpell und harte Medikamente" verordnet. Er will für seine Kinder, denen er sein Buch auch widmet, ein "besseres, ein wirklich zukunftsfähiges Deutschland" und beruft sich u.a. auf Willy Brandt, der ihm doch sicher Recht gäbe, wenn er noch leben würde, meint er. Fairerweise sei zugestanden, dass die umfangreiche Schrift durchaus vielgestaltig ist und dass Sinn mit gar manchem tatsächlich Recht hat: So ist ihm vollumfänglich zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass ganz offensichtlich aufgrund eines Kunstfehlers die Körperschaftssteuer seit 2001 fast komplett weggebrochen ist und seitdem Deutschland allein deshalb mit jährlich 20-25 Mrd. Euro weniger auskommen muss, dass Subventionen der industriellen Vergangenheit (Kohle) absurd sind, dass im Rahmen der Neugestaltung der Rente Kindererziehung bzw. Kinderlosigkeit mit zu berücksichtigen ist, dass sich die Gewerkschaften in den 1960er und 1970er Jahren wohl besser um die Mitbeteiligung ("Sparlohn" statt "Barlohn") als um die Mitbestimmung gekümmert hätten.

Sehr recht hat er auch, wenn er feststellt, "... dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann." Denn: "... die Regierung Kohl hat die wirtschaftliche Vereinigung mit absurden Versprechungen und irrealen Politikprogrammen vergeigt. Die Bürger der neuen Länder sind bettelarm in die Marktwirtschaft gekommen, weil versäumt wurde, das diffuse Volkseigentum des kommunistischen

tischen Staates in privatrechtliche Anspruchstitel umzuwandeln." Es ist der "ökonomische Grundfehler der Vereinigungspolitik, ... dass den neuen Bundesbürgern kein Eigentum am ehemaligen volkseigenen Vermögen zuerkannt, doch ein viel zu hoher Lohn versprochen wurde." Per deutsch-deutscher Währungsunion wurden die ostdeutschen Löhne zunächst vervier- bzw. verfünffacht und anschließend in merkwürdiger Eintracht zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern nochmals verdreifacht. Damit war man dann die ostdeutsche Konkurrenz nachhaltig los: "Der historische Grund für das offenkundige Mislingen der deutschen Vereinigung liegt im Vorseilen der Löhne vor der Produktivität." Das Ergebnis ist eine Zuschussökonomie, die um fast 50% mehr verbraucht als sie selbst erzeugt und vom Westen alimentiert werden muss; ein Zustand, der weltweit einmalig und auch historisch ohne Beispiel ist.

Vor dem Hintergrund seiner Einsicht in die ostdeutsche Misere ist es absolut unverständlich, dass Sinn nun meint, auch für Gesamt- bzw. für Westdeutschland zu hohe Löhne erkennen zu müssen. Denn hier liegen die ökonomischen Fakten nicht nur anders, sondern genau anders herum! Allein seit dem Fall der Mauer hat sich die Produktivität in Gesamtdeutschland – also das Verhältnis der erzeugten Güter und Dienstleistungen zur dafür eingesetzten Arbeitszeit – verdoppelt. Bekanntermaßen kann man das von den Löhnen nicht gerade sagen: Nachdem die (inflationsbereinigten) Reallöhne seit Kriegsende zwar zunehmend schwächer, aber eben doch immer angestiegen sind, ist seit Mitte bis Ende der 1990er Jahre eine Tendenz zur Stagnation zu beobachten; Ergebnis der immer wieder angemahnten "Lohnzurückhaltung", jeweils begründet mit der deutschen Wettbewerbsfähigkeit respektive der Standortfrage. Die Fähigkeit der Deutschen, das von ihnen Erzeugte auch wirklich selber nachzufragen und zu verbrauchen, wird also immer schwächer, diese Nachfragerlücke und die solcherart induzierte Arbeitslosigkeit also immer größer. Was nimmt es da Wunder, dass das Wachstum zurückgeht und ebenfalls stagniert? Die deutsche Wachstumsschwäche ist eine Binnenschwäche. Das bestreitet übrigens

auch niemand ernsthaft. Denn über die Erfolge im Exportbereich können wir uns nicht beklagen: Deutschland ist Weltmeister im Exportieren! Auch preisbereinigt ist der deutsche Export – u.a. als Ergebnis der "Lohnzurückhaltung" – in den letzten fünf Jahren nochmals um fast 50 % gestiegen. Kein Land auf der Welt – auch flächen- wie bevölkerungsmäßig viel größere Länder nicht – exportiert mehr als unseres: Allein ein Zehntel des gesamten Welthandels bestreitet Deutschland ganz allein. Doch damit nicht genug: Deutschland ist gleich noch mal Weltmeister; und zwar beim Exportüberschuss! Kein Land auf der Welt liefert an den Rest der Welt so viel mehr als es vom Rest dieser Welt einkauft. Besonders atemberaubend wirkt dieses Faktum vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mit der ehemaligen DDR mitten in Deutschland ein Gebiet liegt, das für sich genommen gewissermaßen Weltmeister im Importüberschuss (s.o.) ist, was den gesamtdeutschen Exportüberschuss logischerweise reduziert, der gesamtdeutschen Weltmeisterschaft im Exportüberschuss aber ganz offensichtlich gar keinen Abbruch tut. Der deutsche Exportüberschuss ist nun auch die Erklärung dafür, dass die durch die Nachfrage- lücke im Binnenbereich induzierte deutsche Arbeitslosigkeit nicht noch viel größer ist. Auch Sinn würde nicht bestreiten können, dass unsere Arbeitslosigkeit ohne die dramatischen Exportüberschüsse noch dramatisch höher wäre als sie es ohnehin schon ist.

Was nun Sinn angesichts dieser Ausgangssituation will – und alle, die Sinngemäß argumentieren, wollen – ist Folgendes: Löhne und staatliche Lohnersatzleistungen werden gesenkt; bei Sinn also um bis zu 30 %, und zwar dergestalt, dass die Absenkung bei den unteren Einkommen größer ausfällt als bei den höheren. "Stärkere Lohnspreizung" heißt das. Dabei soll übrigens der Sinn der Absenkung der Sozialhilfe ausdrücklich darin bestehen, insbesondere auf die untersten Lohngruppen auszustrahlen; will meinen, den Druck auf sie zu erhöhen. Allerdings würden die Kapitaleinkommen dadurch zunehmen. Das müsse man in Kauf nehmen, weil Deutschland als Gesamt Ganzes dadurch gewinnt, stärker wächst als vorher. Wie

das? Ist nicht die Konsumquote um so niedriger, je höher die Einkommen sind und andersherum? Und ist deshalb die aggregierte Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft um so niedriger, je stärker die Ungleichverteilung ist? Auch Sinn würde wohl kaum bestreiten, dass durch die von ihm vorgeschlagenen Lohnsenkungen die Binnenachfrage weiter geschwächt wird. Aber das macht ja nichts, weil wir jetzt unsere "Wettbewerbsfähigkeit" wiedergewonnen haben. Will heißen: Die ja nun noch größere Nachfragerücke im Binnenbereich wird nunmehr komplett durch Exporte kompensiert; so lange, bis auf diese Art und Weise auch der letzte deutsche Arbeitslose in Lohn und Brot gekommen ist.

Der Sinn-Plan funktioniert. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Rest der Welt es einfach so hinnimmt, dass wir dem Rest der Welt dann doppelt und dreifach so viele Exportprodukte um die Ohren hauen wie bisher schon, dass wir unseren Außenhandelsüberschuss immer weiter ausweiten und deshalb das Außenhandelsdefizit andernorts immer weiter zunimmt, dass wir unsere binnen-bedingte Arbeitslosigkeit bis zum letzten Mann exportieren und sie deshalb entsprechend andernorts ebenfalls zunimmt, und dass das Ganze andernorts nicht als pure Aggression empfunden wird. Dann, aber nur dann, funktioniert der Sinn-Plan. Wenn es aber andernorts ebenfalls Experten gibt, die für ihre eigenen Volkswirtschaften ähnlich glorreiche Vorschläge machen wie Sinn für die unsrige, wovon wir getrost ausgehen dürfen, dann funktioniert der Sinn-Plan natürlich nicht. Dann wäre auch andernorts außer einer stärkeren Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und einer entsprechenden Ausweitung deflationärer Tendenzen nichts gewonnen und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in Relation zum Rest der Welt wäre völlig unverändert. Sinn müsste dann – konsequenterweise – erneut die verlorengegangene bzw. noch immer nicht wiederhergestellte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft anmahnen. Und dreimal dürfen wir raten, welchen Lösungsvorschlag er uns dann unterbreiten würde. Ist Sinn noch zu retten?

Wer weiß? Was wir aber wissen, ist: So kann es nicht gehen. Ein John Maynard Keynes hätte

im Rahmen des nach ihm benannten Planes einem Deutschland wie dem heutigen ganz eindeutig und unmissverständlich nicht etwa eine Absenkung, sondern im Gegenteil ein Anheben der Löhne empfohlen. Keynes wusste nämlich noch: So wie ein Land, das Importüberschüsse zeitigt, über seinen Verhältnissen lebt, so lebt ein Land mit Exportüberschüssen unter seinen Verhältnissen; und im Falle Deutschlands eben in dramatischer Größenordnung. Wenn dieser Situation nicht durch Lohnanhebung im Binnenbereich begegnet wird, dann bringt man die Menschen in diesem Land, die nämlich übrigens diese Exportüberschüsse erarbeitet haben, nicht nur um die vollständigen Früchte ihrer Arbeit, sondern man nimmt den Volkswirtschaften andernorts auch die Luft zum Atmen: Denn der solcherart andernorts erzwungene permanente Importüberschuss verhindert den Aufbau einer gesunden Binnenwirtschaft und zwingt in die Verschuldung und ihre Konsequenzen, weil dieser Importüberschuss nur finanziert werden kann mit geliehenem Kapital, welches aus den Überschussländern stammt.

Aber jetzt gilt ja die Globalisierung und entsprechend steht die Drohung der Abwanderung von Arbeitsplätzen im Raum. Diesbezüglich ist zunächst festzustellen, dass Deutschland ganz offensichtlich ein sehr guter Standort ist; und zwar auch und gerade für Investoren, die hierzulande, auch und gerade im internationalen Vergleich, sehr gute Gewinne erwirtschaften können, u.a. weil sie eben nicht (mehr) befürchten müssen, dass die Gewerkschaften bis zur Schmerzgrenze gehen. Aber es ist verständlicherweise noch verlockender, den VW in der Slowakei zum dortigen Lohnniveau zu schrauben, um ihn anschließend hierzulande zu deutschen Preisen zu verkaufen, auch wenn klar sein muss, dass das nicht sehr lange gut gehen kann. Es kann aber vor allem auch nicht angehen, dass – u.a. mit dem weinerlichen Argument, die Menschheit gehöre doch zusammen – sämtliche Dämme für Kapital und Güter eingerissen werden, um anschließend – nunmehr wieder hübsch in nationalstaatlicher Konkurrenz argumentierend – zu fordern, Steuern und Löhne zu senken, um "internationale Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen".

len". Und um spätestens dann, wenn man andernorts ebenfalls auf den Trichter gekommen ist, diese Forderung – mit derselben wohlfeilen Begründung – zu wiederholen. Dieser Trick ist schon mal probiert worden; nicht nur aufgrund der Lobby der Industrie, sondern auch und gerade auf Ratschlag der "Experten". Es ging gründlich daneben. Man nannte das Weltwirtschaftskrise. Die Konsequenzen sind bekannt.

Eine der Konsequenzen war die Etablierung eines theoretischen Gegenentwurfes – Keynesianismus genannt – zur herrschenden Lehre, die nach dem Desaster eine Zeit lang auch recht kleinlaut war, weil ihre Gleichgewichts-Phantasmagorien mit der Realität ganz offensichtlich nichts zu tun haben. Weil aber die Borniertheit nicht ausstirbt, geht das jetzt alles wieder von vorne los. Wenn Bertolt Brecht recht hatte mit seiner Feststellung, Geschichte wiederhole sich nicht, es sei denn als Farce, dann ist das ja jetzt wohl die Farce. Nein: Die Suppe, die global eingebrockt wurde, muss jetzt auch global wieder ausgelöffelt werden. Das demokratische Korrektiv des ökonomischen Systems, das allein in der Lage ist, der permanenten Neigung zur Nachfragelücke dieses Systems entgegenzuwirken und es somit letztlich auch vor sich selbst zu schützen, ist durch den Globalisierungsprozess auf nationalstaatlicher Ebene verlorengegangen. Wenn jetzt schon die Überschussländer anfangen, ihre Löhne zu senken, dann gnade uns Gott. Wenn es uns aber gelingt, das demokratische Korrektiv des ökonomischen Systems ebenfalls zu globalisieren, dann sind wir noch zu retten, und Deutschland auch, und Sinn auch.

Thomas Betz

■ **Roland Wirth**
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus
Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre
aus wirtschaftsethischer Sicht

Bern: Haupt Verlag, 2003. 193 Seiten.

St. Gallener Beiträge zur Wirtschaftsethik, Bd. 34.

Der Verfasser der hier anzuzeigenden Doktorarbeit ist ein Schüler des St. Gallener Wirtschaftsethikers Peter Ulrich, Volkswirt, durch ein Übermaß an Neoklassik zeitweise an seinem Fach

zweifelnd geworden – die Beschäftigung mit der Freiwirtschaftslehre habe ihm das Interesse an volkswirtschaftlichen Studien zurückgegeben, heißt es im Vorwort. Wirth geht davon aus, dass der Streit über die zweckmäßige Ordnung der Wirtschaft nach dem Scheitern der staatssozialistischen Systeme nicht beigelegt oder auf eine Auseinandersetzung zwischen Keynesianern und Neoliberalen zurückgestutzt sei. Die soziale Desintegration im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft, die neuerdings sogar im reichen Mitteleuropa wieder so etwas wie Klassenkampf-Stimmung aufkommen lässt, das Dritte-Welt- und das Ökologie-Problem zeigen, dass auch der real existierende Kapitalismus nicht die letzte Antwort auf die Systemfrage sein kann. Wirth bescheinigt ihm drei Gebrechen: sozial ungerecht, unfähig, Vollbeschäftigung zu sichern, und nicht nachhaltig. Erst kürzlich berichtete der chinesische Historiker Wang Hui, China erkaufe sich sein stürmisches Wirtschaftswachstum mit gewaltigen Umweltschäden (SPIEGEL, Jg. 2004, Nr. 18, S. 138).

Wirths Arbeit ist in fünf Hauptabschnitte gegliedert. Teil 1 behandelt die politisch-philosophischen Grundlagen einer wahrhaft freien und gerechten Bürgergesellschaft, wie sie in Ulrichs Integrativer Wirtschaftsethik skizziert wird. Freiheit in einem manchesterliberalen Sinn als Vertragsfreiheit zu interpretieren, sei ungenügend, im Ergebnis mitunter sogar zynisch (S. 23: "Wenn jemand vom Hungertod bedroht ist, so wird er sich vermutlich freiwillig in die Sklaverei verkaufen, wenn ihm dafür die Versorgung mit Lebensmitteln in Aussicht gestellt wird") und legitimiere das Recht des Stärkeren. Die Integrative Wirtschaftsethik verlangt eine Ergänzung der Freiheitsrechte durch Wirtschaftsbürgerrechte, die es jedem Mitglied der Gesellschaft ermöglichen, jene lebbar zu machen. Ansätze zur Verwirklichung dieser Forderungen sieht Wirth in der nach ordoliberalen Konzept konzipierten Sozialen Marktwirtschaft und in Ota Šiks humaner Wirtschaftsdemokratie enthalten. Freilich sei erstere zur Alimentierung ihres Sozialstaatsanspruchs auf Gedeih und Verderb auf Wirtschaftswachstum angewiesen, letztere aufgrund der ihr innewohnenden Planwirtschaftskomponente bü-

rokratisch und undemokratisch. Viele Freiwirte glauben, daß die von ihnen propagierte Wirtschaftsreform von sich aus eine freie und sozial gerechte Gesellschaft hervorbringt, also die Statuierung von Wirtschaftsbürgerrechten überflüssig macht. Wirth stellt sich die Aufgabe, dies zu prüfen.

Zu diesem Zweck skizziert er in Teil 2 die Kritik der Freiwirte an der herrschenden Wirtschafts- und Geldordnung, in Teil 3 und Teil 4 die von ihnen propagierte Geld- und Bodenreform mit ihren voraussichtlichen Wirkungen. Freigeld – in einer modernen Version, die das umständliche Markenkleben überflüssig macht – wird von Wirth als attraktives ordnungspolitisches Instrument gewürdigt: Es würde vermutlich viele gesellschaftlich problematische Auswüchse des heutigen Wirtschaftssystems mildern, ohne die Funktionsfähigkeit des Systems Marktwirtschaft zu verschlechtern. Hingegen erscheint ihm die Bodenreform als technokratisches Konstrukt, das nur mit enormem Aufwand an Bürokratie funktionieren könne, weshalb die Freiwirtschaftsbewegung gut daran tue, sich auf die Geldreform zu konzentrieren. Dies ist eine Abweichung von der reinen Lehre insofern, als für Silvio Gesell die Geld- und die Bodenreform eins war. Boden ist wie auf Edelmetall gegründetes Geld nicht beliebig vermehrbar, Privateigentum an Boden folglich eine zweite Quelle von Monopolrente. Wirth empfiehlt, dieses Schlupfloch durch eine Besteuerung der Bodenspekulation zu stopfen. Dass – wie viele Freiwirte glauben – eine von den Fehlern unseres heutigen Geldsystems befreite Wirtschaft Kapital verstärkt ökologisch und sozial wichtigen Projekten zufließen lasse, ist Wirth zufolge nicht zu erhoffen. Zur Lösung des Ökologieproblems bedürfe es einer Ergänzung der Geldreform durch eine ökologisch-soziale Steuerreform, die soziale Kosten internalisiere.

Teil 5, der etwa ein Drittel des Buches umfasst, beschreibt die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung sowie ihr Verhältnis zur akademischen Wirtschaftswissenschaft und anderen Reformbewegungen. Diese Anordnung ist überdenkenswert, führt sie doch dazu, dass nun viele Sachverhalte in selbständigen Kapiteln erörtert werden, deren Kenntnis zum Verständnis der Teile 1

bis 4 Voraussetzung ist – z. B. der Lebensweg Gesells, die Beiträge von Zeitgenossen Gesells und nach ihm lebender Ökonomen zur Freiwirtschaftslehre, Fishers Quantitäts- und Keynes' Liquiditätspräferenztheorie. Meines Erachtens wären diese Informationen in einem Einführungskapitel besser aufgehoben. Das hätte manche Wiederholung erspart. Leser des Buches, denen Leben und Werk Gesells nicht bereits hinlänglich bekannt ist, sollten mit Kapitel 5 anfangen.*

Wirth hat in die 193 Seiten seines Buches viel hineingepackt: Sozialphilosophie, Wachstums-, Konjunktur-, Geld-, Kapitaltheorie, die widerstreitenden Glaubensbekenntnisse der Schulen – Freiwirte vs. Neoklassiker vs. Keynesianer –, die Experimente mit Freigeld und Freiland in der Wirtschaftsgeschichte, moderne Freigeld-Techniken. Die Kapitel umfassen in der Regel nur wenige Seiten. Deshalb bleibt manches unvertieft, reizt zum Nachfragen, wofür eine Rezension freilich nicht den Platz hergibt. Zwei drängende Zukunftsfragen, die bei Wirth an-, aber nur kurz ausführt sind, seien im Folgenden herausgegriffen. Erstens: Gesells Geldtheorie ist aus der Kritik des Goldstandard-Währungssystems entwickelt. Freigeld war ihm in erster Linie ein Instrument zur Verhinderung von Deflation und der mit ihr einhergehenden Vernichtung von Arbeitsplätzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden fast überall in der Welt freie Währungen eingeführt. Die "goldene Bremse an der Kreditmaschine" (J. A. Schumpeter) ist im Papiergeldstandard gelöst. Drei, vier Jahrzehnte lang funktionierte das Nachkriegs-Währungssystem ähnlich wie ein Freigeld-System, denn bei Inflation verschwindet die Liquiditätsprämie von Bargeld ebenfalls. In der Form, in der die Geldpolitik neuerdings in der Europäischen Union institutionalisiert ist – supranationale Koordination, Orientierung des Geldangebots an der Entwicklung des Produktionspotentials gemäß den Verstärkungs-Regeln der Chicago-Schule – kommt sie Gesells Idee einer durch ein Internationales Währungsamt gemanagten "absoluten" Papiergeldwährung bereits recht nahe (so auch Wirth, S. 78). Die Stabilität von Volkswirtschaften wird heute nicht mehr durch die Unfähigkeit ihres Bankensystems, jederzeit genügend Liquidität

bereitzustellen, sondern durch die Entartung der Finanzmärkte bedroht.

Zweitens: Wirth kritisiert den Wachstumsfetischismus kapitalistisch verfasster Volkswirtschaften ob seiner ökologischen und sozialen Auswirkungen als absurd und zerstörerisch. Er erklärt ihn klassisch-freiwirtschaftlich mit der Mechanik von Zins und Zinseszins: Um den exponentiell wachsenden Anspruch der Rentiers zu befriedigen, müsse die "reale Wirtschaft" – gemeint ist: die Erzeugung von Sachgütern und Dienstleistungen – gleichförmig mitwachsen. Das ruiniere die Umwelt, sei nicht durchzuhalten, weil die Ressourcen begrenzt sind, und führe periodisch zu Enttäuschung der Rentiers, Zusammenbruch von Firmen und zu Arbeitslosigkeit. Das Argument ist logisch schwer angreifbar und war schon für Karl Marx ein Hauptbaustein seiner Kapitalismuskritik. Jedoch trägt der Rezensent Bedenken, ob der Kapitalismus allein durch eine Geldreform, die die Monopolpreiskomponente im Zins abschafft (so sie denn noch besteht?), sozialverträglich und nachhaltig wird. Schumpeter erklärt den Zwang marktwirtschaftlich organisierter Industriewirtschaften, zu wachsen, aus dem Zusammenspiel von Produktivitätsfortschritt und Marktsättigung. Solange eine Industrie technischen und organisatorischen Fortschritt hervorbringt, wächst ihre Fähigkeit, Güter auszustößen. Hingegen ist ihr Markt nicht unbegrenzt aufnahmefähig. Der Produktivitätsfortschritt führt also unweigerlich zur Freisetzung von Arbeitskräften. Soll Vollbeschäftigung erhalten werden, müssen diese in neu hinzuwachsenden Wirtschaftsbereichen untergebracht werden, also zusätzliches Sozialprodukt erzeugen. Die Freisetzung hört erst auf, wenn der Produktivitätsfortschritt versiegt (oder die Erwerbsbevölkerung schrumpft oder ein Verfahren gefunden ist, das die Arbeitszeit für alle Beschäftigten gleichmäßig reduziert). Zu Lebzeiten Gesells war der Zusammenhang von technischem Fortschritt und der zyklischen Entwicklung von Marktwirtschaften noch kein großes Thema in der Wirtschaftswissenschaft. Jean Fourastie hat eine Gesellschaft konzipiert, die dem Zwang, ständig zu wachsen, enthoben ist – die voll entwickelte Dienstleistungsgesellschaft,

in der ein kleiner Teil der Bevölkerung in ausgereiften Industrien mit hocheffizienten Verfahren Waren produziert und die Masse der Bevölkerung in nicht rationalisierungsfähigen Dienstleistungsberufen arbeitet.

Reiner Flik

*) Einige Ungenauigkeiten bei der Darstellung der Revolution in München 1918/19 (S. 132f.) seien hier richtiggestellt: Silvio Gesell wurde nicht im November 1918, sondern erst von der ersten Räteregierung, April 1919, zum Finanzminister berufen. Sein Freund und Ministerkollege Gustav Landauer wurde nicht hingerichtet – seine Bewacher haben ihn nach Einlieferung ins Gefängnis Stadelheim schlichtweg totgeschlagen. Das Gesells Verteidigungsrede entnommene Zitat "Ob der Zinssatz 5 oder 4 ist, macht für Deutschland gleich Milliarden aus", rekuriert wahrscheinlich nicht auf die verzinslichen Reparationsforderungen der Siegermächte. Als Gesell die Rede niederschrieb (Mai 1919), waren die Bedingungen des Versailler Vertrages noch nicht einmal offiziell bekannt; die Höhe der Reparationsschuld und ihre Verzinsung wurden erst 1921 festgelegt. Das Zitat rekuriert wohl auf die riesige innere Verschuldung des Deutschen Reiches. Sie betrug im Fiskaljahr 1919 bereits 126 % der ordentlichen Einnahmen.

■ **Heiko Kastner**
Mythos Marktwirtschaft -
Die irrationale Herrschaft des Geldes über
Arbeit, Mensch und Natur

Bochum: SWI Verlag der EKD, 2002. 519 Seiten.

Der Verfasser legt mit "Mythos Marktwirtschaft" eine Analyse der modernen Ökonomie vor, die eine Fundamentalkritik an den Funktionsweisen und Bedingungen kapitalistischer Gesellschaften umfasst, ohne die hierbei sonst üblichen marxistischen Argumentationsfiguren und Ideologien zu verwenden. Die Argumentationsstrategie Kastners ist eine andere. Er macht auf die Mythen und Irrationalitäten der "freien" Marktwirtschaft aufmerksam, indem er die verborgenen Basisprinzipien der kapitalistisch organisierten Ökonomie aufdeckt und als "moderne Religion" entlarvt. Die Kernthese, die sich als roter Faden durch das Buch zieht, ist folgende: An die Stelle des "alten", christlich geprägten Glaubens ist nicht erst seit dem Scheitern des real existierenden Sozialismus ein "neuer" Glaube getreten – der Glaube an die Verheißungen des Geldes und an die Segnungen der Geldwirtschaft. "Es ist eine der zentralen Aufgaben dieses Buches gegen den Strich und wider die allgemeine Auffassung von der Rationalität der modernen Öko-

nomie, dass der Markt und besonders das Geld die Rolle religiöser Mythen übernommen haben. Davon zeugen die mit dem Markt verknüpften Heilsversprechen sowie der Absolutheitsanspruch, der jedweder Religion eigen ist." (S. 17)

Diese These untermauert der Verfasser im ersten Kapitel zunächst mit Blick auf die Dominanz und die Krise der Erwerbsarbeit in sieben westlichen Industriestaaten. Kastner gelingt es, die strukturellen Gründe für diese Krise der Erwerbsarbeit in Deutschland, den USA, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Schweden und Dänemark darzulegen und gleichsam nebenbei die Mär vom angeblichen Beschäftigungswunder in den USA sowie dem des niederländischen "Poldermodells" zu entmythologisieren. Mit welchen Strategien und Rezepten – staatlicher Interventionismus und aktive Arbeits-(markt)politik einerseits, neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes andererseits – die portraitierten Staaten auch das Problem der Erwerbsarbeitslosigkeit zu lindern versuchen, an einem strukturellen Dilemma kommt keine dieser Volkswirtschaften vorbei: In dem Maße, wie die kapitalistische Marktwirtschaft auf der zu entlohnenden Erwerbsarbeit basiert und arbeitsfähig funktioniert, frisst die auf Produktivitätszuwächse und "Shareholder Value" fixierte Geldwirtschaft ihre "Kinder" – sprich Arbeitsplätze – auf. Die an das "große Geld" glaubenden und mit diesem Ziel spekulierenden Aktionäre "belohnen" folgerichtig jede "Freisetzung" von Arbeitskräften im Rahmen von Restrukturierung denn auch regelmäßig mit höheren Börsenkursen.

Dieser destruktive Glaube an schnelle Gewinne und hohe Rendite wird im zweiten Kapitel als eine zentrale Ursache für "die Herrschaft des Geldes" weiter entfaltet. Hierzu wirft Kastner einen Blick zurück auf die politische und ökonomische Ideengeschichte der Aufklärung. Mit Adam Smith und John Locke wird an zwei Wegbereiter für den Siegeszug der kapitalistisch verfassten Volks- und Geldwirtschaft erinnert. Insbesondere die radikale Wendung bisheriger Moralvorstellungen durch Adam Smith, derzufolge die konsequente Verfolgung egoistischen Gewinnstrebens quasi automatisch – wie durch "unsichtbare Hand geleitet" – zur Steigerung

des Wohlstands für alle führe, sei hierbei nicht nur entscheidender Motor der Industrialisierung, sondern auch grundlegend für die Mythologisierung der Marktwirtschaft gewesen. Der Verfasser interpretiert Smiths 1776 erschienenes Hauptwerk in der Konsequenz als Quelle des Grundwiderstands unserer aktuellen Wirtschaftsordnung: Die viel beschworene marktwirtschaftliche Rationalität basiere ausgerechnet auf zutiefst irrationalen Affekten wie Egoismus und Gier.

Schließlich illustriert Kastner das Phänomen Geld als Katalysator dieser irrationalen Fundamente kapitalistischer Ökonomien. Er erzählt die spannende Geschichte des Geldes in seiner Entwicklung vom neutralen Tauschmittel hin zum parareligiösen Selbstzweck, indem er kenntnis- und detailreich die Funktionen des Geldes in den unterschiedlichen historischen Epochen analysiert. Die entscheidende Zäsur erfährt die Entwicklung des Geldes mit der fortschreitenden Aufweichung der Golddeckung sowie der hiermit einhergehenden Einführung des Zinses durch die Goldschmiede der Londoner City. Der rote Faden wird weitergesponnen: Wer Geld verleiht, dessen Wert nicht durch Edelmetall gedeckt ist, der lässt sich sein "Gläubiger-Vertrauen" als Kredit teuer bezahlen. "Geld ist Glaube. Schon das Wort 'Kredit' lässt hier keine Zweifel zu: das lateinische Verb 'credere' bedeutet in der wörtlichen Übersetzung 'glauben'". (S. 318)

Mit "Mythos Marktwirtschaft" ist eine ganzheitliche Betrachtung ökonomischer Phänomene gelungen, weil der Verfasser ideengeschichtlich-philosophische Synthesen mit aktuellen empirisch fundierten Analysen kombiniert – mit der erhellenden Konsequenz, dass es jenseits von Marx, Keynes & Co. gute Argumente für eine menschenwürdige Ökonomie und gegen die scheinbar alternativlosen neoliberalen Markt-Ideologien gibt.

Martin Rüttgers

■ Pierre-Joseph Proudhon System der ökonomischen Widersprüche oder Philosophie des Elends

Berlin: Karin Kramer Verlag, 2003. 586 S. - ISBN 3-87956-281-4.

Das Französische Außenministerium, vertreten durch die Französische Botschaft in Berlin, ermöglichte eine deutsche Edition des Proudhon-Buches "Die Philosophie des Elends". Das mag vielleicht ungewöhnlich erscheinen, weil Proudhon dem französischen Staat sehr kritisch gegenüberstand.

In einem einführenden historischen Exkurs "Pierre-Joseph Proudhon und die moderne Nationalökonomie" beschreibt Gerhard Senft Proudhons zeitgeschichtliche und auch seine Bedeutung für die Gegenwart. Lutz Roemheld übernahm die Übersetzung von Karl Grün in einer eigenen Bearbeitung, die allerdings nicht ganz frei ist von einigen missverständlichen Aussagen.

Die aktuelle Bedeutung von Proudhon liegt Senft zufolge darin, dass es Proudhons zentrales Anliegen war, dem Gelde seinen Monopolcharakter zu nehmen, also eine Gleichstellung des Geldes mit allen anderen Waren auf den Märkten zu erwirken. Proudhon fußte auf Adam Smith (1723-1790) und befürwortete den Liberalismus mit der Freiheit des Marktes; aber er sprach sich auch für soziale Experimente aus. Er selbst unternahm mit seiner Volksbank einen praktischen Versuch einer freiheitlichen Überwindung der sozialen Gegensätze – durchaus erfolgreich, aber er wurde verhaftet und konnte sein begonnenes Werk nicht fortsetzen. Den Kommunismus hat Proudhon treffend als ein neues totalitäres Herrschaftssystem durchschaut und rechtzeitig vor ihm gewarnt. Marx sah in ihm einen typischen Vertreter des französischen Kleinbürgertums. Sein eigenes Buch "La Misère de la Philosophie" sollte Proudhon in Verruf bringen, was ihm größtenteils gelang. Zu den wenigen, die ihn später dennoch ernst genommen haben, gehörten Gustav Landauer, Silvio Gesell, John Henry Mackay, Rudolf Rocker und Max Nettlau.

Im großen und ganzen wussten die sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts Proudhons geistiges Erbe jedoch nicht zu nutzen. Der Anarcho-Syndikalist Helmut Rüdiger (1903–1963), der sich nach den Erfahrungen der spa-

nischen Revolution (1936–1939) Proudhon zuwandte, brachte die politisch-geistige Misere des Sozialismus und Anarchismus auf den Punkt: "Was hat der Syndikalismus zu den Fragen der Rechtsordnung, der Kapitalbildung, des Geldes, der Warenzirkulation, des Kredits, zu sagen? Auf den ganzen Blutkreislauf der Wirtschaft geht die Theorie überhaupt nicht ein. Wer überhaupt darüber nachdenkt, begnügt sich mit vagen idealistischen Träumen und Hoffnungen im Sinne der lebenswürdigen Visionen der 'Eroberung des Brotes'. Aber so geht es nicht!"

Leider versäumen es die Herausgeber nachzufragen, warum die heutige Linke einschließlich der traditionellen Anarchisten das Geld – und Bodenmonopol nicht einmal ansatzweise analysiert, um sich nach dem Scheitern des Kommunismus undogmatischer mit der sozialen Frage auseinander zu setzen. Es scheint ihnen noch immer schwer zu fallen, zwischen dem real existierenden kapitalistisch vermachteten Markt und einem von Monopolen befreiten Markt zu unterscheiden und in letzterem eine Zukunftsperspektive zu sehen. Mit ihrer antikapitalistisch klingenden Pauschalverurteilung von jeglichem Markt und Wettbewerb bleiben sie marxischen Denkgewohnheiten verhaftet und tragen damit sogar noch ungewollt zur Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse bei.

Lange Zeit waren Proudhons Gedanken außerhalb Frankreichs aufgrund des Mangels an guten Übersetzungen nur schwer zugänglich. Erst 1963 gab Thilo Ramm "Ausgewählte Werke" heraus. 1969 folgten Proudhons "Bekenntnisse eines Revolutionärs" im Rowohlt Verlag und sein "Was ist das Eigentum?" in einem kleinen "Verlag für Sammler" in Graz. Diese Ausgaben sind mittlerweile längst vergriffen, so dass die Neuausgabe des "Systems der ökonomischen Widersprüche" endlich wieder eine Proudhon-Rezeption ermöglicht. Es sei dahingestellt, ob sich Proudhon darüber freuen oder ärgern würde, dass diese Edition vom französischen Staat finanziert wurde – wundern würde er sich gewiss darüber, wie lange Menschen brauchen, um in den Fragen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit auch nur kleine Schritte weiter zu kommen.

Uwe Timm

■ Fritz Reheis Entschleunigung – Abschied vom Turbokapitalismus

München: Riemann Verlag 2003. 320 Seiten.

Fritz Reheis (Jahrg. 1949) studierte Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Pädagogik und Philosophie und promovierte in Soziologie. Da er am Gymnasium in Neustadt bei Coburg nur ein halbes Deputat wahrnimmt, bleibt ihm Zeit für Lehraufträge an Hochschulen und zum Bücherschreiben. Nach seinem 1996 erschienenen Buch "Die Kreativität der Langsamkeit. Neuer Wohlstand durch Entschleunigung" hat Reheis sieben Jahre später zum selben Thema ein weiteres Werk vorgelegt, das die Rolle des Geldwesens noch stärker in den Mittelpunkt rückt. Sehr treffend vergleicht er die Beschleunigungskrankheit der kapitalistischen Gesellschaften mit einem Hamsterrad und untersucht im ersten Teil Symptome und individuelle Notausstiege, die allerdings die Lage der im Hamsterrad Verbleibenden durch Rezession und Massenarbeitslosigkeit nur noch schwieriger machen. Folglich müsse das System dieser "organisierten Unverantwortlichkeit" verändert werden. Treffend widerlegt Reheis die Ideologie von der Klugheit und Fairness des Marktes (S. 94 ff.).

"Der zweite Teil ist der Diagnose und Entstehungsgeschichte der Beschleunigungskrankheit gewidmet. Sowohl die biologische Sicht ("Die Macht der Gene") als auch die geisteswissenschaftliche ("Verlust Gottes") lassen ihn unbefriedigt, weshalb er sich unter der Überschrift "Die Maßlosigkeit von Geld und Kapital" einem ökonomischen Erklärungsansatz zuwendet (S. 115ff.), wie er auch im Untertitel des Buches zum Ausdruck kommt. Im folgenden Abschnitt "Der Zwang zur Gier und die Zinseszins-schraube" über die Verselbständigung des Geldes verweist er sowohl auf Aristoteles und Marx als auch auf Gesell, M. Kennedy, H. Creutz und B. Lietaer. Den bestimmenden Vorrang des Geld- und Kapitalmarkts erklärt Reheis mit der kürzeren Reaktionszeit im Vergleich zu den Märkten für Produkte, Arbeitskräfte und Ressourcen. Durch ihren Drang zur Geldvermehrung sei die kapitalistische Weltökonomie "eine ein-

zige gigantische Bulimie" ("Fress- und Kotz-zwang", S. 141). Die ökonomisch erzeugte Beschleunigungslogik zielt auf nichts Geringeres als die "Eliminierung des Menschen" (S. 153).

Nach einem anthropologischen Kapitel über menschliche Zeitmaße wendet sich der Autor im dritten Teil der Therapie und Prävention zu. Im Kapitel 7 über "Zeitgemäßes Wirtschaften" zeigt er, dass es Alternativen zum Turbokapitalismus gibt: Zum einen die "Dualwirtschaft", indem ein entschleunigter Wirtschaftssektor ausgegliedert wird, gefördert durch zinslose Verrechnungssysteme, Tauschbörsen und Komplementärwährungen. Zum anderen sieht Reheis Möglichkeiten, die Marktwirtschaft gerechter zu gestalten, und zwar durch eine Einkommensreform mittels Erbschaftsteuer und einer etwas vage angedeuteten "Steuer für die Großen und Schnellen". Als Zweites nennt er die von Gesell entwickelte Geldreform und als Drittes eine Eigentumsreform (genossenschaftliche Unternehmensverfassung i.S.d. Laborismus).

Neben Dualwirtschaft und gerechter Gestaltung der Marktwirtschaft bedürfe es aber auch demokratisch gestalteter Planwirtschaft, z.B. durch Mitbestimmung von Konsumenten und Anwohnern. Die Kunst einer überlebensfähigen Wirtschaftsverfassung sei es, Elemente aus allen drei Alternativmodellen richtig zu kombinieren.

Im 8. Kapitel über "Synergien der Entschleunigung" berichtet Reheis über Initiativen zur Entschleunigung, neben "Slow Food" und dem Verein zur Verzögerung der Zeit sowie kirchlichen und gewerkschaftlichen Initiativen auch die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) e.V. (S. 219 und 228 f.) und Attac. Reheis fordert eine Vernetzung dieser Bestrebungen unter dem Leitbild "Ökologie der Zeit" und begrüßt die Gründung der "Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik" im Oktober 2002 in Berlin.

Die soziale Grundsicherung als Meilenstein auf dem Weg zur Trennung von Arbeit und Einkommen ist für den Autor ein Kernanliegen. Für künftige Publikationen mag man sich wünschen, dass die Hebelwirkung einer Geldreform (auch für Einkommen und Unternehmensverfassung) noch deutlicher wird wie auch die Notwendigkeit, die Steuerlast von der Arbeit

weg auf die Inanspruchnahme von Naturressourcen zu verlagern. Immerhin misst Reheis Anliegen dieser Zeitschrift eine zentrale Rolle zu und macht wiederum deutlich, mit welchen weiteren Bestrebungen Vernetzung nahe liegt.

Roland Geitmann

■ **Bertram Schefold**
Beiträge zur ökonomischen
Dogmengeschichte

Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2004. 632 Seiten.

■ **Helge Hesse**
Ökonomen-Lexikon –
Unternehmer, Politiker und Denker der
Wirtschaftsgeschichte in 600 Portraits

Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 2004. 464 Seiten.

Für Freund/innen der Geschichte der Ökonomie hat der Verlag Wirtschaft und Finanzen, ein Tochterunternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, zwei ganz besonders wertvolle Fundgruben vorgelegt.

Quer zum gegenwärtig vorherrschenden mehr natur- als geisteswissenschaftlichen Zeitgeist in der Ökonomie, für den mehr als 10 Jahre alte Publikationen schon veraltet sind, hat Bertram Schefold wie ein Archäologe eine wahre Fülle von historischen Gedankenschätzen ausgegraben. Und wie ein Bergsteiger (der er in seiner Freizeit auch tatsächlich ist) ist er den ganzen Berg der Ökonomie hinaufgestiegen – vom klassischen Altertum über die mittelalterliche Scholastik und den Merkantilismus, die Neoklassik, die historischen Schulen bis zur Moderne –, um vom Gipfel aus zu genießen, was denen verwehrt bleibt, die nur an der kurzfristigen Verwertbarkeit von Fachwissen interessiert sind: einen großen Überblick über das Ganze, der es gestattet, die Bedeutung gegenwärtiger Modetrends zu relativieren und aus dem Vergleich der Denker und Epochen Orientierungshilfen für die Lösung von Gegenwarts- und Zukunftsproblemen zu gewinnen.

Bei alledem ist Schefolds Blick nicht nur auf die europäische und amerikanische Ökonomie beschränkt. Die letzten 100 Seiten seines Buches sind anderen Kulturkreisen gewidmet. Die überwiegend agrarischen Traditionen Russlands und Chinas werden zusammenfassend dargestellt,

ebenso die ökonomischen Theorien des arabischen Universalgelehrten Ibn Khaldun (1332-1406), deren Rezeption gerade wegen dessen Liberalität Anregungen für einen Dialog mit der muslimischen Welt geben könnte. Und zur Zeit der europäischen Klassiker hatte bereits der Japaner Miura Baien sehr bemerkenswerte Gedanken zum Geldwesen. –

Im Laufe ihrer Entwicklung übten auch Philosophie und Religion, Kultur und Technik ganz unterschiedliche Einflüsse auf die Ökonomie aus. Nicht nur Theoretiker verschiedener Couleur haben auf sie eingewirkt, sondern auch Politiker mit ihren Ansichten über die nötigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und Unternehmer mit bahnbrechenden oder auch gefährlichen Produkten. In seinem "Ökonomen-Lexikon" stellt Helge Hesse ein breites Spektrum von bekannten und unbekanntem Persönlichkeiten aus der Theorie und Praxis dar – erfreulicherweise nicht nur Menschen aus dem 'Establishment', sondern auch unkonventionelle Sozialreformer. So stehen Ernst Abbé und Hermann Josef Abs, Gottlieb Daimler und Adolf Damaschke oder Friedrich Engels und Ludwig Erhard nebeneinander. Mit Henry George, Silvio Gesell, Franz Oppenheimer und Pierre Proudhon werden auch die Vordenker einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" sachlich vorgestellt.

Zu allen vorgestellten Persönlichkeiten gibt es weiterführende Literaturhinweise. Zahlreiche Querweise zeigen die Beziehungen untereinander auf. Eine Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte, ein Verzeichnis der Denkrichtungen und Vereinigungen innerhalb der Ökonomie sowie ein Verzeichnis der bisherigen Ökonomie-Nobelpreisträger runden dieses Nachschlagewerk ab. *Werner Onken*

An dieser Stelle befanden sich
Korrekturen zum Beitrag von
Jobst v. Heynitz
**"Das Erbbaurecht – Ein dezentral
einsetzbares Instrument zur
Reform der Bodenordnung"**
in der **140. Folge** der
"Zeitschrift für Sozialökonomie".

*Diese Korrekturen wurden
nachträglich in der Online-
Ausgabe ausgeführt.*

VERANSTALTUNGEN

■ **Regionetzwerk – Multiplikatorenfortbildung**

vom 27. Juni bis zum 9. Juli 2004. Grund- und
Aufbaukurse zur Vermittlung von Sach-, Sozial-,
Vermittlungs- und Organisationskompetenzen
mit Prof. Dr. Margrit Kennedy und Dipl.-Kfm. Ralf
Becker im Lebensgarten Steyerberg bei Nienburg.
Nähere Auskünfte über die Kursinhalte, Unter-
kunft und Verpflegung, Teilnahmegebühren und
Stipendien gibt es im
Sekretariat des Lebensgartens e.V. | Ginsterweg 3
31595 Steyerberg | Fax: 0 57 64 – 25 78
eMail: lebensgarten@gmx.de

■ **Gefahrenzone Deflation**

am 10. und 11. Juli 2004 mit Beiträgen von
Dr. Antje Kreye (Dt. Bbk. Frankfurt/M.): "Japans
wirtschaftliche und geldpolitische Entwicklung der

letzten 20 Jahre"; Dr. Klaus Masuch (EZB): "Zur geldpolitischen Strategie der EZB"; Eckhard Behrens (Heidelberg): "Nachfrageverhalten im Vorhof der Deflation"; Prof. Dr. Thomas Huth (FH Lüneburg): "Stabile Inflationsraten – sind sie erstrebenswert – sind sie erreichbar?"

■ **Perspektiven der Hochschulentwicklung**
am 23. und 24. Oktober 2004

■ **Föderalismus: Gelingt die Reform?**
am 20. und 21. November 2004

Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung im Seminargebäude in Boll.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 0 71 64 – 35 73 | Fax: 0 71 64 – 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ **FJVD-Sommertagung**

vom 16. bis 18. Juli 2004 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte zwischen Wuppertal und Neviges mit Vorträgen von Helmut Creutz: "29 Irrtümer rund um das Geld", Prof. Dr. Bernd Senf (FHW Berlin): "Der Tanz um den Gewinn", Jörg Kantel (Max-Planck-Institut für Geschichte, Berlin): "Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe der neuen Medien".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Andreas Bangemann, Schanzenweg 86,
42111 Wuppertal | Fon: 0171 – 647 31 32
eMail: sommertagung2004@silvio-gesell-
tagungsstaette.de

■ **Komplementärwährungen in Europa**

Konferenz des Katholisch-Sozialen Instituts Bad Honnef bei Bonn am 18. bis 22. Juli 2004 mit Vorträgen und Workshops zur Theorie und Praxis von regionalen Komplementärwährungen. Die Mitwirkenden kommen aus Schweden, Dänemark, aus den Niederlanden, England, Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Österreich, aus der Schweiz sowie aus Polen, Tschechien und Ungarn.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

KSI, c/o Joachim Sikora, Selhofer Str. 11,
53604 Bad Honnef
eMail: sikora@ksi.de | Internet: www.ksi.de
Projektkoordinatorin ist Agnieszka Komoch
Fon: 0 57 64 – 9 30 40
eMail: currency@ultimoround.com

■ **"Fairconomy" – FJVD-/INWO-Workcamp**

vom 28. Juli bis 1. August 2004 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte zwischen Wuppertal und Neviges für junge Erwachsene mit Beiträgen von Klaus Popp: "Fairconomy – eine bessere Welt ist möglich"; Fritz Andres: "Bedeutung der Bodenfrage für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft"; Werner Onken: "Geld- und Bodenrechtsreform in europäischer und globaler Perspektive"; Helmut Creutz: "Ökonomie ohne Kollaps".

■ **"Fairconomy"-Seminar für Einsteiger/innen**

Einführung in die Gedanken der Geld- und Bodenrechtsreform vom 24. bis 26. September 2004 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal von Klaus Popp und Helmut Creutz.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

INWO-Geschäftsstelle, c/o Klaus Popp
Blasiusstr. 63, 40221 Düsseldorf
Fon: 0 211 – 304 105 | eMail: INWO@INWO.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz
Paul-Lincke-Ufer 4, 10999 Berlin

Dr. habil. Reiner Flik
Habichtweg 7, 72076 Tübingen

Prof. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Prof. Dr. Gerhard Kolb
Blauer Kamp 51, 31141 Hildesheim

Dipl.-Kulturwirtin Barbara Roßmeißl
Johann-Huber-Str. 6, 94032 Passau

Dipl.-Pol. Martin Rüttgers, c/o ISO Köln III
Neusser Str. 219, 50733 Köln

Prof. Dr. Gesine Schwan
c/o Europa-Universität Viadrina
Große Scharrnstr. 59, 15230 Frankfurt/Oder

Uwe Timm
Wulmstorfer Moor 34b, 21629 Neu-Wulmsdorf

Dr. Roland Wirth
Ankerstr. 4, CH-8406 Winterthur